

Von den Römischen Verträgen zum Reformvertrag

**Die Rolle der Katholischen
Kirche im Prozess
der europäischen
Integration**



Dokumentation der VII. Internationalen Konferenz
Krakau, 14.-15. September 2007



Stephan Raabe (Hg.)

Von den Römischen Verträgen zum Reformvertrag

*Die Rolle der Katholischen Kirche
im Prozess der europäischen
Integration*

Veranstalter:
Päpstliche Akademie für Theologie in Krakau
Konrad-Adenauer-Stiftung in Polen
Robert-Schuman-Stiftung in Luxemburg

Mit Unterstützung von:
Zentrum für strategische Beratung AXIS
Verlag „Wkoło nas“ in Gleiwitz

Schirmherrschaft:
Kommission der Bischofskonferenzen
der Europäischen Gemeinschaft (COMECE)

**Dokumentation der VII. Internationalen Konferenz
Krakau, 14.-15. September 2007**

Bei den abgedruckten Beiträgen handelt es sich weitestgehend um die von uns redigierten Abschriften der Reden und Diskussionen der VII. Internationalen Konferenz in der Reihe „Die Rolle der Katholischen Kirche im Prozess der europäischen Integration“ in Krakau am 14. – 15. September 2007.

Herausgeber der Publikation:
Stephan Raabe, Leiter der Konrad-Adenauer-Stiftung in Polen

Redaktion:
Anna Katharina Bölling

Mitarbeit:
Piotr Womela, Hania Dmochowska, Ewa Kaczyńska, Lisa Hartmann

Übersetzung:
Dorota Leśkiewicz, Iwona Łatwinska

Fotos:
Antoni Witwicki

Grafische Bearbeitung:
Mediakonzept, www.mediakonzept.pl

Gesamtherstellung:
Konrad-Adenauer-Stiftung e.V., Vertretung in Polen
02-561 Warschau, ul. J. Dąbrowskiego 56
Tel.: +48 22 845 93 30, Fax: +48 848 54 37
E-mail: kas@kas.pl

© 2008, Konrad-Adenauer-Stiftung, Vertretung in Polen
Alle Rechte vorbehalten. Nachdruck – auch auszugsweise – allein mit Zustimmung
der Konrad-Adenauer-Stiftung.

Printed in Poland. ISBN 978-83-86771-33-2

Inhalt

Seite:

Einleitung	
Tadeusz Pieronek	5
Stephan Raabe	7
Eröffnungsansprache	
Lech Kaczyński	11
I. Die christlichen Wurzeln und die Identität Europas	
Der religiöse Faktor und die Zukunft Europas	
Tercisio Kardinal Bertone	21
Ideen und Ideologien: Europa auf der Suche	
nach seiner vernachlässigten Identität	
Jacques Santer	33
Eine bleibende Prägung: Die Besonderheit des Menschenbildes in Europa	
Christoph Böhr	41
Europa eine Seele geben	
Stanisław Kardinal Dziwisz	47
Das Christentum als einheitsstiftende Kraft Europas	
Diarmuid Martin	53

II. Reform als Notwendigkeit und Chance: Der neue EU-Reformvertrag

Warum Europa den neuen Verfassungsvertrag braucht

Hans-Gert Pöttering 57

Der Verfassungsvertrag: Eine Revolution im formellen Sinne

Jacek Saryusz-Wolski 67

III. Alte und neue Herausforderungen in Europa

Die Schlüsselrolle der deutsch-polnischen Verständigung

Norbert Lammert 75

Bildung und Wissenschaft als Mehrwert für Europa

Michał Seweryński 83

Zukunft und Hoffnungen von Belarus und seine Erwartungen an die EU

Aleksander Milinkiewicz 89

IV. Resümee

Marek Orzechowski 93

V. "Arbeiten am Bauplatz Europa"

Predigt während des feierlichen Gottesdienstes

im Rahmen der Konferenz

Tercisio Kardinal Bertone 97

Autorenverzeichnis 103

Konferenzprogramm 107

Bildliche Impressionen (im polnischen Teil der Ausgabe) 101

Einleitung

Vorwort

Tadeusz Pieronek

Bereits zum siebten Mal hat im September 2007 die internationale Konferenz aus dem Zyklus „Die Rolle der katholischen Kirche im Prozess der Europäischen Integration“ in Krakau stattgefunden. Diese wird durch die vorliegende Publikation dokumentiert. Sie wurde unter der Schirmherrschaft der Kommission des Episkopates der Europäischen Gemeinschaft von der Päpstlichen Theologischen Akademie in Krakau, der Konrad-Adenauer-Stiftung in Warschau, der Robert-Schuman-Stiftung in Luxemburg, der Europäische Volkspartei – Europäische Demokaten, dem Zentrum für strategische Beratung AXIS und dem Verlag „Wokół nas“ in Gleiwitz, organisiert. Das Thema der Konferenz war: „Von den Römischen Verträgen zum Verfassungsvertrag (Reformvertrag)“. Auf der einen Seite war im Jahr 2007 ein halbes Jahrhundert seit der Unterschrift der Römischen Verträge vergangen, die den Auftakt zum Prozess der Europäischen Integration darstellten. Auf der anderen Seite war dies eine Zeit der Diskussionen, die mit dem Inhalt des Verfassungsvertrages (Reformvertrages) der Europäischen Union verbunden waren. Nach der Ablehnung des Vertrages durch Frankreich und Holland war dies auch der Moment eifriger Bemühungen den Vertrag zur Reform der Union durch die 25 Mitgliedsstaaten der Union zu ratifizieren. Die Situation in Polen war diesbezüglich nicht ganz klar.

Die Krakauer Konferenz bot eine gute Gelegenheit zum Meinungsaustausch und von Argumenten, die für eine Ratifizierung sprechen und solchen, die Vorbehalten und Zweifel bezüglich des Inhaltes des Vertrages zum Ausdruck bringen. Für hitzige Debatten sorgte die Anwesenheit einer Vielzahl von hochrangigen Persönlichkeiten aus der Welt der Politik, u.a. des Präsidenten der Republik Polen, der Präsidenten des Europäischen Parlamentes und des Deutschen Bundestages sowie von Vertretern aus dem religiösen Leben: Des Kardinalstaatssekretärs Tarcisio Bertone aus dem Vatikan, des Vizevorsitzenden der Kommission der Episkopate der Europäischen Gemeinschaft sowie Vertretern wissenschaftlicher Institutionen, die sich mit der Problematik des europäischen Integrationsprozesses befassen. Die Lektüre der Texte, die sich in dieser Publikation befinden, sind nicht nur Zeugnis eines wichtigen Moments, den die Europäer zum 50. Jahrestag des Beginnes des Integrationsprozesses erleben, sondern auch Ausdruck ihrer Besorgnis um die eigenen Wurzeln, um Werte, die sie gepflegt haben und um ihrer zukünftige Gestalt, die Europa Frieden, materiellen Wohlstand und eines hohen Niveau geistiger Kultur sichert.

Die Völker in Europa einander annähern

Stephan Raabe

Die vorliegende Publikation fasst die Diskussionsbeiträge einiger prominenter Teilnehmer der Krakauer Europakonferenz zusammen, die am 14. und 15. September 2007 unter dem Titel „Von den Römischen Verträgen zum Reformvertrag“ in der Reihe „Die Rolle der katholischen Kirche im Prozess der europäischen Integration“ stattgefunden hat.

Der Christ, sagte einmal der frühere Kölner Erzbischof und bedeutende Sozialwissenschaftler Joseph Kardinal Höffner, dürfe „nicht mürrisch am Zaun der Welt von heute stehen und ärgerlich zusehen, was da drinnen geschieht. Er muss über den Zaun steigen und handeln und helfend mitten in der Welt von heute gegenwärtig sein, als Seele und Sauerteig“.

Die Konferenzreihe zur „Rolle der Katholischen Kirche im Prozess der europäischen Integration“ will europapolitisch zum „Übersteigen des Zaunes“ motivieren. Mit dieser Konferenzreihe will die Konrad-Adenauer-Stiftung als christlich-demokratische Einrichtung gemeinsam mit ihren Partnern in der alten Kulturmetsopole Krakau auf europäischer Ebene aktiv präsent sein in der öffentlichen Debatte. Wir tun dies in dem Bewusstsein, dass die europäische Debatte nun ein integrierender Teil der nationalen Debat-

ten ist, in denen in Polen und Europa die katholische Kirche eine bedeutende Rolle spielt.

Deshalb engagiert sich das Warschauer Büro der Adenauer-Stiftung seit nunmehr acht Jahren mit einem erheblichen Einsatz, um in Zusammenarbeit mit der Päpstlich-Theologischen Akademie in Krakau, der Robert-Schuman-Stiftung in Luxemburg und dem Gleiwitzer Verlag „Wokół nas“ das Krakauer Europaforum als ein „Leuchtturm-Projekt“ zu ermöglichen. Deshalb laden wir jedes Jahr aufs Neue hochrangige Kirchenvertreter, Politiker sowie ausgewiesene Experten zur Diskussion nach Polen ein, um die europäische Welt von heute sachgerecht und wertorientiert ins Auge zu fassen und der Europadebatte eine christliche Orientierung zu geben. Dass dies in einer polnischen, deutschen, europäischen Kooperation ohne konfessionelle, religiöse oder nationale Scheuklappen geschieht, weitet den Blick für wahre christliche Katholizität in Europa.

Weil die Konferenz sich mit grundlegenden Elementen europäischer Politik, Kultur und Identität befasst und immer wieder ein sehr positives Echo findet, hat die Konrad-Adenauer-Stiftung in Polen bereits die Beiträge der Krakauer Europa-Foren von 2003 und 2004 sowie von 2006 und 2007 in Dokumentationen auch dem interessierten deutschsprachigen Publikum zugänglich gemacht, um so eine breitere Öffentlichkeit an dem interessanten Dialog teilhaben zu lassen. Polnische Dokumentationen wurden von dem Verlag "Wokół nas" in Gleiwitz herausgegeben. Wir danken sehr herzlich allen unseren Partnern, die zum Erfolg dieser internationalen Debatten beigetragen haben, allen voran dem Spiritus Rector der Konferenzreihe Weihbischof Prof. Tadeusz Pieronek.

Das „neue Europa“ entsteht im gemeinsamen Tun. Das Ziel erläuterte Jean Monnet, einer der Väter der Europäischen Union, mit folgenden Worten: „Worum es geht, ist die Vereinigung der Interessen der europäischen Völker und nicht die Bewahrung des Gleichgewichts dieser Interessen.“

Als christliche Demokraten wollen wir dabei helfen, dass sich die Völker in Europa einander annähern und nicht einfach nur die Staaten miteinander ko-

operieren. Wir wollen einen Beitrag zur Suche nach dem gemeinsamen Wohl in Europa leisten, das immer größer ist als die Summe der je individuellen nationalen Interessen. Wir lassen uns dabei leiten von den Prinzipien der Menschenwürde, der Subsidiarität und Solidarität, wie sie in der christlichen Soziallehre grundgelegt sind. Mit diesen Grundorientierungen haben gerade christdemokratische Politiker wie Robert Schuman, Alice de Gasperi und Konrad Adenauer die Europäische Gemeinschaft vor einem halben Jahrhundert auf den Weg gebracht. Seitdem hat Europa eine lange Strecke zurückgelegt, die nach 1989 zur Versöhnung der beiden „Lungen“ – des Ostens und des Westens – geführt hat, die willkürlich durch einen Eisernen Vorhang der Ungerechtigkeit getrennt waren. In diesem Sinne wollen wir weiter den Weg der Europäischen Union beschreiten.

Die Krakauer Europakonferenz bietet alljährlich die Möglichkeit, sich im gemeinsamen Meinungsaustausch in Verantwortung vor Gott und den Menschen über die richtige Richtung zu vergewissern. Die nächste Zusammenkunft am 12./13. September 2008 steht unter dem Motto: Was für ein Europa für das Christentum? Was für ein Christentum für Europa? ■

Eröffnungsansprache

Lech Kaczyński

Ich stehe vor einer äußerst schwierigen Aufgabe. Der Prozess der europäischen Integration, der bereits fünfzig Jahre alt ist, wenn man davon ausgeht, dass er mit den Römischen Verträgen begann, denn man könnte ebenfalls annehmen, dass der Integrationsprozess sechs Jahre früher mit der Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl begann, war ein durchaus komplizierter Prozess, sowohl in geographischer als auch in politischer Hinsicht. Am Anfang des Integrationsprozesses bestand Europa aus lediglich sechs Staaten, darunter drei großen Staaten – wenn man die europäischen Gegebenheiten berücksichtigt – das heißt Frankreich, die damalige Bundesrepublik Deutschland, die man in Polen als Westdeutschland bezeichnete und Italien, sowie drei kleineren Staaten, wobei es eigentlich ein mittelgroßes, ein etwas kleineres und ein in jeden Fall als klein zu bezeichnendes Land war.

Heute besteht Europa aus 27 Staaten. Es ist ein enger politischer Zusammenschluss, der von Lissabon bis nach Helsinki reicht. Er zeichnet sich also durch eine für europäische Verhältnisse enorme territoriale Größe und eine sehr große Zahl von Mitgliedern aus.

Am Anfang meiner Rede möchte ich die Hoffnung äußern, dass dies nicht das Ende ist und dass die Zahl von 27 oder sogar 28 Mitgliedern – denn auch Kroa-

tien kann von einem erfolgreichen Ergebnis seines Weges nach Europa ausgehen – keine endgültige Zahl ist und dass außer des Blickes auf den Balkan, der auf der Sitzung des Europäischen Rates im März so deutlich skizziert wurde, auch die südöstliche Ausrichtung eine wichtige Rolle spielen wird. Zu dieser gehören solche Länder wie die Ukraine, Moldau und in Zukunft sogar Georgien oder Aserbaidschan. Wir wollen jedoch zu den Anfängen zurückkehren, denn diese Konferenz beschäftigt sich nicht ausschließlich mit dem europäischen Integrationsprozess, sondern geht auch auf die Rolle der Kirche in diesem Prozess ein.

Es gehört sich, an dieser Stelle an Ereignisse zu erinnern, die Ihnen gewiss nicht neu sind. Der Ursprung der europäischen Integration ist zweifellos das Ergebnis des christlich-demokratischen Gedankenguts. Er war außerdem eine direkte Reaktion auf die Ereignisse, die mit Nationalsozialismus, Völkermord und der Spaltung Europas nach dem Zweiten Weltkrieg zusammenhingen. Die damaligen Christdemokraten waren sicherlich zutiefst anti-nationalistisch und dies hat möglicherweise die ursprüngliche Ideologie der europäischen Integration geprägt. Diese gedankliche Ausrichtung der Christdemokratie dieser Zeit scheint die Konsequenz aller dramatischen, gemeinsamen Erfahrungen Europas zu sein, insbesondere jedoch der Erfahrung des Nationalsozialismus. Da die Anfänge Europas sich vor allem aus der christlich-demokratischen Ideologie herleiten, eine Tatsache, die im Nachhinein auch von der Sozialdemokratie Europas akzeptiert wurde, scheint der Zusammenhang zwischen Europa und der Kirche gewissermaßen offensichtlich zu sein. Man kann sagen, dass die durch das Christentum inspirierte Denkweise der Väter der Europäischen Gemeinschaft zu den ursprünglichen Grundlagen Europas gehörte. Selbst wenn unter diesen Vätern der sozusagen zweiten Generation – wie zum Beispiel General de Gaulle – Persönlichkeiten waren, die nicht so eng mit der christlich-demokratischen Bewegung zusammenhingen, waren sie dennoch religiöse Menschen, die mit der katholischen Kirche verbunden waren. Diese Feststellungen sind insofern beachtenswert, als dass der Prozess der europäischen Integration ein Prozess war, der in einem sich dynamisch wandelnden Europa vonstatten ging; sich wandelnd auch im Sinne der Ideen. Es bestehen keine Zweifel dar-

über, dass dieser Wandel durch parallele und unabhängig verlaufende Prozesse des fortschreitenden Laizismus in Westeuropa begleitet wurde, die damals glücklicherweise Polen nicht betrafen. Polen wurde von ihnen in ganz anderer Hinsicht und zu geringem Grad erfasst und nach einigen Erfolgen, die bis zum Ende der 60er Jahre andauerten, verschwand der Laizismus aus Polen. In Polen lebt also eine Gesellschaft, die mit Religion und Kirche eng verbunden ist. Ein bisschen weniger freilich als früher, aber man muss bedenken, dass die Formen der Religiosität natürlich einem gewissen Wandel unterliegen. Das ist eine Randbemerkung, die sich vor allem an diejenigen von Ihnen richtet, die aus dem Ausland kommen.

Der Prozess des fortschreitenden Laizismus spielte meines Erachtens die Schlüsselrolle in den Auseinandersetzungen, die während der heutigen Etappe der europäischen Integration vorherrschen. Dabei handelt es sich beispielsweise um die Auseinandersetzung bezüglich einiger Bestandteile des europäischen Vertrages, eines Vertrages, der in seiner endgültigen Form zum Reformvertrag wird. Es ist vor allem auch die Auseinandersetzung wegen der eventuellen Präambel des Vertrages. Dabei geht es um offensichtliche Fakten, denn wenn wir nach gemeinsamen Wurzeln und nach der gemeinsamen europäischen Axiologie suchen und an die über zweieinhalbtausend Jahre dauernde Geschichte unseres Kontinentes anknüpfen wollen, die als Beginn die altgriechische Geschichte annimmt, so spielt seit nahezu zweitausend Jahren das Christentum eine enorm wichtige Rolle. Als polnischer Staat lag uns nichts mehr am Herzen als die die Feststellung dieser offensichtlichen Tatsache. Es war in keinem Fall ein Versuch, aus dem Vertrag ein Dokument mit religiösem Charakter zu machen. Es sollte auf keinen Fall das Recht drauf, ein gläubiger, indifferenter oder aber ungläubiger Mensch zu sein, beschränkt werden. Diese Freiheit wird heutzutage in Europa von niemandem bestritten, unabhängig von der persönlichen Einstellung zur Religion. Lassen Sie es mich noch anders ausdrücken: Es ist ein Problem aufgetaucht, das aus unserer polnischen Perspektive schwer zu verstehen ist. Denn die Bezugnahme auf das Christentum war eine bloße Bezugnahme auf die offensichtlichen Gegebenheiten, die man keinesfalls negieren kann.

Ich bin mir dessen bewusst, dass in Europa ein ideologischer Kampf ausgetragen wird. Die heutige Linke – die ich heute nicht angreifen möchte, denn jeder hat das Recht auf eine eigene Sichtweise – ist keine politische Gruppierung, die sich für die Interessen von Lohnarbeitern einsetzt und insbesondere für diejenigen, die weniger anspruchsvollen Beschäftigungen nachgehen, sondern sie ist vielmehr eine kulturelle Gruppierung. Aber auch diese Gruppe sollte selbstverständlich die Tatsachen anerkennen, so wie sie nun mal sind. Deshalb verstehe ich nicht, warum in der eventuellen Präambel – und dabei erinnere ich daran, dass dieses Problem aus der formalen Sicht heute nicht mehr aktuell ist – die Bezugnahme auf Gott und die christlichen Wurzeln hätte nicht berücksichtigt werden sollen. Die Tatsache, dass wir diesbezüglich keine Unterstützung erhalten haben, verstehen wir als Niederlage. Das Prinzip des Laizismus, welches in einigen Ländern vorherrschend ist – insbesondere in einem sehr großen europäischen Land, weswegen dies ein laizistischer Staat ist – scheint nicht überzeugend zu sein. Der Charakter dieses Staates ist nun eine andere Frage, in die wir Polen, nicht bewerten möchten, als die Bezugnahme auf offensichtliche Wahrheiten, die man keinesfalls bestreiten kann. Soviel zum Inhalt des Verfassungsvertrages im Grunde genommen des Reformvertrages, wobei an dieser Stelle vermerkt werden soll, dass Artikel 50 des Vertrages die Grundlage für die Handlungsfreiheit der Kirchen darstellt, aber dort gleichzeitig auch Sachverhalte zusammengestellt werden, die unserer Meinung nach nicht ganz identisch sind. Dies sind die Aktivitäten von religiösen Gemeinschaften oder von verschiedenen „humanistischen Vereinigungen“, die einen philosophischen Charakter haben. Wir haben absolut nicht vor, deren Handlungsspielraum zu beschränken, aber wir möchten ausdrücklich betonen, dass ihre Aktivitäten nicht dem Wirken der Kirche entsprechen. Die Aufnahme des so genannten Kirchenartikels in das Vertragswerk ist jedoch ein Erfolg, und zwar ein Erfolg, der nicht nur als begründet anerkannt werden muss, sondern auch als ein solcher, der zielgerecht erkämpft wurde, da es offensichtlich ist – und dies ist eine politische und keine ideologische Tatsache – dass die katholische Kirche geleitet von dem verstorbenen großen Papst Johannes Paul II. sowie von seinem Nachfolger Benedikt XVI. die europäische Integration stets unterstützt hat. Auch unter den Katholiken, und dabei meine ich die polnischen Katholiken, war man

sich in dieser Frage nicht einig. Es gab eine eindeutige Mehrheit und eine eindeutige Minderheit. Die Mehrheit der polnischen Katholiken unterstützte den Integrationsprozess, auch aufgrund der großen Autorität des Papstes Johannes Paul II. und der heutigen Autorität des Papstes Benedikt XVI. in unserem Land. Das ist eine politische Tatsache, die alle diejenigen, die an die eine oder andere Form der europäischen Integration denken, nicht vergessen dürfen, denn es spielt eine sehr wichtige Rolle.

Wenn es aber um Dinge geht, die nicht im engeren Sinne mit der religiösen Problematik zusammenhängen, sollte beachtet werden, dass die Frage nach der Zukunft Europas noch vor uns liegt. Der Reformvertrag hat dabei eine Doppelbedeutung: Zum einen ist er in der Tat die erste institutionelle Reform seit einer langen Zeit. Unser Staat hat nicht in Frage gestellt, dass, vor dem Hintergrund der Tatsache, dass in einer kurzen Zeit zuerst zehn und später noch einmal zwei zusätzlichen Staaten der Europäischen Union beigetreten sind, die Mechanismen, die mit der Funktionsfähigkeit der Europäischen Union zusammenhängen, nicht dieselben sein können wie früher. Polen sperrte sich nicht gegen die Notwendigkeit der Reform der europäischen Institutionen. Vielleicht war unsere Bewertung das Resultat einer gewissen Frische, das heißt dessen, dass wir erst seit kurzem Mitglied der EU sind und bisher viel davon profitiert haben, weswegen unsere Bilanz eindeutig positiv ausfällt. Auf der anderen Seite bewerteten wir die Aktivitäten der EU nicht so kritisch wie das einige Vertreter der Mitgliedsstaaten tun, die seit vielen Jahrzehnten zur EU gehören.

Man kann sagen, dass der viel diskutierten Krise in der Europäischen Union in Polen keine besonders starke Aufmerksamkeit geschenkt wurde. Es ist jedoch anzuerkennen, dass wir keine ausgesprochenen Experten diesbezüglich sind, denn erst vor kurzem feierten wir den dritten Jahrestag unseres Beitritts zur Europäischen Union. Wenn sich Polen also aktiv und in einigen Fällen gegenüber bestimmten Lösungen ablehnend an den Diskussionen über den Vertrag beteiligte, der letztendlich zum Reformvertrag wurde, so hing das nicht mit der Verneinung der Notwendigkeit von Reformen oder gar mit der Leugnung der enorm wichtigen Rolle der Europäischen Union und deren po-

sitiven Charakter zusammen. Es hatte vielmehr mit der Diskussion über die zukünftige Gestalt der Europäischen Union zu tun. Wir sind der Meinung und ich denke, dass wir diese Meinung auch in der Zukunft vertreten werden, dass die EU zwar ein enger Zusammenschluss von Staaten bleiben, aber nach wie vor eine Konföderation der europäischen Staaten seien soll. Der Aspekt des engen Verbundes kommt sicherlich bereits heute zum Ausdruck. Die externen Maßnahmen der EU, die man als Außenpolitik der Europäischen Union bezeichnen kann, sind kein Zukunftsplan, sondern eine Tatsache, die heute existiert, aber auch schon in der Vergangenheit zu beobachten war: Es gibt so etwas wie eine Außenpolitik der Europäischen Union. Der Grad mit dem nationale Parlamente durch das europäische Recht an den legislativen Aktivitäten beteiligt sind, wird in verschiedenen Ländern unterschiedlich bewertet. Dabei geht es um die Beurteilung hinsichtlich dessen, wie hoch der prozentuale Anteil des europäischen Rechts bei der Gesetzgebung ist oder inwiefern die nationale Gesetzgebung mit dem europäischen Recht konform ist. Das Ergebnis beträgt meistens über 50%, häufig bewegt es sich im Bereich von 70% wie das beispielsweise bei den italienischen Parlamentariern der Fall ist. Dabei beziehe ich mich auf meine Informationen, von denen ich nicht weiß, wie exakt sie genau sind. Aber es ist ein weitreichender Grad von Integration, das muss klar gesagt werden.

Das heutige Europa besteht aus verschiedenen Nationen, die von etwas unterschiedlichen Traditionen geprägt sind und die eine ganz andere Geschichte haben. In manchen Fällen ist die Geschichte der unabhängigen Staatlichkeit sehr kurz, in manchen sehr lang. Im Fall Polens war diese Staatlichkeit für über 100 Jahre unterbrochen und wenn man auch das System der Volksrepublik Polen mit einrechnet, so kann über eine noch längere Pause gesprochen werden. Dabei muss man jedoch festhalten, dass auch die Volksrepublik Polen zweifelsfrei eine Form der Staatlichkeit Polens darstellte.

Die Geschichte der europäischen Staaten entwickelte sich also recht unterschiedlich, wenn man die geographischen Entfernung oder den dramatischen Verlauf der Geschichte einiger Länder berücksichtigt. Kann daraus heutzutage

ein Zusammenschluss mit der Qualität eines supranationalen Charakters entstehen? Aus meiner tiefsten Überzeugung kann ich sagen: „Nein“.

Nach gemeinsamen Werten muss woanders gesucht werden. Diese gemeinsamen Werte müssen im Christentum gesucht werden oder jedenfalls in der auf den christlichen Werten beruhenden Axiologie. Diese Werte sollten in der Tradition der demokratischen Gesellschaftsordnung als der einzige möglichen staatlichen Ordnung gesucht werden. Schließlich müssen diese gemeinsamen Werte im Bereich dessen gesucht werden, was wir als Marktwirtschaft bezeichnen. Dabei kann es sich jedoch nicht um eine Marktwirtschaft gehen, die keinen Regulierungsprozessen unterliegt. Was die Europäische Union angeht, wird die Sünde einer unregulierten Marktwirtschaft von ihr sicherlich nicht begangen werden. Wenn von ihr eine Sünde begangen wird, hängt diese eher mit der Frage der zu starken Regulierung vieler Sachverhalte zusammen. Diese gemeinsamen Werte können die Grundlage einer Form von politischer Gemeinschaft bilden, aber man muss sich bewusst sein, dass sie nicht identisch mit einer Volksgemeinschaft sein kann. Europa kann ein Akteur werden, der in der Zukunft mehr als heute an Bedeutung auf der Welt gewinnen kann. Das ist möglich, es bedarf jedoch der Überwindung von gewissen Unmöglichkeiten, die heute nicht im Bereich dessen liegen, was europäischen Föderalisten propagieren. Diese Unmöglichkeiten liegen in den beschränkten Möglichkeiten, die die EU als externer Akteur hat und stehen im ausgesprochenen Widerspruch zu dem Unterfangen eine friedliche Welt zu schaffen. Sie passen nicht zu unserer Vision einer Welt ohne Kriege, ohne tödliche Konflikte, die den Tod mit sich bringen und sind deshalb sicherlich etwas unangenehm... Aber die Welt ist so, wie sie ist und manchmal muss man um der guten Sache willen unter Gewaltanwendung handeln. Die Möglichkeit Europas für das allgemeine Wohl zu agieren ist im Vergleich zu den Möglichkeiten der Vereinigten Staaten von Amerika sehr gering. Diesen Zustand gilt es zu verändern.

Oder noch anders ausgedrückt: Europa kann eine gewisse Form von politischer Gemeinschaft sein, es kann eine besondere Rolle in der Welt spielen, allerdings ist der Weg, der zur intensiven Vereinheitlichung, ein Weg, der nicht in

diese Richtung führt. Es ist ein Weg, der Spannungen und Konflikte verursachen kann, der Bedenken hervorrufen kann, dass das vereinigte Europa ein Werkzeug in den Händen derjenigen Nationen ist, die am größten und am stärksten sind. Das lässt sich noch anders formulieren, indem festgestellt wird, dass selbst die großen, mittelgroßen und kleinen Staaten die Rolle einer gewissen „Füllung“ spielen. Die größten Staaten Europas – unabhängig von ihrer Stärke und Dynamik – sind nicht in der Lage solch eine Rolle wie vor 100 Jahren zu spielen. Sie sind nicht in der Lage Weltmächte zu sein. Wenn wir hingegen das Potential anderer europäischer Staaten hinzufügen und Solidarität mit den größten Staaten voraussetzen, so werden wir zu einer globalen Weltmacht. Ja, Europa sollte eine globale Weltmacht werden, dabei sollten jedoch die Interessen von Staaten berücksichtigt werden, die nicht zu den stärksten Mitgliedern der EU gehören. Ich spreche darüber nicht nur als Präsident der Republik Polen, denn Polen ist ein verhältnismäßig großes Land in Europa: Es ist das sechstgrößte Land, wobei unser Entwicklungsniveau nicht zu hoch ist, wenn man es mit den europäischen Verhältnissen vergleicht. Die polnische Wirtschaft entwickelt sich jedoch relativ dynamisch und wir hoffen, dass sich die Unterschiede reduzieren werden. Aber außer Polen gibt es noch viele europäische Staaten, die viel kleiner sind als unser Land. Die Europäische Union ist also auch eine Gruppe von kleinen Ländern wie Slowenien, Litauen, Lettland, Estland, Irland oder Luxemburg. Ich habe nicht mal alle erwähnt und jedes von diesen Ländern hat seine eigene Geschichte, seinen eigenen Nationalstolz und seine eigenen Interessen. Auch ihre Standpunkte müssen natürlich berücksichtigt werden. Und nur so kann die Europäische Union ihre Ziele erreichen – als gemeinsamer Raum der Demokratie, Freiheit, Ordnung und Ruhe, aber auch als ein Akteur, der eine große Rolle auf der internationalen politischen Bühne spielen wird.

Ich habe in meiner Rede über den fortschreitenden Prozess des Laizismus gesprochen. Als Katholik beobachte ich ihn nicht mit Enthusiasmus, aber ich bin mir dessen bewusst, dass es ihn im heutigen Europa gibt. Ich spreche dabei nicht über Polen, welches in dieser Hinsicht stabil ist. Diejenigen, die nach 1989 geglaubt haben, dass sich in Polen Tendenzen ausbreiten werden, die im Westen vorherrschen, haben sich wirklich geirrt. Dies ist nämlich überhaupt

nicht der Fall. Aber auch in anderen europäischen Staaten – zumindest laut einigen Daten – gehen immer mehr Menschen in die Kirche. Es findet dort eine Rückkehr zur Religiosität statt. Das ist auch eine gewisse Chance für Europa. Sicherlich eine Chance eher in der langfristigen Perspektive. Denken Sie bitte daran, dass wir unabhängig von den Grundsatzfragen, von den Beziehungen zwischen Mensch und Gott, auf einer Welt leben, in der wir es auch mit Religionen zu tun haben, die ihre Mission anders verstehen, als das friedlich eingestellte Christentum. Diese Tatsache soll ebenfalls berücksichtigt werden, ohne dass hier jemand kritisiert wird. Das sind die Realitäten der heutigen Welt, Realitäten, im Rahmen derer unser Kontinent – bei allen seinen Nachteilen und seinem Elend – ein besonderer Kontinent ist, der eigentlich seit über 60 Jahren im Frieden lebt. Ich spreche hier nicht über den Balkan der 90er Jahre, als es dort zu einer großen Tragödie kam. Es ist ein Kontinent mit einem verhältnismäßig hohen Lebensstandard, der in einigen Ländern sogar als sehr hoch einzustufen ist, mit einem hohen Demokratiestandard, und mit dem Schutz der individuellen Autonomie. Dies ist aber die europäische Realität, die in unserer Welt – dass muss klar gesagt werden – eine exklusive Realität ist. Es gibt nun solche Menschen, die auch in Europa diese Realität verändern möchten. Unserer Meinung nach ist es sicherlich eine gemeinsame Aufgabe der Europäer dies nicht zuzulassen. Ich bin tief davon überzeugt, dass dies nur unter bestimmten Bedingungen möglich ist nämlich wenn das Christentum, und damit meine ich in erster Linie den Katholizismus, aber auch andere Konfessionen, eine sehr wichtige Rolle spielen werden. ■

Autorisierter Text

I. Die christlichen Wurzeln und die Identität Europas

Der religiöse Faktor und die Zukunft Europas

Tercisio Kardinal Bertone

Ich danke Ihnen, dass Sie mich eingeladen haben, um diese Studententagung zu eröffnen, die sich einem Thema widmet, das nicht nur für die Hauptverantwortlichen des kirchlichen und politischen Lebens, sondern letztendlich für jeden Gläubigen und für alle europäischen Bürger von besonderem Interesse ist. Sehr herzlich grüße ich Herrn Kardinal Stanislaw Dziwisz, den Erzbischof von Krakau, den Präsidenten des Europäischen Parlaments, Herrn Pöttering, Bischof Tadeusz Pieronek, die einsatzbereiten Institutionen und die kirchlichen und zivilen Persönlichkeiten, die sich dafür verwenden haben, diesen siebten Internationalen Kongress ins Leben zu rufen. Das Thema – „Der religiöse Faktor und die Zukunft Europas“ – gibt Ihnen, den Kongressteilnehmern aus verschiedenen Nationen, Gelegenheit, gemeinsam nachzudenken über die europäische Integration und über den Beitrag, den die christlichen Werte durch das Handeln der Katholiken dazu leisten können. In dem Wunsch, dass Ihre Arbeiten erfolgreich sein mögen, beginne ich meinen Einführungsvortrag mit einem kurzen Überblick über die gegenwärtige soziokulturelle und religiöse Lage in Europa.

Der religiöse Faktor im heutigen Europa

Tief geprägt von zwei großen historischen Ereignissen – dem Fall der Berliner Mauer im Jahre 1989 und dem Angriff auf die Zwillingstürme in New York im

Jahre 2001 – hat der Westen in diesen Jahren in einem kulturellen Klima gelebt, das von einer verbreiteten, wenn auch oft vagen Suche nach dem Heiligen gekennzeichnet war. Dieses Phänomen betrifft besonders Europa, wo die religiöse Dimension der Existenz in eine große Krise gebracht worden war durch die vermassende antireligiöse Propaganda in den Ländern des Ostens und durch die um sich greifende Säkularisierung, die nicht nur die Oberschichten sondern auch die breiten Massen in den Nationen des Westens Europas berührt hat. Hier also hat – wie gesagt – die religiöse Dimension wieder begonnen, immer mehr das Interesse der öffentlichen Meinung zu wecken. Jüngste Statistiken belegen für unseren Kontinent ein Wiedererwachen des Glaubens an Gott und auch des Bekenntnisses der Zugehörigkeit zur christlichen Kultur und der Identifizierung mit ihr – wenn auch unterschieden wird zwischen „*believing*“, „*belonging*“ und „*behaving*“, also zwischen Glauben, konfessioneller Zugehörigkeit und ethischem Verhalten.

Es sollte sofort gesagt werden, dass einige meinen – in Wirklichkeit handelt es sich dabei um eine Minderheit – die Religion nehme im öffentlichen Leben zuviel Raum ein. Bei ihnen ruft jeder Hinweis auf die Religion eine Abwehrhervor, die manchmal gewaltsam ist. Jemand hat einmal geschrieben, dass ihre Haltung vergleichbar sei mit der des Stieres, der beim Stierkampf vor dem roten Tuch stehe. Der katholischen Kirche Glauben zu schenken, käme für sie einer „Ghettoisierung“ in einer überholten und beinahe im Aussterben begriffenen Einrichtung gleich. Dank der großen Resonanz der Massenmedien scheint die Kultur des Säkularismus in Europa vorherrschend zu sein, und einige kämpfen mit allen Mitteln dafür, dass die Religion als reine Privatangelegenheit betrachtet werde, die keinen Einfluss auf das Leben der Gesellschaft besitzt. Bei näherem Hinsehen ist es jedoch durchaus nicht einfach, den geistlichen Bedarf von den Gewissen der Personen und vom gesunden Menschenverstand zu trennen. Darüber hinaus ist der Prozess der Säkularisierung nicht frei von Hindernissen: Wenn es nämlich wahr ist, dass manche Formen der Entinstitutionalisierung der Religion (*believing without belonging*) sich in einigen Gebieten Europas ausbreiten, so geschieht andernorts nicht unbedingt dasselbe. Angesichts eines so komplexen Phänomens, das die postmoderne Epoche, in der wir leben,

kennzeichnet, darf man sich zu Recht fragen, ob wir dem Ende eines Europa, in dem die christliche Kultur und Spiritualität weit angelegt und tiefgreifend sind, entgegengehen und ob wir uns auf den Triumph des Säkularismus vorbereiten müssen. In diesem Zusammenhang werden Sie auf Ihrem Kongress auch die Frage untersuchen, was die christlichen Gemeinschaften tun können und in welchem Geist sie handeln sollen. Es stellt sich folgende Frage: „Was sind letztendlich der Inhalt und der »Mehrwert«, die die Religion – ich meine damit in erster Linie das Christentum – zum Aufbau des Europa von heute und von morgen beitragen kann?“

Die Religion in der jüngsten Geschichte Polens

Ich werfe jetzt einen Blick auf eure Nation, die maßgeblich geprägt ist durch den Einfluss des Christentums und durch das Wirken heiliger Männer und Frauen, die ihre Kultur und ihre Entwicklung gestaltet haben. Ich habe nicht die Absicht, die Geschichte des polnischen Volkes darzulegen, auch wenn dies äußerst interessant wäre. Ich möchte mich nur darauf beschränken, liebe Freunde, daran zu erinnern, dass im Laufe der Jahrhunderte Polen seinen Weg unter dem ständigen Schutz der Schwarzen Madonna gegangen ist. Aus ihrer tröstlichen Gegenwart hat es den Mut und die Weisheit geschöpft, die notwendig waren, um schwierige und manchmal sogar dramatische Augenblicke zu überwinden. Der Diener Gottes, der geliebte Papst Johannes Paul II. hat zum Beispiel mehrmals die Brutalität des Nazismus und des Kommunismus hervorgehoben, zweier Formen der gesellschaftlichen Unterdrückung und der Religionsverfolgung, die Sie erfahren haben. Wenn Polen unter diesen beiden totalitären Regime, die so fern und so verschieden voneinander waren und in gewisser Hinsicht einander dennoch so nahe und so ähnlich, enorm gelitten hat, hat es umgekehrt jedoch die tiefe Erfahrung der unüberwindbaren Kraft des Christentums machen können, die seinem Volk Zusammenhalt gegeben hat und es dem Evangelium treu bleiben ließ. Wer nämlich mit Christus ist, widersteht jedem Angriff. Wer ihn liebt, spürt die Notwendigkeit, den Menschen zu lieben und stets seine Achtung und Würde zu fördern. Er liebt das eigene Volk, dem er sich zugehörig fühlt, und lernt, es zu verteidigen als wäre es seine eigene „Familie“. Ihre Erfahrung

bezeugt, dass man nur dann, wenn man dem im Herzen jedes Menschen vorhandenen Streben nach Wahrheit, Gerechtigkeit und Freiheit entgegenkommt, eine wirklich freie und solidarische Nation aufbauen kann – eine Nation, die die menschlichen und geistlichen Werte bewahrt, in deren inneren Versöhnung und Einheit zwischen allen Menschen herrscht und die offen ist gegenüber den großen Aussichten auf Frieden und ganzheitliche Entwicklung im Dialog mit den anderen Völkern. Wie wichtig ist doch in diesem Zusammenhang das Handeln der Kirche! Hierzu schreibt der Heilige Vater Papst Benedikt XVI. in seiner ersten Enzyklika *Deus Caritas est*: „*Die gerechte Gesellschaft kann nicht das Werk der Kirche sein, sondern muss von der Politik geschaffen werden. Aber das Mühen um die Gerechtigkeit durch eine Öffnung von Erkenntnis und Willen für die Erfordernisse des Guten geht sie zutiefst an*“ (Nr. 28). Es gehört zur Sendung der Kirche, die Gläubigen zu einer inneren Freiheit zu erziehen, die sich jeder Form der Unterdrückung widersetzt; in ihnen eine Liebe zu wecken und zu nähren, die den Hass und die Intoleranz besiegt; sie zu unterweisen, um sie fähig zu machen, ein konsequentes Zeugnis von den menschlichen und geistlichen Werten zu geben, die für jede Person und für jedes Volk grundlegend sind. In Anlehnung an die christlichen Grundsätze, die in Polen sehr stark verankert sind, haben die derzeitigen Verantwortungsträger der Regierung Ihres Landes mit Nachdruck richtig gefordert, dass die Europäische Union keine Angst haben soll, ihr spezifisch christliches Erbe anzuerkennen. Europa besitzt eine unauslöschliche christliche Prägung, auch wenn viele seiner Einwohner, heute mehr als in der Vergangenheit, aufgrund des großen und anhaltenden Phänomens der Immigration anderen Religionen angehören. Auch dies, ich meine damit die gleichzeitige Anwesenheit mehrerer Religionen auf dem alten Kontinent, ist eine Tatsache, der große Beachtung geschenkt werden muss.

Die Religion als Schutz der Ethik

Ich nehme jetzt die anfangs gestellte Frage wieder auf: Was ist der „*Mehrwert*“, den das Christentum zum Aufbau eines Volkes, zur Verwirklichung des Europa von heute und von morgen beitragen kann? Deutlich und erhellt ist in diesem Zusammenhang die Lehre der Kirche, wie sie in ihrer Soziallehre darlegt

ist. Indem die Jünger Christi ohne Zweideutigkeiten die grundlegenden Kriterien der Gerechtigkeit bewahren und bekräftigen, bemühen sie sich, diese der Willkür despotischer Herrschaft zu entreißen. Indem sie die Liebe zur Wahrheit und damit zur Freiheit lebendig erhalten sowie den Mut, ihrem Gewissen zu folgen, tragen sie auf qualifizierte Weise dazu bei, dass die Wahrheit nicht untergeht. Sie bemühen sich in der Gesellschaft und in der öffentlichen Meinung jene Überzeugungen hervorzubringen, die geeignet sind, eine feste Grundlage für die Zivilisation zu bilden, auf der der Rechtsstaat aufgebaut und infolgedessen der Frieden gewährleistet werden kann.

Bereits vor einigen Jahren schrieb der damalige Kardinal Ratzinger, heute Papst Benedikt XVI.: „*Wo Gott und die von ihm gesetzte Grundform menschlicher Existenz aus dem öffentlichen Bewusstsein verdrängt und ins Private, bloß Subjektive abgeschoben wird, löst sich der Rechtsbegriff auf und damit das Fundament des Friedens*“ (J. Ratzinger, *Wendezeit für Europa? Diagnosen und Prognosen zur Lage von Kirche und Welt*, Johannes Verlag Einsiedeln, Freiburg 1991, S. 39). Der Staat kann aus sich heraus keine Moral erzeugen: Die Geschichte ist durchzogen mit Dramen, die von Versuchen hervorgerufen wurden, das zu tun, und Gott verhüte, dass sie sich wiederholen mögen! Die Religionen – und an erster Stelle das Christentum – müssen daher dazu beitragen, jenen gemeinsamen und miteinander geteilten *Ethos* zu schaffen, der für das Leben jeglicher zivilen und politischen Gemeinschaft unverzichtbar ist. Gerade weil die Legalität letztendlich in der Moralität des Menschen verwurzelt ist, ist die wesentliche Voraussetzung für eine Entwicklung des Bewusstseins für die Legalität das Vorhandensein eines lebendigen Bewusstseins für die Ethik als grundlegende und unverzichtbare Dimension des Menschen. Die ethische Auffassung ihrerseits muss, um vollkommen menschlich zu sein, die Botschaft achten, die aus der Natur des Menschen kommt, weil in dieser auch ihr „Sein sollen“ eingeschrieben ist. In der Tat ist das Naturrecht gleichzeitig moralisches Gesetz. Wenn es in Übereinstimmung mit dem Naturrecht steht, dannachtet das Handeln des Individuums und der Gemeinschaft die Würde des Menschen und die grundlegenden Rechte der Person. So können all jene Instrumentalisierungen vermieden werden, die den Menschen „*erbarmungslos zum Sklaven des*

Stärkeren machen“, wie Johannes Paul II. im Apostolischen Schreiben *Christifideles laici* schrieb (Nr. 5). Und er fuhr fort: „*Dieses Stärkere kann verschiedene Namen tragen: Ideologie, wirtschaftliche Macht, unmenschliche politische Systeme, wissenschaftliche Technokratie, Überflutung durch die Massenmedien*“ (ebd.). Daher kann nur unter Beachtung gewisser Voraussetzungen der Wunsch nach Gerechtigkeit und Frieden, der sich im Herzen jedes Menschen befindet, Erfüllung finden und können die Menschen von „Untertanen“ zu wahren „Bürgern“ werden. In dieser Hinsicht besitzt folgender Satz des französischen Dichters Charles Peguy immer noch Gültigkeit: „*Die Demokratie ist entweder moralisch oder sie ist keine Demokratie*“.

Der Einsatz der Kirche

Die Kirche, die von Christus die Sendung erhalten hat, allen Völkern das Evangelium zu verkünden, bietet ihren Beitrag zur Lösung der vielen Probleme an, denen die menschliche Gemeinschaft gegenübersteht. Sie ist vollkommen davon überzeugt, dass es bei der Gerechtigkeit, der Legalität und der Moralität nicht nur um das Leben der Personen und um ihr friedliches Zusammenleben geht, sondern um die Auffassung vom Menschen selbst. Das meinte Johannes Paul II., als er sagte: „*Eine wahre Demokratie ist nur in einem Rechtsstaat und auf der Grundlage einer richtigen Auffassung vom Menschen möglich*“ (Enzyklika *Centesimus annus*, Nr. 46). In Gesellschaften wie der unseren, in denen der Imperativ des Wandels herrscht – so merkte die belgische Soziologin Daniele Hervieu-Leger an – und in denen keine Tradition mehr als „Sinncode“ fungiert, der Individuen und Gruppen auferlegt ist, bietet die Kirche mit ihrer Soziallehre ein System von Bedeutungen, in dem die menschlichen Grundwerte, die Rechte und die Pflichten – auch in ihrer zusammenhängenden historischen Entwicklung (denken wir nur an die Bürgerrechte) – die unverzichtbaren Bezugspunkte sind, um die persönlichen und gesellschaftlichen Verhaltensregeln zu erarbeiten. Eine der Prioritäten im heutigen Europa ist die Notwendigkeit, dass die Kirche, um ein nunmehr berühmtes Wort von Papst Benedikt XVI. aufzugreifen, jene „*nicht verhandelbaren Werte*“ verteidigt und fördert, die mit der Würde des Menschen verbunden

sind. Dadurch werden die Gewissen auf die unverzichtbaren Erfordernisse der Wahrheit und somit der Gerechtigkeit hin gebildet.

Darauf zielen die häufigen Eingriffe der Kirche zum Schutz des menschlichen Lebens ab, von seiner Empfängnis bis zu seinem natürlichen Ende, und auch die Förderung der auf der unauflöslichen Ehe zwischen einem Mann und einer Frau gründenden Familie. Wie Papst Johannes Paul II. am 3. Oktober 1997 in Rio de Janeiro anlässlich des II. Welttreffens der Familien hervorgehoben hat, findet heute um das Leben und um die Familie der grundlegende Kampf um die Würde des Menschen statt. Die ständigen Verletzungen dieser Werte machen die Sendung der Kirche äußerst aktuell, verbindlich und notwendig. Sie ist oft dazu aufgerufen, eine Stellvertreterfunktion auszuüben gegenüber den öffentlichen Einrichtungen. Es handelt sich hierbei gewiss um eine wesentliche, aber unpopuläre Aufgabe. Die Kirche jedoch sucht nicht den Beifall und die Popularität, da sie sich bewusst ist, dass Christus sie nicht in die Welt sendet, um „sich dienen zu lassen“, sondern „um zu dienen“. Die Kirche will nicht „um jeden Preis gewinnen“. Sie will vielmehr die Gläubigen und alle Menschen guten Willens von den Gefahren, denen der Mensch ausgesetzt ist, wenn er sich von Gott abwendet, „überzeugen“ oder sie wenigstens „warnen“.

Die Ereignisse des letzten Jahrhunderts und auch diejenigen dieser Monate lassen uns darüber nachdenken, welche Art von Gesellschaft die Menschen aufzubauen, wenn sie sich anmaßen, allein und unabhängig von Gott die Glückseligkeit zu erlangen. Wiederholt und sehr häufig wird auf den so genannten modernen Werten bestanden, den individuellen Rechten und einer Gesamtvision der Gesellschaft, die im Gegensatz steht zu den ethischen, moralischen und geistlichen Grundsätzen, die die tausendjährige Geschichte und Tradition Europas beseelt und es in der Welt zum „Leuchtfeuer der Zivilisation“ gemacht haben. Eben um vor der realen Gefahr zu warnen, der Europa heute ausgesetzt ist – dieser besonderen Berufung in der Völkergemeinschaft nicht mehr nachzukommen – greift die katholische Kirche ein und macht sich zur „Stimme“ derjenigen, die nicht den trügerisch Verlockungen des ethischen Relativismus und eines konkreten und materialistischen Atheismus nachgeben wollen, der den Menschen

als Schöpfer des eigenen Schicksals betrachtet. Die ständige Bezugnahme in der heutigen Tagespolitik auf die modernen „Rechte“ und ihre große Tragweite erklärt die Häufigkeit, mit der die Hirten gezwungen sind, in dieser Sache einzuschreiten. Die Hirten der Kirche greifen also nicht aus „Hobby“ oder aus Engstirnigkeit gegenüber der Modernität so oft in immer wieder auftretende moralische Fragen ein, die auf der legislativen Tagesordnung Europas stehen. Sie werden vielmehr getrieben vom Bewusstsein um ihre ernste Pflicht, die Würde und letztendlich das Wohl des Menschen und der Gesellschaft vor Manipulationen zu schützen, die einfach als Befreiungen dargestellt werden. Wenn sie in diesem Sinne handeln, dann werden die Glieder der Kirche, und vor allem die Hierarchie, sich immer stärker der Bedeutung ihrer Sendung bewusst. Sie führen keine Nachhutgefechte, sondern stehen an der Front; sie führen grundlegende ethische Kämpfe, durch die sie die gläubigen Laien unterstützen, die im sozialen und politischen Bereich engagiert sind. Es handelt sich daher nicht um eine ungebührliche Einmischung der Kirche in einen Bereich, der ihr nicht zusteht, sondern um eine Hilfe, die den Christen gegeben wird, damit in ihnen ein aufrechtes und erhelltes und eben daher freieres und verantwortungsbewusstes Gewissen heranreifen kann.

Die politisch engagierten Christen

Ich frage mich jetzt, welche konkrete Aufgabe heute in Europa den Christen im Bereich der Politik zukommt. Kann der Christ sich damit zufrieden geben, Ideale zu formulieren und allgemeine Grundsätze aufzustellen, oder muss er in die Geschichte eintreten und sich ihr in ihrer Vielschichtigkeit stellen, indem er nach Möglichkeit die Verwirklichung aller evangeliumsgemäßen und menschlichen Werte in einem einheitlichen und konsequenten Rahmen der Freiheit und der Gerechtigkeit fördert? Es steht außer Zweifel, dass er als Bürger und Angehöriger eines Volkes und einer Nation sich zum „Weggefährten“ deiner machen muss, die nach Kräften für die Verwirklichung des Gemeinwohls arbeiten. Insbesondere ist jeder gläubige Laie aufgerufen, eigenverantwortlich zum Aufbau der „Stadt der Menschen“ mit seinem Fachwissen, mit seinem Zeugnis und mit seiner engagierten Teilnahme beizutragen und so mitzuhe-

fen, eine angemessene Gesetzgebung zu schaffen und in ihrer treuen Befolgung ein Vorbild zu sein.

In der derzeitigen kulturellen Debatte um den Aufbau der Europäischen Union muss man sich deutlich bewusst sein, dass es „Schwellen“ des Respekts vor der Würde des Menschen gibt – die Schwellen der bereits erwähnten „nicht verhandelbaren Werte“, die nicht unterschritten werden können und sollen. Wenn dies geschehen sollte, dann wäre ein politisch engagierter Christ – oder jeder, der die Würde des Menschen in den Mittelpunkt seines politischen und gesellschaftlichen Handelns stellt – dazu angehalten Maßnahmen, die der Würde des Menschen abträglich sind, nicht zu unterstützen, um diese nicht über die Würde des Menschen selbst zu stellen. In demokratischen Verhältnissen ist es richtig, andere Meinungen zu respektieren; es ist jedoch ein Zeichen der Schwäche und des Gegenzeugnisses gegenüber der Würde der Person, sich Entscheidungen zu eigen zu machen oder zu unterstützen, die mit der menschlichen Natur unvereinbar sind. Europa ist das „Vaterland“ der Werte, und es wäre widersinnig, es heute auf das reiche geistliche Erbe verzichten zu sehen, das seine tausendjährige Geschichte geprägt und es fähig gemacht hat, diese Werte herauszubilden. In der Politik muss man häufig den möglichen Weg anstelle des besten Weges wählen; man muss jedoch den Mut haben, nicht jeden Pfad einzuschlagen, nur weil er theoretisch gangbar ist. Der große Papst Johannes Paul II. der mit der Stadt Krakau so sehr verbunden war, bemerkte, dass der Wert der Demokratie mit jenen Werten stehe und falle, die sie verkörpert und fördert, und dass die Grundlage dieser Werte nicht vorläufige und wechselnde „Mehrheitsmeinungen“ bilden könnten, sondern nur die Anerkennung eines objektiven Sittengesetzes, das als dem Menschen ins Herz eingeschriebenes „Naturrecht“ Norm gebender Bezugspunkt eben dieses staatlichen Gesetzes sei (vgl. *Evangelium vitae*, Nr. 70). Ich möchte daher die Wertschätzung des Heiligen Stuhls zum Ausdruck bringen für das, was die polnische Regierung – den Massenmedien zufolge – auf dem letzten europäischen Gipfeltreffen erklärt habe, um die eigene öffentliche Moral und seine Gesetzgebung vor möglichen Auslegungen einiger Verfügungen der Charta der Grundrechte der Europäischen Union zu schützen, die die oben erwähnten nicht verhandelbaren Werte verletzen würden.

Multikulturalität und religiöse Pluralität

Bevor ich schließe, möchte ich hervorheben, dass der heutige gesellschaftliche Kontext in Europa vom Zusammenleben verschiedener Völker und Kulturen geprägt ist. Dieses Phänomen wird sich vermutlich weiter verstärken. Durch die Globalisierung ist nämlich die Welt zu einem „Dorf“ geworden, in dem die Menschen sich immer mehr miteinander vermischen. Dabei darf man nicht vergessen, dass die Begegnung zum Zusammenstoß wird, wenn sie die Grundprinzipien der Identität des Gastgebers in Gefahr bringt, indem sie die ethischen und rechtlichen Grundlagen der Staatsordnung beeinflusst. Die Kultur der Immigranten muss zweifellos Wertschätzung erfahren. Sie darf jedoch gleichzeitig nicht die ortsansässige Bevölkerung zwingen, auf die eigene Identität zu verzichten. Auch in diesem Zusammenhang bietet die Soziallehre der Kirche nützliche Hinweise. Sie lädt nämlich die Gläubigen ein, sich an der Heiligsten Dreifaltigkeit zu orientieren, dem höchsten Geheimnis des Christentums, Geheimnis der Einheit und der Gemeinschaft. Indem sie sich von der dreifältigen Liebe verwandeln lassen, lernen die Christen, Erbauer einer Gesellschaft zu sein, in der die Unterschiede und das Anderssein nicht zu Trennung und Verwirrung führen, sondern zur Harmonie im gegenseitigen Verständnis und in der Solidarität gelangen.

Ich greife noch einmal auf, was ich bereits anmerken konnte, und es ist hilfreich nochmals zu betonen, dass die Religion nicht in die Privatsphäre verbannt werden kann, sondern vielmehr ihre spezifische und wichtige Rolle innerhalb der Gesellschaft spielen muss. Es lohnt sich hervorzuheben, dass gerade die nichteuropäischen Kulturen, die nunmehr in beachtlichem Ausmaß in Europa vertreten sind, dazu beitragen die Auffassung von der Religionsfreiheit als Privatangelegenheit, wie sie von einer gewissen säkularisierten Kultur lange Zeit gefördert wurde, zunichte machen. Für den Islam und andere Religionen, die heute auf unserem Kontinent stark vertreten sind, ist die Religion ihrem Wesen nach ein öffentlicher Faktor. Im Übrigen hat jede echte religiöse Tradition den Wunsch, die eigene Identität zu zeigen statt sie zu verstecken oder zu tarnen.

Wenn also Europa auf gesunde Weise laikal sein will, dann muss es das Erbe der Spiritualität und des Humanismus jeder Religion annehmen und gleichzeitig das ablehnen, was in ihnen im Gegensatz zur Würde des Menschen stehen sollte. Wie seltsam ist doch die widersprüchliche Haltung, die einige heute einnehmen: Sie fordern die Sichtbarkeit der Symbole und der Glaubenspraxis der Minderheitenreligionen, aber die Symbole und die Glaubenspraxis des Christentums, das die traditionelle Religion der Mehrheit ist, wollen sie abschaffen und verstecken. Nur die echte Religionsfreiheit ist Gewährleistung des Friedens und Voraussetzung für eine solidarische Entwicklung. Nur so kann der gefürchtete Konflikt der Zivilisationen vermieden werden, indem man durch den Dialog der unfruchtbaren Logik des gewaltsamen Zusammenstoßes die Kraft nimmt.

Schluss

Abschließend möchte ich hervorheben, dass das Christentum in tiefer Übereinstimmung mit einigen der wichtigsten Merkmale des Menschen unserer Zeit steht: Man denke nur an die Bedeutung, die heute den „Wünschen“ und der „Freiheit“ zugemessen wird. Jesus knüpft wiederholt beim Wunsch nach Sinn und Vollkommenheit sowie beim Verlangen nach Freiheit an, um sein Evangelium darzulegen. Könnte die derzeitige europäische Zivilisation, die von Wünschen, die oft unklar und maßlos sind, und von einer krampfhaften Suche nach Freiheit geprägt ist, nicht gerade in Christus die tiefste und erfüllende Antwort auf ihre Erwartungen finden? Gewiss kann man Europa nicht mit der Christenheit gleichsetzen und auch nicht die Christenheit auf Europa reduzieren, aber es steht außer Zweifel, dass das Christentum nicht nur eine der „Zutaten“ des europäischen „Cocktails“ ist. Wie könnte dieser Kontinent das Christentum also aufgeben und verlassen wie einen Reisegefährten, der einem fremd geworden ist? Wie könnte Europa die Werte verraten, die vom Christentum geformt wurden, ohne dabei Gefahr zu laufen, in eine dramatische Krise zu geraten, wie sie ein Mensch erlebt, der das, was ihm Leben und Hoffnung gibt, zurückweist? Das Christentum ist nicht in erster Linie eine Verbindung von Wahrheiten, die man glauben, und Normen, denen man folgen muss: Es ist eine Person, Jesus Christus! Ihm zu begegnen und sein Freund zu werden, macht unserer Identität

als Christen aus. Wir fordern dieses Angebot eines Sinnes, einer vollen Selbstverwirklichung und einer Zivilisation unserer Zeitgenossen in freier und einfacher Weise anbieten zu können. Christus, nur er – das wiederholte Johannes Paul II. sehr gerne – kennt wirklich das Herz der Menschen. Jesus ist der wahre Freund des Menschen, der Erlöser der Menschen! Es ist zu wünschen, dass auch der moderne Mensch ihn erkennen und daraus die angebrachten Konsequenzen ziehen möge, sowohl für sein persönliches Leben als auch für das Leben der Gemeinschaften und der Völker. ■

Autorisierter Text

Ideen und Ideologien: Europa auf der Suche nach seiner vernachlässigt Identität

Jacques Santer

In seinem Bericht über die Europäische Union hat der damalige Ministerpräsident Leo Tindemans am 29. Dezember 1975 - also vor über 30 Jahren - folgendes zur Einleitung geschrieben. „Warum hat der Europagedanke heute viel von seiner ursprünglichen Zündkraft und Dynamik verloren? Ich persönlich bin der Meinung, dass die europäische Öffentlichkeit im Laufe der Jahre den Faden verloren hat, dass sie die politische Übereinstimmung unserer Länder über die Beweggründe für die Durchführung des gemeinsamen Werks wie auch über die Wesenselemente dieses von uns angestrebten Europa vermisst. Wenn wir die Europäische Union zustande bringen wollen, müssen wir daher zunächst dieses gemeinsame Leitbild wiederherstellen. Im Jahre 1975 empfinden die Europäer die Beweggründe für das europäische Eingungswerk nicht mehr in der gleichen Weise wie 1950. Der Europagedanke ist zum Teil Opfer seiner Erfolge geworden. Europa ist heute etwas Alltägliches geworden, es scheint den Reiz des Abenteuers eingebüßt zu haben.“ So weit Leo Tindemans. Wenn diese Ausführungen auch heute also 2007 ihre Gültigkeit haben mögen, müssten wir, um dieses gemeinsame Leitbild von 1950 wiederherzustellen, nicht ergründen was eigentlich die europäische Identität ist, wenn es sie jemals geben sollte?

Was ist nun europäische Identität? In der Tat je stärker die EU die Alltagswirklichkeit der Menschen in den Mitgliedstaaten prägt, desto häufiger stellt sich

die Frage nach der europäischen Identität. Gibt es eine gemeinsame Identität der Europäer? Bedroht sie die gewachsenen nationalen Identitäten? Kann oder soll sie diese ersetzen? Oder jagt derjenige, der von einer europäischen Identität spricht, nur einer ideologischen Chimäre nach? Macht es überhaupt Sinn von europäischer Identität zu sprechen? Ist es vielleicht sogar gefährlich, weil zu irrealen Vorstellungen und aggressiven Feindbildern verleitend?

Es gibt keine genaue Definition der europäischen Identität, keine ist zufrieden stellend. Vielleicht ist jene von Paul Valery (1871-1945) die zutreffendste. Für ihn ist europäisch alles, was die Marke von Athen, Rom und Jerusalem trägt. Das antike Athen steht für eine gewisse Idee der Freiheit und der Demokratie. Sie ist zugleich Quelle für das Geistige im Gedankengut Europas, u.a. in den verschiedenen Disziplinen der Philosophie, der Metaphysik, der Logik.

Das Erbe Roms hat Europa die Rechtsnorm übermittelt, die den Bürger vor Willkür schützt und das eigentliche Fundament der rechtlichen Beziehungen zwischen den Bürgern legt, die zum Universalismus der damaligen Zeit führte. Von Jerusalem geht der Geist des Religiösen aus, der Glaubenseifer an Jesus, eine rigorose Lebensmoral, ein Ansporn für Gerechtigkeit, Liebe und Barmherzigkeit. Dieses dreifache Erbe führt zu einem dreifachen Trend zum Universalismus. Es ist deshalb nicht erstaunlich, dass Europa sich als Trägerin von Universalwerten ausgibt. Nicht von ungefähr ist die Menschenrechtserklärung ein Grundanliegen der europäischen Gemeinschaft. Die Europäische Union beruht auf einem großen Ensemble zivilisatorischer Werte, deren Wurzeln zweifellos auf die Antike und das Christentum zurückgehen und die sich durch zwei Jahrtausende hindurch zu der Gestalt entwickelt haben, die wir heute als die Grundlagen der modernen Demokratie, des Rechtsstaates und der Bürgergesellschaft begreifen. Das Ensemble dieser Werte hat sein klar umrissenes sittliches Fundament und seine manifeste metaphysische Verankerung, und zwar ungeachtet dessen, inwieweit der moderne Mensch sich das eingestehst oder nicht. Man kann also nicht sagen, der Europäischen Union mangele es an einem eigenen Geist, aus dem all ihre konkreten Prinzipien, auf denen sie beruht, hervorgegangen sind. Nur scheint es, dass dieser Geist zu wenig sichtbar wird. Bei den

Diskussionen, so notwendig die auch sein mögen, über Fragen politischer und wirtschaftlicher Natur, die die Europäer Tag für Tag beschäftigen und in Atem halten, sollte nicht in Vergessenheit geraten, dass neben der europäischen Gemeinschaft auch so etwas existiert wie eine europäische Gemeinsamkeit - im Geistigen, im Denken, in der Kultur, in der Kunst. Diese europäische Gemeinsamkeit wird die politischen, wirtschaftlichen und sozialen Systeme überdauern. Sie bildet die eigentliche Basis für standhafte Einheit, ein Fundament aus dauerhaften geistigen Bindungen.

In seiner viel beachteten Rede am 8. März 1994 vor dem Europäischen Parlament in Straßburg hat der damalige Staatspräsident der Tschechischen Republik Vaclav Havel mit Nachdruck eine Charta der europäischen Identität gefordert, die klar die Ideen zu definieren hätte, auf denen die EU beruht, den Sinn den sie hat, und die Werte die sie zu verkörpern trachtet. Denn, wie er sich ausdrückt, „eine Lektüre des Maastrichter Vertrags, wie hoch dessen Bedeutung als historisches Dokument auch anzuschlagen sein mag, dürfte der EU gleichwohl kaum begeisterte Anhänger verschaffen oder vielmehr: kaum Patrioten in Gestalt von Menschen, die diesen komplizierten Organismus tatsächlich als ihr Vaterland oder ihre Heimat beziehungsweise eine Ebene ihres Heimatzugehörigkeitsgefühls empfinden. Soll dieses große Vertragswerk auf dem Prüfstand der vielfältigen Wechselfälle unserer Zeit tatsächlich dauernden Bestand haben, dann muss es noch weit wahrnehmbarer durch etwas anderes zusammengehalten werden, als lediglich durch eine Struktur von Vorschriften und Normen. Wenn die Einwohner Europas begreifen lernen, dass es sich hier nicht um ein bürokratisches Monstrum handelt, das ihre Eigenständigkeit einschränken oder leugnen möchte, sondern lediglich um einen neuen Typus menschlicher Gemeinschaft, der ihre Freiheit vielmehr wesentlich erweitert, dann braucht die EU um ihre Zukunft nicht bange zu sein“ (Vaclav Havel).

In der Charta der europäischen Identität, die die Europa Union Deutschland am 28. Oktober 1995 in Lübeck beschlossen hat, wird Europa als Schicksals-, Werte- und Lebensgemeinschaft dargestellt sowie als Wirtschafts- und Sozial- bis hin zur Verantwortungsgemeinschaft, in der die EU im Rahmen der Vereinten Na-

tionen eine größere Verantwortung für die friedliche Entwicklung der Welt zu übernehmen hat und mit einer Stimme in der Weltverantwortung sprechen soll. Die Charta schließt mit folgendem Aufruf: „Freiheit, Friede, Menschenwürde, Gleichberechtigung und soziale Gerechtigkeit sind unsere höchsten Güter. Um sie zu sichern und weiterzuentwickeln, braucht Europa eine moralisch überzeugende politische Gestalt und eine solidarische Politik, die den europäischen Gemeinsinn stärkt, die EU glaubwürdig macht und auf die wir Europäer stolz sein können. Wenn das erreicht ist, dann gibt es auch eine stärkere europäische Identität.“

Von diesem ideellen Ziel - oder von dieser Wunschvorstellung sind wir heute noch weit entfernt. Ich, für meinen Teil, möchte mich mit verschiedenen Vorurteilen auseinandersetzen. Zum Ersten möchte ich hervorheben, dass mit dem Prozess der europäischen Integration sich die Identität der Europäer verändert. Es gibt klare Beziehungen zwischen nationaler, regionaler und europäischer Identität und ihrer Entwicklung im Zuge des Integrationsprozesses. Nationale Identität wird in Verbindung gebracht mit einem gesellschaftlichen Projekt, d.h. mit Aussagen darüber, wie die Ordnung der Menschen gestaltet werden soll, die dieser Nation angehören. Regionale Identität gewinnt angesichts der Herausforderung durch die Globalisierung an Gewicht. Sie knüpft aber an sehr unterschiedliche Faktoren an und ist nicht überall gleich stark. Regionen sind daher nur in begrenztem Maße politifähig. Europäische Identität bildet sich auf dem Hintergrund europäischer Traditionen und angesichts der gemeinsamen Erfahrung von Funktionsdefiziten der Nationalstaaten. Sie tritt nicht an die Stelle regionaler und nationaler Identität sondern ergänzt sie. Ebenso werden die Nationalstaaten durch das europäische Projekt nicht abgeschafft; sie erhalten nur eine andere Funktion. Die Europäische Union wird deshalb nicht nach dem föderalen Vorbild der Vereinigten Staaten von Amerika aufgebaut werden, sondern wird eher, um eine Formulierung von Jacques Delors zu gebrauchen, eine Föderation von Nationalstaaten bleiben. Es zeichnet sich also ab, dass die Menschen in Europa mit einer mehrschichtigen Identität leben, die nationale, regionale und europäische Momente in sich vereint. Dabei dürfte das europäische Moment in Zukunft noch stärker akzentuiert werden.

Zum Zweiten stelle ich die Frage, ist es für die Erfassung einer europäischen Identität notwendig, dass die Grenzen Europas endgültig festgelegt werden. Das Problem der Grenzen Europas ist kein theoretisches Problem. Die Grenzen Europas sind geographisch und geopolitisch wohl definierbar. Oft wurde die Frage gestellt: Ist Russland ein Teil Europas? Mit Władysław Bartoszewski bin ich der Meinung, dass eine negative Antwort auf diese Frage eine Leugnung der dramatischen Geschichte Russlands bedeuten würde, in der die Öffnung zum Westen Hoffnungen weckte. Anderseits, können wir uns eine Einbindung eines Staates in die EU vorstellen, der größer ist als sie selbst? Ich denke, dass es lohnenswert ist, über Russland in den Kategorien seiner spezifischen eurasischen Identität zu sprechen. Dies sollte als Chance für eine beständige und fortschreitende gegenseitige Öffnung Europas und Russlands begriffen werden. (Bartoszewski in: „Europas Identität nach der Osterweiterung“, ZEI 9.10.2003).

Ein anderes Beispiel ist die Türkeifrage. Ist es klug, nur Grenzen, Geographie, ethnische Herkunft oder die Religion bei der Entscheidung zu berücksichtigen, ob die Türkei eines fernen Tages der EU beitreten darf oder nicht? Beantwortet werden muss vielmehr, ob die Türkei zum Beitritt und die Union zur Aufnahme politisch, wirtschaftlich und gesellschaftlich fähig ist. Die Antwort lautet derzeit klar „Nein“, sowohl für die Türkei als auch für die Union. Das alles entbindet aber die Staats- und Regierungschefs der EU nicht davon, sich bereits jetzt in einem klar zu werden. Was sind die längerfristigen strategischen Interessen Europas und wie können diese gewahrt werden? Es liegt in der Natur der Sache, dass eine solche Weitsicht durch die Unsicherheit was die Zukunft bringt, getrübt wird. Europa hat nach einer unerhörten Erfolgsgeschichte den Traum verwirklicht, Kriege zwischen den Mitgliedern der Europäischen Union unmöglich gemacht zu haben. Für seine Menschen wurde ein nie zuvor bekannter Lebensstandard erreicht. Beides macht die EU anziehend für viele Länder, innerhalb und außerhalb Europas. Die Ausdehnung der EU hat aber zwei Seiten. Wenn die Union nach festgelegten Kriterien neue Mitglieder aufnimmt, wird sie als Wirtschaftsgemeinschaft stärker; gleichzeitig schwächt sie die Fähigkeit sich auf gemeinsame Standpunkte zu einigen und so wird ihre eigene Identität verschwommen. Es scheint mir deshalb von größter Bedeutung

- besonders nach dem Scheitern des Versuchs sich eine Verfassung zu geben -, dass durch einen Vertrag die notwendigen Mechanismen geschaffen werden um die Organe der EU demokratischer, transparenter und effizienter zu gestalten. Ein selbstbestimmtes Europa wird unmöglich, solange es praktisch darauf verzichtet, mit einer Stimme zu sprechen. Europa muss der fünfte Pol in einer multipolaren Welt werden, zu der gegenwärtig Amerika, Russland, China und Indien gehören. Das logische Ziel seiner Geschichte verlangt deshalb Bemühungen, diejenigen Staaten, die zu einer engeren Zusammenarbeit in der Außen- und Sicherheitspolitik bereit sind, zu einer handlungsfähigen Gruppe zusammenzuführen, die ähnlich der Eurozone, offen ist für weitere Partner. Von dem Ziel, eine solche Gruppe europäischer Länder zusammenzuführen, die mit einer Stimme spricht, darf sich der Kontinent von keinem Land abbringen oder blockieren lassen. Vor allem aber - und das dürfen wir nicht unterschätzen - ist eine größere Eigenständigkeit der EU die Voraussetzung für eine ausbalancierte euro-amerikanische Partnerschaft, auf die wir auch in Zukunft angewiesen sein werden. Ohne einen unabhängigen starken europäischen Pfeiler ist eine stabile transatlantische Brücke undenkbar.

Paul Valéry beschrieb zu Beginn des letzten Jahrhunderts den Zustand Europas seit der Renaissance als eine Wirklichkeit, die am besten durch Blaise Pascal und Leonardo da Vinci personifiziert werde: dem Melancholiker, der vor der schwarzen Leere des Himmels zurückschreckte, und dem Erfinder, der jedem Abgrund die Brücke hinzudachte, die diesen Abgrund überwinden würde. Europa hat in der Kombination beider Charakterzüge und Temperamente seine Chance und seine Zweifel. Heute müssen wir uns fragen: Mangelt es Europa nicht an der geistigen Kraft, um den Übergang von einer Versöhnungspolitik zu einer Politik der Übernahme von Weltverantwortung geistig und politisch zu vollziehen? Tatsächlich ist Europa bisher viel zu stark als Wirtschaftsgemeinschaft, als Marktunion in das Bewusstsein seiner eigenen Bürger eingedrungen und all den Menschen, die von außen auf Europa schauen. Europa muss sich selbst geistig definieren wollen, wenn es seiner Identität einen Ausdruck geben möchte, der über rein materialistische Kategorien hinausgeht. Dazu braucht Europa sich nicht einer künstlichen Geistesübung zu unterziehen. Denn Europa

wurde noch stets von sich selbst eingeholt, ein erheblicher Anteil seines Selbstverständnisses bleibt nun eben gebunden an die Geschichte und Kultur, die Soziologie und Demographie dieser Halbinsel. Seiner Zukunft geht Europa also nicht wurzellos entgegen. Es muss sich seiner geistigen Wurzeln indessen immer wieder neu besinnen und seine Wurzeln beleben, wenn es zugleich werden und bleiben will. Europa hat keinen Grund zur Selbstzufriedenheit, aber auch keine Zeit für grüberliche Mutlosigkeit. Europa muss seine Aufgaben annehmen, um dadurch die Suche nach einer neuen geistigen Gestalt erfolgreich und mit Selbstachtung voranzubringen. ■

Autorisierter Text

Eine bleibende Prägung: Die Besonderheit des Menschenbildes in Europa

Christoph Böhr

Horst Langes hat von der Bipolarität gesprochen, der Bipolarität zwischen Kirche und Staat, der Bipolarität, um es auf einer anderen Ebene zu sagen, zwischen Religion und Politik. Ich denke, er hat sehr eindrucksvoll dargelegt, dass diese Bipolarität der Gedanke, der Trennung, originär zum europäischen Erbe dazugehört.

Das ist eine Idee, die in Europa geboren wurde, die Idee, dass jeder Mensch Bürger zweier Welten ist, der religiösen und der politischen. Es nutzt weder der Religion noch der Politik, wenn die Religion über die Politik dominiert, oder gar wenn die Politik über die Religion dominiert. Und gerade Letzteres haben wir im 20. Jahrhundert erlebt. In unterschiedlichsten Spielarten wurde aufgezeigt, wohin es führt, wenn die Politik den Anspruch erhebt, die Religion zu dominieren.

Verhältnismäßig einfach wäre es aber, wenn man es dabei belassen könnte, das Verhältnis von Politik und Religion nur durch den Begriff der Bipolarität zu beschreiben. Aber dieses Verhältnis ist viel komplexer, weil neben der Trennung zwischen Religion und Politik, natürlich auch vielfältige Brücken über diese Grenze existieren. Religion und Politik sind nicht unabhängig voneinander. Sie sind Begriffe für eigene Sachbereiche, in der Theologie sprechen wir von den *spiritualia* und den *temporalia*, aber sie stehen nicht unverbunden nebenein-

ander, sondern sie sind auf vielfältige Weise miteinander verknüpft. Über die Frage, wie die beiden Bereiche miteinander verknüpft sind, wie Religion und Politik zusammenhängen, haben wir in Europa in der Tat, Horst Langes hat das gesagt, seit Konstantin dem Großen einen gelegentlich erbitterten Streit. Dies ist auch der Kern des Streites über die Invokation und die Präambel des europäischen Verfassungsvertrags.

Wie diese Brücke zu bauen ist, wie religiöse Überzeugungen und politischer Auftrag miteinander in ein Verhältnis zu setzen sind, darüber gibt es in Europa unterschiedliche Auffassungen. Wie ist nun diese Brücke zu bauen? Sie ist, denke ich, nicht auf den Wegen zu bauen, auf denen viele bisher versucht haben, diese Brücke zu bauen. Ich bin kein Europapolitiker, aber ich fürchte, dass der Streit über die Invokation am Ende nicht so entschieden wird, wie wir uns das wünschen. Und die entscheidende Frage ist, ob der Streit an der richtigen Stelle geführt wird. Ich glaube, dass es einen Berührungspunkt gibt zwischen Religion und Politik, der viel entscheidender ist, als dass wir uns dem Namen nach eine Formel vergegenwärtigen.

Und das, was ich Ihnen hier vortrage, ist nichts Anderes als das, was ich als Denken des verstorbenen Papstes Karol Wojtyła immer verstanden habe. Das, was sozusagen die spirituelle Finalität der Politik ist, in ihrer ganzen christlichen Prägung, wird in unserer Gesellschaft nicht dadurch lebendig, dass wir sozusagen an diese Prägung appellieren. Es gibt viele, die um diese Prägung wissen, und viele, die nicht mehr darum wissen. Wir werden diese Prägung nur mit Leben ausfüllen, wenn wir uns zurückbesinnen auf die Frage, wo diese Prägung zum Ausdruck kommt. Findet sie wirklich Ausdruck in unterschiedlichen staatskirchenrechtlichen Traditionen? Ich glaube das nicht. Findet sie wirklich Ausdruck in unterschiedlichen theologisch-philosophischen Aussagen? Ich glaube das nicht. Ich glaube, sie kommt zum Ausdruck in dem, was den Kern christlich-europäischer Identität ausmacht. Sie kommt zum Ausdruck in einem europäischen Menschenbild, das zugleich das christliche Menschenbild ist. Und das ist, meine sehr verehrten Damen und Herren, von einer weltweiten Einmaligkeit und Einzigartigkeit.

Wenn wir über den interreligiösen oder gar über interkulturellen Dialog sprechen, müssen wir vor allem über verschiedene Menschenbilder sprechen. Das was über zweieinhalb Jahrtausende in Europa entstanden ist und sich über viele Jahrhunderte hinweg entwickelt und entfaltet hat, ist gerade im Blick auf dieses Menschenbild einzigartig. Das europäische Menschenbild, das ohne die entscheidende Prägung des Christentums überhaupt nicht vorstellbar ist und das einen universellen Anspruch erhebt, im Blick auf andere Kulturen, im Blick auf andere Religionen, dieses Menschenbild ist wirklich etwas ganz und gar Einzigartiges auf dieser Welt.

Und wenn wir dieses Menschenbild beschreiben wollen, dann, denke ich, reicht für die Beschreibung ein einziger Begriff, der uns übrigens schon begrifflich und erst recht in seiner Bedeutung von der Auffassung von Menschen und dem Bild von Menschen in anderen Kulturen grundlegend unterscheidet. Das ist der Begriff, den Sie alle kennen, von der Würde des Menschen, dass jeder Mensch Würde hat. Jeder Mensch, ob arm oder reich, ob klug oder dumm, ob gesund oder krank, ob ungeboren oder kurz vor dem Tod hat Würde. Und er hat nicht nur irgendeine Würde, er hat dieselbe Würde wie alle anderen Menschen. Der Schuldige wie der Heilige, derjenige, der eine fulminante Entdeckung macht, wie derjenige der so gut wie nichts taugt, alle haben die gleiche, dieselbe Würde. Und es gibt noch eine zweite Facette in der Bedeutung dieses Begriffs der Würde, die alles entscheidend ist und die sozusagen, die Prominenz dieses Begriffes noch einmal in ein rechtes Licht rückt; er hat eine unveräußerliche Würde. Und das ist im Grunde das Einzigartige unseres europäischen, unseres christlichen Bildes vom Menschen. Ich selber kann meine Würde nicht veräußern, geschweige denn kann ich die Würde anderer verletzen.

In diesem Begriff der Unveräußerlichkeit der Würde kommt das zum Ausdruck, was sozusagen die spirituelle Finalität der Politik ist. Sie können keine Politik machen, die nicht am Ende der Überzeugung eines Menschenbildes folgt. Viele Politiker sind sich dessen nicht so sehr bewusst, aber was immer sie entscheiden, am Ende entscheiden sie nach einem Kriterium, das ihnen an die Hand gegeben wird von dem Bild vom Menschen, das sie in sich tragen. Dieses Bild

vom Menschen, das von der unveräußerlichen, der unantastbaren Würde ausgeht, bringt damit eine religiöse Überzeugung zum Ausdruck. Der Begriff der Unantastbarkeit, der Begriff der Unveräußerlichkeit, ist ja ein Begriff, in dem das Absolute aufscheint. Ein Begriff also, den sie aus der Politik überhaupt nicht gewinnen können, sondern der jenseits der Politik seine Abstammung hat, der religiöser Überzeugung und christlichem Glauben entstammt. So sehr dieser Begriff nun ein religiöser Begriff ist, so sehr ist er gleichermaßen ein durch und durch originär politischer Begriff, denn in unseren Verfassungen ist dieser Begriff enthalten und zwar nicht irgendwo am Ende, als dekoratives Element, sondern als der Grundstein unserer Verfassungen. In der deutschen Verfassung ist dieser Begriff in Artikel 1 gleichermaßen die Überschrift über die gesamte Verfassung. Auch in den allermeisten mittel- und osteuropäischen Verfassungen, die nach 1989 entstanden sind, ist dieser Begriff enthalten. Als der zentrale Eckstein, alles dessen, was politisch zu tun und zu entscheiden ist.

Der Begriff der Würde hat also zwei Gesichter und das im besten Sinne des Wortes. Auf der einen Seite bringt er eine tiefe religiöse Überzeugung zum Ausdruck, denn das Absolute, das in diesem Begriff aufscheint, ist nichts anderes als die *invocatio dei* in der Sache. Gleichzeitig ist er ein ganz und gar akzeptierter politischer Begriff und dient als Grundlage nicht nur der Verfassungspolitik, sondern auch als Grundlage der gesamten Rechtsprechung, der Jurisdiktion, also als politischer Begriff mit einer hohen Bindewirkung in die Rechtsprechung und in die politischen Entscheidungen hinein. Aber ich denke, das ist für mich jedenfalls der Kern unserer europäischen Identität, weil in diesem Begriff sich das, was wir vorher getrennt haben - *spiritualia* und *temporalia*, Religion und Politik - auf eine einmalige Weise kreuzt, und zwar auf eine Weise kreuzt, bei der am Ende nicht die Politik die Religion zu bevormunden sucht, oder umgekehrt die Religion die Politik zu bevormunden sucht, sondern bei der unsere religiöse Überzeugung und unser politisches Verständnis Hand in Hand gehen. Dass dies der Kern europäischer Identität ist, bedeutet natürlich nicht, dass damit die große Harmonie ausbricht, das ist nicht das Ende allen Streites, denn selbst unter Christen gibt es unterschiedliche Verständnisweisen dessen, was in Einzelfall der Würde des Menschen entspricht. Es ist aber eine andere Ebene der Diskussion in Blick auf

die politische Ordnung, in Blick auf die wirtschaftliche Ordnung und in Blick auf die Sozialordnung einer Gesellschaft, was diesem Menschenbild entspricht, das so ganz und gar geprägt ist von der Überzeugung der unantastbaren Würde.

Mein Plädoyer ist, oder vielmehr meine Bitte, dass wir einen Streit, den wir um den europäischen Verfassungsvertrag führen, am Ende nicht führen als einen Streit über Formeln und ihn am Ende als machtpolitische Entscheidung durch eine Mehrheitsentscheidung lösen. Die Sache ist nämlich viel zu wichtig, als dass man sie den Zufälligkeiten einer Mehrheitsentscheidung überlassen dürfte.

Ich plädiere dafür, sozusagen in der Sache zu fragen: „Was entspricht diesem Kern christlicher Identität?“ „Was entspricht unserem christlichen Glauben im Blick auf die Erfordernisse, die sich in der Politik stellen?“ Ich glaube, dass ist der entscheidende Maßstab, um diese Fragen von Fall zu Fall im Blick auf ganz aktuelle tagespolitische Fragen anzugehen. Denken Sie nur an die Diskussion über Lebensschutz, den wir in Europa führen, insbesondere auch über Lebensschutz am Ende eines Lebens, über die Frage, wie wir den gerade gezeugten Menschen im Alter von zwei oder drei Tagen behandeln, ob wir ihm Würde zusprechen. In Hinblick auf all diese Fragen gibt uns der Begriff der Würde und das christliche Menschenbild einen Maßstab an die Hand, der uns eine gewaltige Chance eröffnet. Eine Chance nämlich für dieses Menschenbild zu werben und mit ihm auch für das, was unser christlicher Glaube uns für die Politik an die Hand gibt. Eine Chance nicht nur bei denjenigen zu werben, die schon zuvor diesen christlichen Glauben anhingen, sondern auch bei denjenigen werben zu können, die in die Politik gehen, ohne dass sie diesem christlichen Glauben anhängen. Ich finde, dass ist unser Auftrag als Christen auch in der Politik, nicht nur uns im Kreis derjenigen zusammenzuschließen, die ohnehin sich als Christen verstehen, sondern, für unser Anliegen auch zu werben bei denjenigen, die sich eben zuvor nicht dem christlichen Glauben zugehörig fühlten, die aber gleichwohl in der Lage sind, einem solchen Menschenbild, zum Nutzen und Frommen eines jeden Menschen, die Zustimmung nicht zu verweigern. ■

Europa eine Seele geben

Stanisław Kardinal Dziwisz

Vor einem halben Jahrhundert haben die politischen Führer des demokratischen Teils des damaligen Europa mit der Unterzeichnung der Römischen Verträge den Beschluss gefasst, die Europäische Gemeinschaft durch wirtschaftliche, gesellschaftliche und politische Integration zu gründen. Die Römischen Verträge und die daraufhin folgenden Rechtsakte weisen nicht nur auf die mutige Vision der Gründungsväter hin, sondern auch auf deren tiefe Überzeugung von der Notwendigkeit, das gemeinsame europäische Haus auf der Grundlage von Mitverantwortung, Solidarität und gemeinsamen Respekt zu bauen.

Es lohnt sich auf die Situation zu schauen, in der der Gedanke zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft entstanden ist. Vor einem halben Jahrhundert blutete Europa nicht nur wegen der schmerzhaften Wunden des Zweiten Weltkrieges, sondern war auch ein Kontinent, der durch den Eisernen Vorhang geteilt war und sich ständig an der Grenze des Konflikts befand. Damals haben Konrad Adenauer, Alcide de Gasperi und Robert Schuman – hervorragende europäische Politiker und dabei große Christen – mutig die Vision der Gründung einer Institution skizziert, in der sowohl große als auch kleine, reiche und arme Länder, sowohl die Verlierer als auch die Gewinner des Krieges die gleichen Rechte genießen würden. Die Inspiration für ihre Taten schöpften diese Poli-

tiker aus den christlichen Prinzipien der Hilfsbereitschaft, der Solidarität und der Verantwortung.

Das Projekt des Verfassungsvertrages stützt sich in der wirtschaftlichen Dimension auf das Interesse und den wirtschaftlichen Nutzen, welchen der Vertrag für die beteiligten Parteien bringt. Allerdings darf das politische Projekt, das den Verfassungsvertrag von Anfang an begleitet, von den ethischen Werten nicht absehen. Zum Prozess der europäischen Integration, gerade wenn man ihn in diesem engeren Sinne begreift, tragen die religiösen Gemeinschaften zusammen mit der katholischen Kirche bei. Obwohl sie nicht direkt dazu berufen sind, sich für Fragen der europäischen Einigung einzusetzen, kann man heute dennoch mit voller Überzeugung sagen, dass diese Institutionen eine prophetische Rolle spielen. Auf diese Dimension des Engagements der Kirche für das Leben des gegenwärtigen vereinigten Europas wies im Frühling dieses Jahres Papst Benedikt XVI. hin, indem er betonte, dass die Europäische Union die beständige Natur der Menschen als Quelle der gemeinsamen Rechte aller Menschen anerkennen muss, um allgemeine Werte wirksam verbreiten zu können.

In seiner Rede vor den Teilnehmer des Kongresses „Werte und Perspektiven für das Europa von morgen“ spricht der Papst über die Fortschritte der wirtschaftlichen und politischen Integration Europas und betont dabei, dass unser europäischer Kontinent das Vertrauen in seine Zukunft verliere. Wie der Heilige Vater bemerkt, geschehe dies, weil man das gemeinsame europäische Haus, wenn man dabei die Identität der Nationen, die dieses Haus bilden außer Acht ließe, nicht bauen könne. Durch die Lehren von Johannes Paul II. und Benedikt XVI. bemüht sich die katholische Kirche ständig darum, an die historische, kulturelle und moralische Identität Europas zu erinnern, die viel wichtiger als die rein geographische, wirtschaftliche und politische Identität ist.

Die Christen können sich der Verantwortung für die gemeinsame Zukunft Europas nicht entziehen, indem sie den heutigen Bürger der Europäischen Union an die allgemeinen Werte erinnern, die unter Beteiligung des Christentums gestaltet wurden. Dem Gedanken von Papst Benedikt XVI. folgend, müssen wir

zugeben, dass die Verneinung dieser Werte die Zustimmung zu einer Art von Apostasie bedeutet; einer Apostasie nicht nur von Gott, sondern auch von der kulturellen Identität Europas. Papst Benedikt XVI. appellierte an die Teilnehmer des Kongresses, der von der Kommission der Bischofskonferenzen der Europäischen Gemeinschaft zum 50. Jahrestag der Entstehung der Römischen Verträge organisiert wurde: „(...) Ich weiß, wie schwer es für die Christen ist, diese Wahrheit über den Menschen tapfer zu verteidigen. Aber werdet nicht müde, und verliert nicht den Mut! Ihr wisst: Ihr habt die Aufgabe, mit der Hilfe Gottes ein «*neues Europa*» zu bauen (...)“ In dieser Feststellung ist auch eine Ermunterung – insbesondere für die christlichen Politiker – beinhaltet, auf die aktive Anwesenheit in der öffentlichen Debatte auf europäischer Ebene nicht zu verzichten und dieses Engagement mit wirksamen Maßnahmen im kulturellen Bereich zu verbinden. Wenn die Kirche darauf besteht die christlichen Wurzeln der Kultur nicht zu vergessen, hat ihr Engagement nicht den Charakter einer institutionellen Debatte, sondern eine axiologische Dimension, die sich auf Werte bezieht. Es hat also den Charakter einer prophetischen Mission, die sich aus der Natur der Kirche ergibt und die ihr von Gott als Mission gegenüber den Menschen aufgetragen wurde.

Johannes Paul II. hat das hervorragend formuliert, als er sagte: „Wenn ich an Europa denke, kümmere ich mich vor allem darum, dass Europa sein christliches Erbe bewahrt und es Früchte tragen lässt. Man kann nicht verneinen, dass die kulturelle Tradition dieses Kontinents nicht nur im griechisch-römischen, sondern auch im jüdisch-christlichen Erbe verankert ist, das Jahrhunderte lang ihr tiefstes Wesen ausmachte. Ein großer Teil des europäischen Erbes im Bereich des Rechts, der Literatur, Kunst und Philosophie wurde durch das Christentum geprägt und diese Errungenschaften kann man nicht vollständig verstehen und wertschätzen, wenn man sie nicht aus der christlichen Perspektive betrachtet. Auch die Art und Weise der europäischen Nationen zu denken und zu empfinden, sich zu äußern und zu verhalten wurde durch das Christentum tief beeinflusst.“ Der alte Kontinent – das sind die Worte des Papstes – bedürfe Jesus Christus, um seine Seele nicht zu verlieren und auch das nicht zu verlieren, was in der Vergangenheit seine Größe ausmachte und weswegen es heute noch von anderen Nationen bewundert werde.

Wenn man heute darüber in Krakau reflektiert – einem besonderen Ort für das Verständnis der politischen, kulturellen und geistigen Identität nicht nur von Polen, sondern auch in ganz Europa – muss festgestellt werden, dass wir in den päpstlichen Lehren keine konkreten Hinweise bezüglich der europäischen Institutionen finden. Es sollte jedoch daran erinnert werden, dass die Kirche ihre soziale Doktrin hat, gemäß derer keine politische Partei und kein funktionierendes politisches oder wirtschaftliches System privilegiert sein darf. Die Kirche betont stets, dass sich im Mittelpunkt ihrer Aufmerksamkeit der Mensch befindet. Um ihn entwickeln sich Kreise der menschlichen Aktivität, die sich auf seine sozialen und politischen Verhältnisse beziehen.

Auf eine besondere Art und Weise engagiert sich die Kirche für Fragen, die die Familie betreffen. Papst Johannes Paul II. sagte in seiner Rede vor dem Europäischen Parlament im September des Jubiläumsjahres: „Im ausgehenden Jahrhundert haben meine Vorgänger und ich die Umsetzung dieser großen Vision – der Annährung und Zusammenarbeit zwischen den Ländern und Nationen Europas – stets befürwortet. In Übereinstimmung mit ihrem Geist haben sich in der Europäischen Union die gemeinsamen Institutionen herausgebildet, und insbesondere Kontrollmechanismen, die sich auf das Prinzip des Gegen gewichtes stützen und die eine Garantie für die Demokratie darstellen. Jetzt ist wahrscheinlich die Zeit gekommen, eine Synthese dieser Errungenschaften zu erstellen, indem eine einfachere und somit wirksamere Struktur geschaffen wird. Die Europäische Union wird sicherlich eine entsprechende Form finden, um den Ansprüchen ihrer Bürger zu genügen und dem allgemeinen Wohl gut zu dienen. Wenn die Europäische Union eine formelle Verfassung verabschieden sollte, müsste sie diejenige wählen, die sie für richtig hält. Die gegenseitige Anpassung von verschiedenen Systemen ist möglich. Die Kirche ist der Meinung, dass die politischen Systeme das Genie, die Geschichte und die Zukunftsvision der Nationen zum Ausdruck bringen.“ Das war die Rede des Heiligen Vaters.

Wie der Papst feststellte, sehe die Europäische Union das Bedürfnis, das gemeinsame europäische Wohl zu gestalten, indem sie das gemeinsame Wohl der einzelnen Nationen respektiere. Dies wird sich durch gemeinsame Maßnahmen,

durch die Verteidigung von Werten vollziehen, sodass man auf die Bedürfnisse der eigenen Bürger entsprechend antworten kann. Wenn ich mich auf die Worte von Johannes Paul II. berufe, des großen Fürsprechers der Gründung eines gemeinsamen europäischen Hauses, welches für alle offen sein wird, tue ich das aus der Überzeugung heraus, dass Europa heute eine Seele braucht. Bei der Unterstützung der europäischen Integration beschränkt sich die Kirche nicht nur auf das Hinweisen auf Gründe und Symptome der Krise, die die heutigen Gesellschaft betreffen, sondern erinnert ständig daran, dass sich die Rückkehr zu den christlichen Quellen der europäischen Zivilisation und Kultur durch den Bezug auf das System der allgemein akzeptierten Werte und Normen, Prinzipien und Praktiken des gesellschaftlichen Lebens vollziehen muss. ■

Das Christentum als einheitsstiftende Kraft Europas

Diarmuid Martin

Ich spreche hier zu Ihnen als Erzbischof von Dublin und als Vertreter der Kommission der Bischofskonferenzen der Europäischen Gemeinschaft, deren stellvertretender Vorsitzender ich bin. Ich spreche aber auch zu Ihnen als Erzbischof einer Diözese, in der Polnisch, nach Englisch, die am häufigsten gesprochene Sprache ist. In meiner Erzdiözese, in Dublin, leben 80.000 Polen. Außerdem spreche ich auch als Ire zu Ihnen, dessen Land sehr viel von der Europäischen Union profitiert hat und dessen Land auch viel zum Gelingen der Europäischen Union beigetragen hat. Ich spreche als ein Ire, dessen Landsleute in hohem Maße mit ihrer nationalen Identität zufrieden sind, aber gleichzeitig auch in hohem Maße damit zufrieden sind Europäer zu sein.

Die Zukunft Europas erfordert einen ausgeprägten Sinn für die europäische Identität. Das Fehlen einer Bindewirkung dieser Identität, die ein kulturelles Phänomen wäre, oder, was noch viel schlimmer wäre, eine Ernüchterung über Europa, die kulturelle und politische Aspekte hätte, würde das Gefühl der Verantwortung, welches die Bevölkerung Europas in sich trägt, deutlich abschwächen. Wenn sich nun bei der europäischen Bevölkerung eine allgemeine Distanz und Ernüchterung gegenüber Europa breit macht, ist dies deshalb eine große Gefahr für Europa.

Europa verändert sich, aber dennoch bleibt Europa Europa. Papst Johannes Paul II. hatte eine bemerkenswerte Fähigkeit die Europäer daran zu erinnern, dass die auf der Konferenz von Jalta festgelegten Grenzen nicht das widerspiegeln, was Europa eigentlich ausmacht. Heute und Morgen sollten wir wachsam sein, um Europa vor dem Einfluss neuer Ideologien zu schützen, die Vorstellungen fördern könnten, die nicht im Sinne Europas und nicht im Sinne der Empfindungen und Gedanken unserer Bevölkerung sind. Um sicherzustellen, dass Europas Zukunft mit all ihrem Pluralismus von der Mitwirkung eines starken und dynamischen Christentums profitieren kann, wie es in der Vergangenheit durch die christlichen Wurzeln der Fall war, tragen die Christen eine besondere Verantwortung bei dieser Aufgabe.

Wenn man nun über den Beitrag des Christentums zur Entstehung einer europäischen Identität spricht, spricht man nicht über eine Ideologie sondern über eine Tatsache. Es könnte sein, dass der Kern der Diskussion über den Gottesbezug in der europäischen Verfassung überhaupt nichts mit unserer Geschichte zu tun hatte, sondern mit der Gegenwart und den Platz der christlichen Gemeinschaft im heutigen Europa. Der Vorschlag für einen Bezug zu unserem christlichen Erbe in der Verfassung wurde nicht auf Grund von historischer Richtigkeit eingebbracht, sondern als Zeichen für eine anhaltende Offenheit der Christen gegenüber Europa und als Zeichen des Beitrages zu Europa, den Christen durch ihre wirtschaftlichen, sozialen und politischen Aktivitäten leisten und verkörpern. Beim Eintreten für die Anerkennung der Rolle des Christentums bei der Gestaltung Europas sorgen sich die Christen nicht nur um die Verwirklichung ihrer eigenen Interessen, sondern vielmehr darum sicherzustellen, dass das neu entstehende Europa den Beitrag der Gläubigen begrüßt und Europa so von ihrem Beitrag profitieren kann. Es ist außerdem hervorzuheben, dass das große Projekt Europa nicht allein als politische oder wirtschaftliche Errungenschaft betrachtet werden kann. Man muss vielmehr auch die moralischen und religiösen Bestrebungen seiner vielen Bewohner und Gründer mit einbeziehen. Das Gefühl der europäischen Identität muss nicht nur 27 Nationen unter einen Hut bekommen, sondern auch viele verschiedene Menschen und Traditionen. Es gibt also einen gewissen Bedarf an einigenden Kräften, die dies erfüllen können.

Aber werfen wir einen Blick in die Zukunft. Ich gebe nicht nach, wenn es darum geht das Verständnis des historischen Beitrags des Christentums für die europäische Identität in der momentanen Kultur zu stärken. Heute stehen wir der Herausforderung gegenüber sicherzustellen, dass sich dessen auch die neue Generation der Christen bewusst ist. Diese neue Generation von Christen, ausgestattet mit dem Wissen über diese Identität und Idealismus, kann zukünftig im Mittelpunkt bei der Gestaltung des europäischen Projektes stehen, so dass ein Nebeneinander verschiedener Blickrichtungen entsteht, die freilich alle vom Christentum beseelt sind. Die Verfassung kann, unabhängig davon welche Gestalt sie letztlich hat, eine Rolle spielen, aber beim Blick in die Zukunft müssen wir uns daran erinnern, dass die Kirche eine eigene Verantwortung dafür trägt, dass der Beitrag der Gläubigen bei der Gestaltung Europas dynamisch und überzeugend ist. Wenn Papst Johannes Paul II. über die neue Evangelisation sprach, betonte er immer, dass dies nicht die Rückkehr zu vergangenen Zeiten bedeute, sondern dass es, ganz im Gegenteil, notwendig sei das Risiko neuer Wege in die Zukunft einzugehen, um die freudige und erlösende Botschaft des Evangeliums in Europa zu verkünden und so eine Kultur zu schaffen, in der wirkliche menschliche Werte, geleitet vom christlichen Glauben, ihren dauerhaften Platz haben. Einen Anstoß zur Entstehung einer solchen neuen Generation von Europäern zu geben, gehört für mich zu meiner Arbeit und gehört für mich auch zur Arbeit der Kirche in allen Ländern.

Ich denke, dass es von größter Bedeutung ist eine angemessene und deutlich ausgesprochene Ausdehnung der Gedanken des Evangeliums und der zentralen Kirchenlehren sicherzustellen. Wir haben bereits angefangen diese umzusetzen, aber wir müssen es vor allem dort sicherstellen, wo die Ideen gemacht werden, wo die kulturelle und intellektuelle Gestaltung Europas beginnt. Dadurch wird am Ende jedes Land in Europa geprägt werden. Ich glaube zum Beispiel, dass das Kompendium der kirchlichen Soziallehre – die bereits von Kardinal Dziewisz erwähnt wurde – hier eine wichtige Rolle spielt und werde in der nächsten Woche eine Publikation zu diesem Thema, speziell für die irischen Verhältnisse, anstoßen. In der Erneuerung unserer Kirche und in unserer Selbstverpflichtung einer neuen Evangelisation vertrauen wir auf die Mission der Kirche und

unterstützen den Aufbau eines neuen Europa. Niemand soll sich vor der Botschaft des Evangeliums fürchten, aber niemand soll versuchen den Beitrag des Evangeliums bei der Entstehung Europas und den Beitrag, den es für ein zukünftiges Europa leisten wird – und zwar als Dienst der Hoffnung und als Sinn gebendes Element für seine Einwohner –, zu unterdrücken. ■

II. Reform als Notwendigkeit und Chance: Der neue EU-Reformvertrag

Warum Europa den neuen Verfassungsvertrag braucht

Hans-Gert Pöttering

Es ist wunderbar heute in der herrlichen Aula der Jagiellonen-Universität in Krakau zu sein, und ich freue mich, dass so viele Kolleginnen und Kollegen aus dem Europäischen Parlament ebenfalls hier sind.

Als ich eben durchs Königschloss geführt wurde, sagte mir die sehr charmante Führerin, Krakau sei das Herz Polens. Und ich muss zugeben, der Geist, den man hier spürt – auf der einen Seite die Verbundenheit zur eigenen Region, zum eigenen Land und zur polnischen Geschichte und auf der anderen Seite die Offenheit gegenüber Europa – ist etwas Wunderbares. Und das ist auch der Grund, warum wir heute nicht nur mit dem Verstand, sondern mit dem Herzen hier sind, im Herzen Polens, in Krakau. Im Rahmen dieser Führung hatte ich außerdem die Möglichkeit Kardinal Stanislaw Dziewisz zu treffen und seinen Amtssitz zu besichtigen. Dieses bischöfliche Palais, wie es hier wahrscheinlich heißt, hat mich sehr beeindruckend, insbesondere das Portrait von Johannes Paul II., der – wie Sie alle wissen – hier in Krakau von 1963 bis 1978 Kardinal war. Mit ihm möchte ich auch meine Ausführungen beginnen.

Im Jahr 1978 wurde aus Kardinal Wojtyla der Papst Johannes Paul II. Weniger als ein Jahr später wurde zum ersten Mal das Europäische Parlament direkt von

der Bevölkerung gewählt, im Juni 1979. Ich selbst habe das Privileg als einer von sechs Abgeordneten dem Europäischen Parlament seit der ersten Direktwahl anzugehören. Heute stehe ich vor Ihnen nicht als Deutscher, weil die deutsche Staatsbürgerschaft mir die europäische Bürgerschaft vermittelt. Gleiches gilt auch für die anwesenden Polen, die durch die polnische Staatsbürgerschaft auch europäische Staatsbürger sind. Es ist bereits angeklungen, dass gewisse Diskussionen, vielleicht auch Spannungen zwischen Völkern in der Europäischen Union existieren – vielleicht auch zwischen Polen und Deutschland. Aber ich glaube, dass Anlass zu Optimismus und Hoffnung besteht, dass wir diese überwinden können. Dies gilt insbesondere, wenn wir uns daran erinnern, was in den letzten 30 Jahren an positiven Entwicklungen in Europa möglich gewesen ist. Wenn jemand 1979 vorausgesagt hätte, dass der Tag kommen werde, an dem wir uns hier in Krakau zu einer Konferenz treffen würden, wäre dies sicherlich wie ein Traum erschienen. Wenn jemand 1979 vorausgesagt hätte, dass am 1. Mai 2004, Abgeordneten aus dem freien, demokratischen Polen ins Europäische Parlament einzögen, wäre unsere Antwort gewesen, dass dies eine Vision sei, ein Traum, eine Hoffnung, die wahrscheinlich zu unseren Lebenszeiten nicht zu verwirklichen sei.

Wenn nun in unserem Europa Schwierigkeiten auftreten, dann muss man sich daran erinnern, was in Europa möglich war und sich stets von Herzen darüber freuen, dass wir heute zumindest streiten können, dass wir heute als eine europäische Familie zusammengehören und viele Aufgaben gemeinsam durch Dialog und Gespräche lösen können, wenn wir nur die Kraft, den Mut und den Willen dazu haben.

Niemals darf man freilich dabei vergessen, dass Europa ein schwieriger Kontinent ist und die Europäische Union mit nun 27 Völkern und 500 Millionen Menschen ein sehr komplexes Gebilde darstellt. Was ist nun die Stärke unseres Europas? Im Vertrag wird erstmals von der kommunalen Selbstverwaltung gesprochen, von unseren Städten und unseren Gemeinden in Europa, die diese Vielfalt und Komplexität widerspiegeln. Wenn ich in die Europäischen Union, in meine Heimat, in den Landkreis Osnabrück in Niedersachsen zurückkehre,

bin ich immer glücklich darüber, dass ich in Europa lebe. Lassen Sie uns dankbar dafür sein, dass wir in diesem Europa leben, welches zwar kein Paradies ist, aber wenn wir uns in der Welt umschauen, doch der beste Teil dieser Welt um darin zu leben.

Lassen Sie uns ebenso dafür dankbar sein, dass die beiden großen totalitären Systeme, der Nationalsozialismus, ein perverses politisches System, und der ebenso totalitäre und perverse Kommunismus zusammengebrochen sind und sich am Ende der Mensch, der sich als Person verantwortlich für die Gemeinschaft sieht, durchgesetzt hat. Dies war ein politischer Vorgang, dass sich unser christliches Menschenbild durchgesetzt hat. Dafür sollten wir ebenfalls dankbar sein.

Nun wenden wir uns der Zukunft zu und wir stehen vor der Frage; „Wie geht es weiter in der Europäischen Union?“ Ich erinnere mich gut, wie wir im Europäischen Parlament im Dezember 2000 den Vertrag von Nizza bewerten mussten und wie dieser vom französischen Staatspräsident Jacques Chirac im Parlament vorgestellt wurde. Damals waren wir der Meinung, dass dies nicht die Lösung für die Zukunft Europas sein könne, weil weder die Mehrheitsentscheidung im Ministerrat ausgeweitet wurde, noch das Europäische Parlament in seinen Rechten gestärkt wurde. So entwickelte sich die Initiative für das Europäische Konsortium und am Ende stand der Verfassungsvertragsentwurf, der bedauerlicherweise in den Referenden in Frankreich und in den Niederlanden gescheitert ist.

Gestatten Sie mir, dass ich Ihnen an dieser Stelle eine kleine Geschichte erzähle, in einem so feierlichen Rahmen ist dieses Beispiel vielleicht etwas unangebracht, aber das Leben ist am Ende konkret. Sie zeigt uns, dass wir uns in Europa verstehen müssen, dass wir zuhören und lernen müssen. In Frankreich herrschte eine ablehnende Haltung zur Dienstleistungsrichtlinie vor, weil man den „polnischen Klempner“ fürchtete. Im Juni letzten Jahres besuchte ich nun eine Fraktionssitzung im französischen Bordeaux, die in einem guten Hotel stattfand. Nach der Vorstandssitzung ging ich nun zur Toilette und ein schwedischer Kollege kam mir entgegen und sagte:

„They need a Polish plumber.“ Ich möchte Ihnen ersparen, die Situation zu schildern, die ich am Ende auf dieser Toilette vorfand. Ich kann nur sagen: „They need a Polish plumber.“

Leider ist aber die Psychologie innerhalb der Völker eine andere, wie dieses Beispiel verdeutlicht. Dies ist die Schwierigkeit Europas. Wenn man annimmt, es gebe immer nur die Völker Europas, die Polen, die Deutschen, die Franzosen, die Briten, die Italiener, irrt man. Es existieren auch unterschiedliche politische und geistige Orientierungen und es ist unsere Aufgabe an diesem Europa gemeinsam weiter zu arbeiten und dieses Europa zum Erfolg zu führen. Deshalb darf dieses Europa kein zentralistisches Europa sein. Daran erinnert im Wesentlichen auch der Verfassungsvertrag. Dort sind unsere Kommunen und unsere Städte erstmalig im europäischen Recht erwähnt. So finden die deutschen Regionen, die Bundesländer und die polnischen Woiwodschaften Eingang in dieses Vertragswerk. Wir alle bekennen uns nun zu unserem eigenen Vaterland, jedes Land hat seine eigene Würde, seine eigene Geschichte, positive und negative Seiten. Gemeinsam sind wir jedoch Europäerinnen und Europäer und haben in dieser Eigenschaft eine Verantwortung für die Welt.

Werte sind das, was uns als Europäerinnen und Europäer zusammenhalten muss. Im Vertrag heißt es dazu: „Schöpfend aus dem kulturellen, religiösen und humanistischen Erbe Europas, aus dem sich die unverletzlichen und unveräußerlichen Rechte des Menschen, sowie Freiheit, Demokratie, Gleichheit und Rechtsstaatlichkeit als universelle Werte entwickelt haben.“ (Präambel, Anmerkung des Hg.) Diese Werte sind das Fundament der Europäischen Union. Viele von uns hätten mehr als diese Zeilen gewollt. Als Präsident des Europäischen Parlaments habe ich nicht das Mandat dies zu verlangen, aber als Vorsitzender der EVP-Fraktion habe ich den Gottesbezug gefordert und auch die Nennung des jüdisch-christlichen Erbes in der Verfassung. Wegen des Widerstandes insbesondere zweier Regierungen haben wir uns nicht durchsetzen können, aber es ist dennoch ratsam, liebe Freunde, trotzdem „Ja“ zu diesem Vertrag zu sagen. Die christlichen Werte sind, auch ohne die ausdrückliche Erwähnung des Begriffes „christlich“, in diesem Vertrag kodifiziert. Die Würde des Menschen, des Men-

schen, der sich für sich und die Gemeinschaft verantwortlich zeigt, Menschenrechte, die Würde älterer Menschen, das Wohlergehen der Kinder, ein Verbot des Klonens, Solidarität, Subsidiarität, Demokratie und Rechtsordnung, das sind unsere verbindenden Werte in Europa. Gerade wenn ich neben mir Alexander Milinkiewicz aus einem Nachbarland Polens, aus Belarus sehe, denke ich allerdings, wir sollten nicht so egoistisch auf uns selber schauen.

Wir als Europäer, die wir das Glück haben, in Freiheit und Demokratie zu leben, haben auch die Verpflichtung uns für diejenigen einzusetzen, die heute weder Freiheit noch Menschenrechte genießen können. Deswegen sagen wir „ja“ zur Freiheit von Belarus und für die Länder, die auf dieser Erde noch in einer Diktatur leben müssen. Ich möchte an dieser Stelle auch nachdrücklich betonen, dass dies auch für Russland gilt. Wir wollen in Partnerschaft mit Russland leben, aber wir fordern auch den Aufbau eines funktionierenden Rechtsstaates in Russland. Wenn dort Journalisten ermordet werden, wie Anna Politkowskaja, möchten wir Bemühungen der Behörden beobachten, dass die Mörder dem gerechten Richter überführt werden. Als ausdrücklicher Freund Amerikas, der sich bewusst ist, dass uns mit den Amerikanern gemeinsame Werte verbinden, muss ich in dieser Hinsicht auch Kritik an Amerika üben. Das Beispiel Guantanamo verdeutlicht den Mangel an Rechtsstaatlichkeit. Die meisten Terroristen, vielleicht aber auch einige Nicht-Terroristen, verschwinden dort über Jahre hinter dicken Mauern und dies ohne Rechtsverfahren. In diesem Fall müssen wir unsere Freunde kritisieren und darauf pochen, dass dies nicht unserem europäischen Modell von Recht entspricht. Dass es zur Würde des Menschen gehört, dass jeder Mensch auf dieser Erde, wenn er verurteilt wird und ins Gefängnis muss, auch ein rechtliches Verfahren bekommen muss.

An dieser Stelle möchte ich wieder zum Vertrag zurückkommen. Wir als Europaparlamentarier sagen „ja“ zu diesem Vertrag. Er bringt unsere Werte zum Ausdruck und beinhaltet zudem einen großen Zuwachs an Demokratie und Parlamentarismus. Durch dieses Vertragswerk entsteht zu nahezu hundert Prozent eine Gleichberechtigung im Gesetzgebungsverfahren zwischen Europäischem

Parlament und dem Ministerrat. Als dieses Parlament 1979 seine Arbeit begann, hatte es null Gesetzgebungsmöglichkeiten. Es existierten nur wenige Rechte im Bereich des Haushaltes, aber im Bereich der Gesetzgebung bestand keinerlei Mitentscheidungsrecht. Dies wird sich nun grundlegend ändern. Zudem wird der Ministerrat in Zukunft, wenn der Vertrag in Kraft getreten ist, in nahezu allen Fällen mit einer Mehrheit entscheiden. Hier in Polen diskutiert man außerdem um die so genannte Formel von Ioannina. Diese Formel, die nach der griechischen Provinzstadt Ioannina benannt ist und die man in den 90er Jahren vereinbart hat, besagt nun, dass, wenn man bei einer Abstimmung nicht zu einem Ergebnis kommt und die Mehrheiten nahe beieinander liegen, man noch zwei oder drei Monate abwarten kann, bis man dann zu einer Entscheidung kommt. Meiner Meinung nach spricht nichts dagegen, dass man diese Formel in den Vertrag aufnimmt, aber ich bin dagegen, einem oder mehreren Ländern die Möglichkeit zu geben – indem dieser Zeitraum unendlich oder auf mehrere Jahre definiert wird – zu verhindern, dass wir in Europa zu Entscheidungen kommen. Ich erwarte, dass sich alle Staaten Europas daran halten, was im Juni 2007 von den Staats- und Regierungschefs in Brüssel beschlossen wurde. Es darf nicht sein, dass unser Europa nicht entscheidungsfähig ist. Die Welt wartet nicht auf die Europäische Union.

Auch die nationalen Parlamente werden zukünftig eine größere Rolle im europäischen Gesetzgebungsprozess spielen, weil sie stärker in ihn eingebunden werden. Mein persönliches Ziel ist es während der zweieinhalb Jahre meiner Amtszeit als Vorsitzender des Europäischen Parlaments eine engere Zusammenarbeit zwischen dem Europäischen Parlament und den nationalen Parlamenten herzustellen. Anfang Oktober diesen Jahres wird z.B. eine große Tagung der nationalen Parlamente und des Europäischen Parlamentes zu Fragen des Klimaschutzes und zur Bewahrung der Schöpfung stattfinden. Ich kann mir keine schönere Führungsaufgabe für uns Europäer denken, als die Schöpfung zu Bewahren und dem Klimawandel entgegenzuwirken. Diese Aufgabe von den Amerikanern, den Chinesen, den Russen, und allen anderen zu übernehmen ist auch eine Friedensaufgabe und zugleich Bestandteil des Vertrages. Meines Erachtens müssen wir jetzt auch das Notwendige tun, dass nicht nur der Vertrag Wirklichkeit wird, sondern

auch praktische Maßnahmen zum Klimaschutz ergreifen. Es war eben schon die Rede davon, dass Polen besondere Sorgen bezüglich der Energieversorgung hat und wir solidarisieren uns in dieser Sache mit Polen. Sollte es jemals dazu kommen, dass ein drittes Land ein Druckmittel bezüglich der Energieversorgung Polens in der Hand hätte und bereit wäre dieses zu nutzen, dann wäre dies nicht nur ein Problem Polens, sondern eine Herausforderung für die gesamte Europäische Union. Wenn ein Mitglied dieser Europäischen Union ein großes Problem hat, oder sich einer großen Herausforderung gegenüber sieht, gilt das Prinzip der Solidarität. Genau deshalb muss diese Frage auch in einem Partnerschaftsabkommen mit Russland klar geregelt werden. Ziel ist die Energiesicherheit Polens und der gesamten Europäischen Union.

Wenn die Handlungsfähigkeit der Europäischen Union durch den Vertrag von Lissabon steigt, steigt auch die Fähigkeit zum Dialog mit anderen Kulturen. Vorgestern besuchte ich in Brüssel das so genannte „Operation Centre“. Dort wurde deutlich, wie die Europäische Union in Fragen der Sicherheitspolitik zusammenarbeitet. Mittels einer Videoschaltung, zwischen den Vertretern dieses „Operation Centers“ der Europäischen Union und den Vereinten Nationen, wurde dort gerade gemeinsam überlegt, wie man den Flüchtlingen aus dem Sudan, die sich im Tschad aufhalten, helfen könne. Dass wir heute die Chance haben, Menschen in der Welt, die in Not sind, zu helfen, ist eine wunderbare Errungenschaft. Es ist unsere Pflicht als Christen die Menschenrechte in der Welt durchzusetzen und, wenn es konkret um den Tschad geht, die bedauernswerten Flüchtlinge dort zu schützen. Dies ist unsere Aufgabe. Eine andere Aufgabe Europas ist der Dialog mit der arabischen und islamischen Welt und wenn wir den Vertrag ratifiziert haben, dann verstärkt sich die Handlungsfähigkeit der Europäischen Union und wir können wir auch international unsere Interessen und Werte verteidigen.

Wir in Europa wollen vermeiden, was von manchen als Apokalypse an die Wand gemalt wird, den „clash of civilisations“. Wir wollen Zusammenarbeit und Partnerschaft mit der arabischen und islamischen Welt. Terrorismus werden wir mit aller Entschiedenheit bekämpfen, aber mit der gutwilligen Mehrheit der Men-

schen des islamischen Glaubens möchten wir zusammenarbeiten. Es muss aber zu einem gegenseitigen Dialog kommen und zu einer gegenseitigen Toleranz. Ich wurde einmal von einem hohen geistlichen Führer in Saudi-Arabien gefragt, wie die Muslime in Europa behandelt werden. Meine Antwort war, dass sie nicht so integriert seien, wie wir uns das wünschten, aber sie haben in der Regel ihre Gebetshäuser hätten, sodass sie alle ihren Glauben praktizieren könnten. Meine Rückfrage an diesen Gesprächspartner war aber, ob es zuträfe, dass, wenn ein Muslim ein Christ werden wolle, in Saudi-Arabien darauf die Todesstrafe stünde. Der Botschafter meines Landes, der mich begleitete, bemerkte nach dem Treffen, dass noch niemand gewagt hätte eine solche Frage zu stellen. Mit dieser Anekdote möchte ich nicht etwa zum Ausdruck bringen, dass ich in dieser Situation mutig war, sondern, dass wir für einen erfolgreichen Dialog der Kulturen den Mut brauchen die Wahrheit auszusprechen. Diese Wahrheit geht dabei niemals nur in eine Richtung. Sie muss vielmehr in zwei Richtungen gehen, und das bedeutet Toleranz für alle und nicht nur für eine Seite.

Eine andere Diskussion dreht sich um die Ukraine und die Möglichkeiten einer Mitgliedschaft oder Partnerschaft. Wir müssen den polnischen Kolleginnen und Kollegen sehr herzlich danken, dass sie sich so für die Ukraine eingesetzt haben. Die Wiederholung der Wahlen, die mit einem Sieg für Wiktor Juschtschenko endeten, ist insbesondere den polnischen Kolleginnen und Kollegen zu verdanken, die das Europäische Parlament unterrichteten und es somit veranlassten eine Wiederholung dieser Wahlen zu fordern. In diesem Kontext erwähne ich die Ukraine, als ein Land von dem man in Polen viel weiß, aber ich denke, dass wir eine Diskussion darüber beginnen müssen, welche Länder in die Europäischen Union aufgenommen werden können. Momentan sage ich nicht „nein“ zur Ukraine, aber ich sage auch nicht „ja“. Die Ukraine und die anderen Ländern müssen eine Orientierung nach Europa haben. Man sollte aber auch darüber nachdenken, ob es Alternativen zur Mitgliedschaft gibt. Ich meine damit besondere Formen der Zusammenarbeit und der Partnerschaft. Zunächst müssen wir alles tun, die Europäische Union in ihrem Inneren zu stärken und währenddessen über diese Länder nachdenken.

Abschließend möchte ich betonen, dass Europa vor allem etwas Gemeinsames ist. Wir können in Europa Verträge abschließen und zu Mehrheitsentscheidungen kommen. Das ist auch gut so, weil durch ein Veto Probleme nicht gelöst werden können und weil die Welt nicht auf uns wartet. Aber das Wichtige ist, dass wir in Europa zu unserem Glück vereint sind, dass wir uns zuhören, dass wir bereit sind voneinander zu lernen, dass wir verstehen, was in den Köpfen der anderen vorgeht. Aber auch, dass wir gemeinsam handeln und zwar auf der Grundlage des Rechtes. Das Recht ist die größte Errungenschaft Europas im 21. Jahrhundert. Heute hat in Europa, zumindest in der Europäischen Union, das Recht die Macht und nicht die Macht recht. Deswegen brauchen wir diesen Vertrag und ich wünsche mir, dass sich in Polen eine große Mehrheit für ihn findet. Wir beschreiten gemeinsam den Weg der Zukunft Europas ins 21. Jahrhundert. Es wird ein Jahrhundert Europas sein, in dem sowohl Nationen als auch Städte und Gemeinden ihre Identität bewahren können. Wir haben diese Städte und die Gemeinden, wir haben unsere Regionen, wir haben unsere Vaterländer, aber wir sind auch gemeinsam Europäerinnen und Europäer und haben eine Verantwortung für diese Welt. Es ist gut, dass wir in 21. Jahrhundert leben. ■

Der Verfassungsvertrag: Eine Revolution im formellen Sinne

Jacek Saryusz-Wolski

Das Thema der Konferenz ist äußerst ambitioniert. Es umfasst einen enormen Ausschnitt aus der Geschichte. Es unternimmt auch den Versuch nach vorne zu schauen; es ist also eine Art der Reflexion, mit der man beginnen kann, die aber nicht abschließbar ist.

Der Reformprozess der Europäischen Gemeinschaften dauert, eigentlich seit deren Gründung, ununterbrochen an. Von diesen Anfängen haben wir bereits von Präsident Kaczyński gehört. Dieser Prozess intensivierte sich Mitte der 80er Jahre, als man am einheitlichen europäischen Markt, an der Einheitlichen Europäischen Akte arbeitete. Das wichtigste Ziel der Verträge, die in Maastricht, Amsterdam und Nizza unterzeichnet wurden, war das pragmatische Reformieren der Institutionen und der Politik der Europäischen Union (EU). Nur der Vertrag von Maastricht beschäftigte sich mit der Herausforderung die axiologischen Grundlagen der Integration zu bestimmen. In Bezug auf die Auseinandersetzungen unter den Mitgliedsstaaten der EU ist es zwar gelungen, eine Liste der konkreten Ziele, die die Union erreichen möchte, festzulegen, aber bereits bei der Definition des Wesens der Integration stieß man auf Probleme. Wegen des fehlenden Einverständnisses der Briten, dass im Text der Begriff „Föderation“ auf irgendeine Art und Weise benutzt werde,

musste man sich letztendlich mit einer enigmatischen Formulierung über die engste Verbindung zwischen den Nationen der Europäischen Union – „*ever closer union*“ – abfinden.

Die nächsten Verträge leiteten einen Prozess ein, der zwar Veränderungen einführte, es war jedoch kein Prozess, der mit einer *finalité politique*, einem Begriff den die Franzosen in der europäischen Debatte benutzen, endete; es entstand kein durchdachter und abgeschlossener Zustand. Es muss klar gesagt werden, dass die Gemeinschaften 50 Jahre lang zu gewissem Grad auch dank Unvollständigkeit und Mangel an Präzision so effizient funktionierten, eine Tatsache, die die akademischen Experten der EU oft zum Vorwurf machen. Sie war jedoch kein Zufall: Überall dort, wo Streitigkeiten und – wie es schien – unüberbrückbare Unterschiede auftauchten, bereiteten die Diplomaten und Juristen solche Formulierungen und Dokumente vor, mit denen sich jeder nicht nur abfinden konnte, sondern die von allen auf eigene Art und Weise interpretiert werden konnten, was zeigt, dass diese Mehrdeutigkeit beabsichtigt war. Diese Unklarheiten und der Mangel an Präzision dienten als Instrumente und wurden absichtlich herbeigeführt.

Mehrere Jahrzehnte lang dominierte auf unserem Kontinent eine Philosophie, die darauf beruhte, dass man die Existenz der Europäischen Gemeinschaften durch die Ergebnisse ihres Handelns legitimierte. Die so genannte Methode der kleinen Schritte, die von Jean Monnet entwickelte Methode der graduellen Entwicklung, die Idee der Integration sollte die Bürger durch die Gewährleistung dessen ansprechen, was sie sich wünschten und was sie brauchten: Sicherheit und Wohlstand. Sie sollten durch den einheitlichen Markt, durch Freizügigkeit der Bürger, durch Jugend- und Studentenaustausch – der vorher in der heute verbreiteten Form unbekannt war –, durch Zuschüsse für die doch recht unterschiedlich ausgeprägten landwirtschaftlichen Strukturen in Europa, durch den Bau moderner Infrastruktur oder durch die Einführung einer gemeinsamen Währung erreicht werden. Dies alles sollten Elemente einer gemeinsamen Identität sein. Die Gemeinschaften sollten die Europäer vor Degenerationen des Nationalstaates schützen, die zum Totalitarismus geführt hatten. Gerade deshalb

schien es keinen Bedarf dafür zu geben, dass sich die Gemeinschaften – und anschließend die EU – der staatlich-kreativen Rhetorik bedienten. Die Idee der Integration sollte sich selbstständig verteidigen, und zwar durch Bereitstellung öffentlicher Güter und Leistungen in Übereinstimmung mit dem Subsidiaritätsprinzip. Die EU-Mitglieder unterstützen zwar den Prozess der beschränkten Vertiefung der Integration durch bestimmte Elemente, die einem föderalen System zuzuschreiben sind, wie z.B. durch Schaffung einer gemeinsamen Währung, durch Einführung des Konzeptes der EU-Staatsbürgerschaft, oder durch den Aufbau von Elementen einer gemeinsamen Außenpolitik – die wir ja so dringend benötigen –, aber nichtsdestotrotz war die Hauptaufgabe vor jeder Reformrunde, über die ich schon gesprochen habe, die praktische Anpassung der EU an die neuen Herausforderungen, die sich aus einer sich dynamisch entwickelnden Situation auf diesem Kontinent und auf der Welt um die EU herum ergaben. Die EU musste insbesondere an die neuen Erweiterungen angepasst werden. Es dominierte die Überzeugung, dass die institutionellen Grundlagen, die anfangs für sechs Mitgliedsstaaten geschaffen wurden, in einer EU mit 15, 25 bzw. 27 Staaten nicht gut funktionieren könnten. Manchmal wurde die Erweiterung als eine bestimmte Art der Motivation genutzt – um nicht zu sagen als eine Ausrede für Reformen –, zu der die EU ohne diesen Faktor nicht genug Kraft, Motivation und politischen Willen gefunden hätte.

Die neuen Verträge entsprachen also stets den akuten Bedürfnissen der sich verändernden Wirklichkeit. Die Institutionen wurden verbessert und zwar beispielsweise durch einen häufigeren Bezug auf Mehrheitsabstimmung. Um die Legitimation der gesamten europäischen Konstruktion zu stärken, wurde die einzige in direkten Wahlen gewählte Institution gestärkt, und zwar das Europäische Parlament. Die europäischen Politikfelder wurden reformiert, und zwar sowohl die gemeinsame Außenpolitik als auch Politikbereiche, die für die innere Sicherheit zuständig sind: Justiz, Grenzschutz, Migrationspolitik und polizeiliche Zusammenarbeit.

In den 90er Jahren vermied man aber nach wie vor die Debatte über die philosophischen, axiologischen Grundlagen der Integration. Der letzte im vorigen

Jahrhundert verhandelte Vertrag, der bekannte Vertrag von Nizza, war sogar ein Beispiel für die pragmatische Abneigung unter den führenden EU-Politiker, über die Grundlagen und Ziele der Europäischen Union zu sprechen. Er stellte eine Art Flucht dar. Der Vertrag von Nizza war dermaßen technisch, dass nur eine Handvoll von Experten ihn wirklich gelesen hat. Nichtsdestotrotz wurden die neue Aufteilung der Einflusssphären unter den Mitgliedsstaaten, die neue Zusammensetzung der Europäischen Kommission und die häufigere Anwendung der Mehrheitsentscheidungen im Rat als ausreichend interpretiert, um anzuerkennen, dass die EU für eine Erweiterung bereit sei. Das sakramentale „Ja“ wurde nach dem Vertrag von Nizza geäußert. Übrigens hat man später dieses Urteil zurückgezogen, indem man feststellte, dass die Erweiterung der politische Motor oder sogar die Begründung für weiterreichende Reformen der EU-Institutionen sein könne. Und das war eben der Beginn des Verfassungsprozesses, auf den unsere Konferenz heute Bezug nimmt.

Nahezu parallel zum Abschluss der Arbeiten am Vertrag von Nizza sind Stimmen in der Europäischen Union laut geworden, dass man den nächsten Schritt, die Fortsetzung der institutionellen Reform, bereits in einem anderen Ausmaß, unternehmen solle. Diesmal gewann jedoch ein anderes Konzept die Oberhand, ein neues, das von der bisherigen Tradition und vom bisherigen Ansatz Abschied nahm, und gleichzeitig weiterreichte. In diesem Konzept sprachen sich seine intellektuellen Väter für die Notwendigkeit einer vollständigen Verfassung im Integrationsprozess aus. Es handelte sich dabei also nicht um die Methode der kleinen Schritte, sondern um die Methode eines großen Sprungs.

Nach mehreren Jahren der Vorbereitungen wurde in Brüssel ein Konvent einberufen, in dessen Rahmen Regierungsvertreter der Mitgliedsstaaten, Parlamentarier der nationalen Parlamente, Vertreter der EU-Institutionen – darunter auch Angehörige des Europäischen Parlaments- und auch Vertreter aus dem Bereich Zivilgesellschaft die Grundlagen des Verfassungsvertrages vorbereitet haben. Die künftigen neuen Mitgliedsstaaten aus Mitteleuropa waren ebenfalls vertreten und nahmen an dieser Konferenz als Beobachter teil. Dieser Vertrag wurde später auf einer Regierungskonferenz noch ein wenig modifiziert und in

dieser Form unterzeichnet sowie anschließend ratifiziert, u. a. auch durch ein Referendum. Dieser Vertrag stellte ein Novum nicht nur bezüglich des institutionellen Inhaltes dar. Der Verfassungsvertrag war vielmehr eine Revolution in formeller Hinsicht. Zum ersten Mal wurde in der EU ein Dokument mit einem offenen Verfassungscharakter und einer Präambel, mit der Aufteilung der Kompetenzen unter den einzelnen Organen, einem Kapitel, das sich auf eine quasistaatliche Symbolik bezog und sogar mit der Position eines EU-Präsidenten und eines EU-Außenministers erarbeitet. Kaum jemand in der EU stellte den Bedarf an weiterer institutioneller Reform in Frage. Es wurde geschätzt, dass die bisherigen Verträge die Bedürfnisse und Herausforderungen, die die EU in Zukunft wird bewältigen müssen, nicht ausreichen, um diese erfüllen zu können. Der Bedarf einer Stärkung des Europäischen Parlaments, welches die Bürger der EU am direktesten vertritt, war deutlich spürbar.

Die Idee der Umsetzung des wohl ambitioniertesten Projektes, der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik sowie die Stärkung der Effizienz der Politikfelder, die für die innere Sicherheit zuständig sind, fand ebenfalls Unterstützung. Wie es sich aber bald herausstellen sollte, stand ein Teil der EU-Bürger den Veränderungen mit Verfassungscharakter skeptisch gegenüber. Der von Oben kommende Versuch einer Stärkung der gemeinsamen Identität war nicht erfolgreich. Integration, die bislang organisch, inkremental vertieft wurde, ging zur Etappe der Dekrementierung von Verfassungsänderungen von Oben über. Dabei handelte es sich sogar um die notwendigsten und die am meisten verständlichen Veränderungen. Dies wurde jedoch im politischen Prozess weder entsprechend kommuniziert noch von den Bürgern verstanden und bekam somit keine demokratische Legitimation. Es stellte sich heraus, dass alle Verdächtigungen, dass die EU in einen Staat umgewandelt werden solle, nicht begründet waren. Das Misstrauen bezüglich der Verfassungssprache auf der supranationalen Ebene ist in den einzelnen Mitgliedsstaaten jedoch nach wie vor sehr groß.

Die Versuche, die gemeinsamen axiologischen Grundlagen zu bestimmen, sind ebenfalls gescheitert. Darüber hat Präsident Kaczynski bereits gesprochen. Etwas, was für viele EU-Bürger selbstverständlich ist, d.h. die gemein-

samen christlichen Wurzeln Europas, stellte sich für einige politische Bereiche oder sogar Staaten als kontrovers heraus. So entstand die unvollkommene und schlecht verfasste Präambel, in der auf das griechisch-römische Erbe und die Aufklärungstraditionen Bezug genommen wird, nicht aber auf das Christentum. Zum Glück ist es dabei nicht geblieben. Die Bürger Frankreichs und der Niederlande zeigten die Wahrheit der alten Maxime von Shakespeare auf: „Das Bessere ist der Feind des Guten“, obwohl der Verfassungsvertrag zum großen Teil ein gutes und notwendiges Dokument war. Ein Teil der EU-Bürger sprach sich gegen die hochtrabende Rhetorik aus. Die soziale Kommunikation und die politische Überzeugungskraft haben nachgelassen.

Im Juni dieses Jahres mussten wir uns erneut wegen dieser Reformen zusammensetzen und an den Verhandlungstisch zurückkehren. Ich spreche jetzt über den letzten Gipfel, auf dem erneut Gespräche über die Reformwerke aufgenommen wurden. Den Bedarf an Reformen stellt kaum jemand in Frage. Es dominiert nämlich die Überzeugung, dass die europäische Integration eine der besten Dinge ist, die Europa seit Jahrhunderten passiert ist. Man ist jedoch zur Rückkehr zur evolutionären Philosophie – statt der Philosophie des Sprunges – gekommen: Die Anpassung der bereits gegebenen Akte und nicht die Schaffung von neuen, groß angelegten Dokumenten, die die Angst der Bürger hervorrufen. Zurzeit findet eine Regierungskonferenz statt, bei der ein neuer Vertrag präzisiert wird und wir kennen bereits dessen Entwurf. Das bedeutet aber nicht, dass wir auf die Notwendigkeit verzichten, über die axiologischen Grundlagen der Integration zu sprechen. Diese Frage wird immer wieder auftreten, ohne diese Frage wird es keinen tatsächlichen Integrationsprozess geben. Dabei handelt es sich natürlich um den Stellenwert des Christentums in diesem Prozess sowie um Werte, ohne die wir eine Identität und somit den Integrationsfortschritt nicht erfahren werden.

Ich hoffe, dass diese Konferenz, an der so große geistige und intellektuelle Autoritäten teilnehmen, viel in die Debatte einbringen wird, die wir ja in Europa so dringend brauchen. Denn dieser Schritt, der sich gerade jetzt vollzieht, ist einer der weiteren Schritte, aber nicht der letzte. Wir wollen also nicht etwas

erreichen, woran so viele leidenschaftliche Enthusiasten der Integration appellieren: Also diese *finalité politique*. Um zu wissen, wohin wir gehen, müssen wir uns die Frage beantworten: Woher kommen wir? Es ist jedoch etwas anderes, nur darüber zu diskutieren oder zu versuchen, es eindeutig festzuhalten. Es scheint, dass der Reformprozess in der EU noch nicht vollendet ist, es wird noch viele Jahre lang dauern.

Entgegen den Träumen des Vorsitzenden des Konvents, des ehemaligen französischen Präsidenten Valéry Giscard d’Estaing wurde kein Dokument vorbereitet, das der EU mehrere Jahrzehnte lang dienen könnte. Wenn aber der Verfassungsprozess, der fortschreitet, fortduern soll, müssen wir uns darauf intellektuell und geistig gut vorbereiten. Ein Test für den Reformvertrag, der derzeit vorbereitet wird und der bald abgeschlossen werden soll, der einen bescheideneren Namen bekommt und der sich – wie ich bereits sagte – einer anderen Methode bedient, wird die Frage sein, ob er das Europa der Ergebnisse näher bringt: Ein Europa, das den Bürgern öffentliche Güter und Leistungen bereitstellt und sich durch Ergebnisse legitimiert und nicht durch die Systemstrukturen an sich. Es wird sich die Frage stellen: Wird dieser Vertrag und die Praxis, die sich auf ihn stützen wird, es erlauben, das Gemeinwohl in Übereinstimmung mit dem Subsidiaritätsprinzip, aber auch mit dem breit gefassten politischen, wirtschaftlichen und moralischen Solidaritätsprinzip zu erreichen? An den Früchten werden wir erkennen, ob dieses Vorhaben erfolgreich war. ■

III. Alte und neue Herausforderungen in Europa

Die Schlüsselrolle der deutsch-polnischen Verständigung

Norbert Lammert

Heute auf den Tag genau vor 35 Jahren, am 14. September 1972 haben Deutschland und Polen erstmals seit dem Zweiten Weltkrieg wieder diplomatische Beziehungen aufgenommen. Das Datum beansprucht keine besondere Prominenz in der europäischen Nachkriegsgeschichte, verdient aber durchaus Erwähnung, nicht nur weil es in einem unmittelbaren Zusammenhang zum Zeitpunkt der diesjährigen Konferenz steht. Ebenfalls an einem 14. September, nämlich am 14. September 1958, also vor 49 Jahren begann der denkwürdige Besuch des damaligen deutschen Bundeskanzler Konrad Adenauer auf Einladung des französischen Staatspräsidenten Charles de Gaulle, in dessen Landhaus im lothringischen Colombey-les-deux-Eglises, bei dem die Feindschaft zwischen beiden Ländern beendet wurde. Offiziell wurde damals ein Kommuniqué unterzeichnet, in dem betont wurde, dass die alte Feindschaft der beiden Staaten ein Ende hätte und man nun eng zusammenarbeiten wolle.

Dies war, wie wir heute noch besser wissen als damals, nicht nur ein wichtiger Schritt für die Beziehung zwischen Deutschland und Frankreich. Das war ein Meilenstein für die europäische Entwicklung. Diese Konferenz steht unter dem Thema: „Von den Römischen Verträgen zum Europäischen Verfassungsvertrag“. Wir haben im Frühjahr dieses Jahres den 50. Geburtstag der Römi-

schen Verträge begangen, und der polnischen Staatspräsident hat heute Morgen in seiner Eröffnungsrede daran erinnert, wie eindrucksvoll sich diese europäische Gemeinschaft in diesen 50 Jahren entwickeln hat, sowohl unter quantitativen wie unter qualitativen Gesichtspunkten. Als die Römischen Verträge damals geschlossen wurden, hätten diese ohne den Aussöhnungsprozess zwischen den Erbfeinden Deutschland und Frankreich nie zustande kommen können. Als diese Römischen Verträge damals abgeschlossen wurden, hätte niemand für möglich gehalten, überhaupt niemand, dass diese Gemeinschaft nicht nur überhaupt ihren 50. Geburtstag würde feiern könnten, sondern, dass sie ihn würde begehen können, nicht mehr als eine Wirtschaftsgemeinschaft, sondern als eine politische Union, nicht mehr von sechs westeuropäischen Staaten, sondern von 27 Staaten West-, Mittel- und Osteuropas. Ich stimme dem Staatspräsidenten Kaczynski ausdrücklich zu, der heute Morgen darauf hingewiesen hat, dass diese europäische Gemeinschaft mit 27 Mitgliedstaaten ganz gewiss noch nicht am Ende ihrer Entwicklung angekommen ist. Auch dieser Hinweis, auf den nicht abgeschlossenen Reform- und Entwicklungsprozess der Europäischen Gemeinschaft ist wohl durchaus wiederum sowohl quantitativ, wie qualitativ gemeint, das heißt, es werden weitere Mitgliedstaaten dazu kommen und diese weiteren Mitgliedstaaten werden die Europäische Gemeinschaft weiter verändern, so wie allerdings auch umgekehrt, die Veränderung der Europäischen Gemeinschaft die Voraussetzung für die Erweiterung ist. Und genau das ist der Zusammenhang, auf den ich gerne mit ein paar Bemerkungen in dieser Konferenz hinweisen möchte.

Die Ausweitung der Gemeinschaft, sowohl was die Zahl der Mitgliedstaaten, als auch was die von ihr wahrgenommenen Aufgaben und Zuständigkeiten angeht, kann und darf nicht losgelöst werden von der Reform ihrer Institutionen. Deswegen bin ich dem Staatspräsidenten dankbar, dass er heute Morgen noch mal unmissverständlich auf das polnische Interesse an dieser unausweichlichen, notwendigen Reform unterstrichen hat, denn ohne eine solche, nun in den nächsten Monaten nach den Vereinbarungen des letzten Brüsseler Gipfels zuleistende Implementierung der dort getroffenen Vereinbarung, denn ohne diese Reform, ohne diesen europäischen Verfassungsvertrag ist erstens Europa so, wie es sich

heute entwickelt hat, nicht handlungsfähig, weder nach Innen noch nach Außen und schon gar nicht wäre es erweiterungsfähig. Jeder muss wissen, würde dieser Verfassungsvertrag nicht abgeschlossen, wie sich alle Staaten nun vorgenommen haben, könnte es keine Erweiterungen der Europäischen Gemeinschaft geben. Das ist im Übrigen eine dezidiert erklärte Position des Europäischen Parlaments, das, wie jeder weiß, Erweiterungen zustimmen muss. Ich weise gerne nachdrücklich darauf hin, dass ich bei aller Sympathie für Länder wie beispielsweise Kroatien, das sich aus guten Gründen schon in die Position des virtuellen 28. Mitgliedstaates sieht, auch vom Deutschen Bundestag eine sehr ähnliche Position erwarte: Ohne Verfassungsvertrag keine Erweiterung mehr.

Ich möchte gerne einen zweiten Punkt unterstreichen, den ich mit viel Sympathie und großer inneren Zustimmung auch heute Morgen in der Eröffnungsrede des polnischen Staatspräsidenten gehört habe und das ist der ausdrückliche Appell an die Reaktivierung der kulturellen, auch und gerade der religiösen Bezüge dieser Europäischen Gemeinschaft.

Nach meinem Verständnis ist Europa nicht in erster Linie eine politische Organisation, das ist sie auch, aber der Charme der Europäischen Bürokratie hält sich selbst in den Gründungsstaaten inzwischen in engen Grenzen, und ganz gewiss und ganz offensichtlich wird eine politische Organisation als solche mit und ohne Reformen alleine nicht identitätsstiftend. Nach meinem Verständnis ist Europa auch nicht in erster Linie ein großer, gemeinsamer Markt. Es ist schön, dass es ihn gibt und es liegt im ökonomischen Interesse aller Mitgliedstaaten, dass wir die Zölle, die Barrieren, die Behinderungen in Europa nahezu komplett abgeräumt haben und uns damit wechselseitig Entwicklungsmöglichkeiten eröffnet haben, die es in einem abgeschotteten Europa von Nationalstaaten früher nicht gab. Aber Europa ist mehr als eine Organisation, schon gar als eine Bürokratie und Europa ist doch mehr als ein großer gemeinsamer Markt.

Im Kern ist Europa eine Idee. Die große Idee von der Unantastbarkeit der Menschenwürde, die große Überzeugung, dass der Mensch einen Anspruch

auf individuelle Freiheit hat. Verbunden mit den Zumutungen, die sich aus dieser Überzeugung für persönliche Verantwortung ergeben. Denn wer frei sein will, muss auch die Verantwortung für die Entscheidungen zu übernehmen bereit sein, die er als freier Mensch trifft. Europa ist die große Idee von Menschenrechten, die große Idee der Toleranz, der Demokratie und des Rechtsstaates. Dies alles wird im Übrigen in diesem Verfassungsvertrag ausdrücklich formuliert und dies ist ein großer Fortschritt dieses Reformwerkes, das die Grund- und Menschenrechtscharta der Europäischen Gemeinschaft über diesen Verfassungsreformvertrag auch zum geltenden europäischen Recht werden soll. Aber diese Überzeugungen und die Rechtsansprüche, die sich daraus herleiten, sind ja in Europa nicht gewissermaßen vom Himmel gefallen, oder vielleicht müsste die bessere, genauere Formulierung heißen, sie sind vom Himmel gefallen und wir müssen uns dessen wieder bewusst werden, wo sie herkommen. Jedenfalls verstehen sie sich nicht von selbst heraus. Die Europäische Gemeinschaft und das alte wie das neue Regelwerk tragen nicht eine innere Logik in sich selbst, sondern sie sind die Umsetzung von Überzeugungen, die auf diesem Kontinent über Jahrhunderte gewachsen sind. Und die, die Europäer trotz der hinreichend komplizierten, schwierigen und schmerzhaften Geschichte der Nationalstaaten miteinander teilen. Deswegen hätte sich im Übrigen Deutschland wie Polen, die deutsche Regierungschefin wie der polnische Staatpräsident einen Gottesbezug in diesem Vertragswerk ausdrücklich gewünscht. Dass er nicht zustande gekommen ist, hängt eng mit fest verwurzelten Traditionen in anderen europäischen Mitgliedstaaten zusammen, aber ich lege schon großen Wert darauf, weil wir ja in den vergangenen Jahren eine gewisse Begabung entwickelt haben, unterschiedliche deutsch-polnische Interessen erstens zu identifizieren und zweitens zu besonderer Bedeutung aufzublasen, an diesem keineswegs nachhängigen Punkt eine große deutsch-polnische Übereinstimmung festzuhalten. Nach Überzeugung der führenden Repräsentanten beider Länder wäre die Herstellung dieses geistigen Zusammensangs nicht nur wünschenswert, sondern zur Verankerung des Selbstverständnisses dieser Gemeinschaft auch dringend notwendig gewesen und wir bleiben diesen Überzeugungen treu, völlig unabhängig von der Frage, ob sie nun in der Formulierung ihren Niederschlag finden oder nicht.

Ich räume freimütig ein, dass die Überzeugung von den kulturellen Wurzeln des europäischen Einigungsprozesses und der kulturellen Fundierung auch eines europäischen Reformwerkes durch religiöse, durch Glaubensüberzeugungen in Polen wohl ausgeprägter ist als in Deutschland. Vielleicht tröstet es Sie ein bisschen, dass jedenfalls der Präsident des deutschen Parlaments, der im Augenblick zu Ihnen spricht, insofern auch eher eine polnische als eine typisch deutsche Position vertritt, und im Übrigen, um hier eine Bemerkung von Lech Kaczynski zu paraphrasieren, völlig unabhängig von der eigenen religiösen Disposition. Man muss mit offenen Augen und Ohren durch europäische Städte gehen, Krakau ist ein besonders prominentes Beispiel, man muss nur durch europäische Museen gehen, durch Gemälde-Sammlungen, durch Skulpturen-Sammlungen, durch die millionenfachen, herausragenden architektonischen Zeugnisse von Kirchenbauten in Europa, um die religiöse Fundierung der kulturellen Grundüberzeugungen, die Europäer miteinander teilen zu erkennen und deswegen haben wir sicher in dem hoffentlich in Zukunft regelmäßig Selbstgespräch der Europäer miteinander eine dankbare, wenn auch keineswegs einfache deutsch-polnische gemeinsame Aufgabe. Diese zu verwirklichen sollte, wenn zwei Nachbarstaaten mit zusammen beinahe 120 Millionen Einwohnern der Europäischen Gemeinschaft gemeinsam vorantreiben, ich sage es mal ganz vorsichtig und zurückhaltend, nicht von vorne herein aussichtslos sein.

Und das bringt mich zu einem letzten Aspekt, den ich aufgreifen möchte, weil ich auch an der Stelle ein Anliegen ihres polnischen Staatspräsidenten ausdrücklich unterstreichen möchte und gleichzeitig Besorgnissen entgegentreten will, die es unter den jüngeren, neueren Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaft aus verständlichen Gründen vielleicht stärker gibt, als unter den Ländern, die jetzt seit 50 Jahren zu dieser Gemeinschaft gehören. Präsident Kaczynski hat vorhin mit vollem Recht darauf hingewiesen, dass keiner der Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaft auf den Weltmärkten und unter den Weltmächten allein eine relevante Rolle spielen, aber gemeinsam kann diese Gemeinschaft ein relevanter Faktor sein, politisch und ökonomisch. Außerdem hat er hinzugefügt, dass sie diese Rolle nur spielen kann, die Europäische Gemeinschaft, die ja kein Staat ist, sondern eine enge Konföderation von

selbstständigen Nationalstaaten und das wird ja auch so bleiben, sie kann diese Rolle nur spielen, wenn sie die Interessen der kleineren Mitgliedstaaten genauso ernst nimmt, wie die der Großen. Wenn nicht ein paar Große, zu denen, wenn man die 27 in eine Reihenfolge bringt, Polen unzweifelhaft gehört und auch Deutschland, den vielen Kleineren glauben die Konditionen diktieren zu können. Ich stimme dem ausdrücklich zu, aber ich will hinzufügen, dass die 50-jährige Erfolgsgeschichte der Europäischen Verträge, die wir in diesem Jahr gefeiert haben überhaupt nur deshalb möglich war, weil sich diese Gemeinschaft mit sechs Staaten, und mit neun, und mit zwölf, und mit 15, und jetzt mit 27 immer an diesem Grundsatz orientierte. Lassen Sie mich das an einem einzigen, wie ich hoffe, schlagenden Beispiel illustrieren, das heute Morgen auch vom polnischen Staatspräsidenten mehrfach zitierte besonders kleine, aber besonders sympathische Mitgliedsland Luxemburg, zeichnet sich in der fünfzigjährigen Geschichte der Europäischen Gemeinschaft durch einen geradezu dramatisch überproportionalen Einfluss aus. Das macht deutlich, dass es die gelegentlich vermutete statistische Korrelation zwischen Einwohnerzahl, Stimmenstärke in Parlamenten und Ministerräten und Einfluss auf europäische Entscheidungsprozesse so nicht gibt. Ich könnte übrigens jetzt auch Beispiele von sehr viel größeren Staaten vortragen, bei denen die umgekehrte Beobachtung zu machen ist, wenn wir Verständnis dafür haben, dass sich das nicht im Einzelnen exemplifizieren will.

Aber was aus dieser Beobachtung deutlich wird, ist, dass Europa eine Gemeinschaft ist, in der die Kraft von Argumenten und die Autorität von Persönlichkeiten eine Rolle spielt. Luxemburg hat in dieser fünfzigjährigen europäischen Geschichte eine Reihe von eindrucksvollen Persönlichkeiten zur Verfügung gestellt, die nicht nur für die weitere Entwicklung ihres Landes, sondern für die Entwicklung der Europäischen Gemeinschaft prägende Bedeutung hatten, und ich nenne jetzt stellvertretend Jacques Santer, der freundlicherweise an dieser Konferenz teilnimmt, und der eines, dieser lebenden und lebendigen Beispiele für diesen Zusammenhang ist. Übrigens ein zweites Beispiel, damit höre ich aber auch auf, wenn irgendjemand behaupten wollte, in den europäischen Ministerräten von heute, spiele in der schwierigen Meinungsbildung zwischen

jetzt 27 Mitgliedstaaten der Regierungschef von Luxemburg Jean-Claude Juncker bedauerlicherweise eine marginale Rolle, weil er ein nur so kleines Land vertrete, würde er sich prompt den Vorwurf kompletter europäischer Ignoranz zuziehen. Er ist ganz sicher einer der einflussreichsten Persönlichkeiten der aktuellen europäischen Szene. Und damit, meine Damen und Herren, wird, glaube ich, deutlich, dass wir in mancherlei Beziehung in Europa schon viel weiter sind, als wir gelegentlich auch bei solchen Konferenzen als Zielsetzungen beschwören. Und, dass die Art der Zusammenarbeit, die sich über Jahrzehnte entwickelt hat, längst genau die Mechanismen der Rivalität gesprengt hat, die über Jahrhunderte die gemeinsame europäische Geschichte behindert und belastet haben, und dass wir jetzt nach einem hoffentlich in wenigen Monaten erfolgreich abgeschlossenen Modernisierungs- und Reformprozess der europäischen Institutionen als eine politische Union des vereinten Europa in ein 21. Jahrhundert gemeinsam gehen können, dass sich auch deshalb fundamental von dem blutigen 20. Jahrhundert unterscheiden wird, das wir hinter uns haben.

Ich trage heute nicht zum ersten Mal und auch nicht zum letzten Mal vor, dass ich fest davon überzeugt bin, dass für diese jetzt beginnende Phase der europäischen Entwicklung in einem Europa von westeuropäischen, mitteleuropäischen und osteuropäischen Staaten den deutsch-polnischen Beziehungen endlich eine Schlüsselrolle zukommen wird, wie das in der Entstehungsphase der Europäischen Gemeinschaft für die deutsch-französische Beziehungen der Fall war. Und ich fühle mich ausdrücklich ermutigt durch die Vereinbarung, die wir im Laufe der letzten Monate mit dem Präsidium des Sejm des polnischen Parlamentes getroffen haben, die die Zusammenarbeit zwischen den Parlamenten dieser beiden Nachbarstaaten auf genau die gleiche privilegierte Basis stellen wollen, wie wir das zwischen Deutschland und Frankreich in den vergangenen 40 Jahren entwickelt haben.

Ich erhoffe mir von dieser Konferenz, zu deren Organisation ich all denjenigen gratuliere, die daran in der Vorbereitung mitgewirkt haben, einen weiteren Beitrag zu diesen Einsichten und ich hoffe sehr, dass alle diejenigen, die an den Beratungen dieser Konferenz zu den einzelnen thematischen Schwerpunkten

der nächsten Tage teilnehmen, daraus für sich auch ein Stück Motivation gewinnen, um diesen manchmal mühsamen aber selten wichtigen gemeinsamen Prozess in den nächsten Jahren auch in einer gemeinsamen Kraftanstrengung voranzubringen. ■

Bildung und Wissenschaft als Mehrwert für Europa

Michał Seweryński

Meinen kurzen Beitrag möchte ich eng an das Thema anpassen. Dieses Thema besagt, dass wir unsere Vorstellungen darlegen, was die Antriebskräfte und die Sicherheitsgarantien der Entwicklung der Europäischen Union und der europäischen Nationen sein sollen.

Als Minister für Bildung und Hochschulwesen und Professor mit einer langjährigen Erfahrung der Universitätsarbeit kann ich sagen – wobei ich dabei auch andere Faktoren mit einbeziehe -, dass, entsprechend meinem tiefen Wissen und in der letzten Zeit auch den politischen Erfahrungen, die Wissenschaft sicherlich ein Faktor ist, der die Entwicklung des vereinten Europa fördert. Viele Länder auf der Welt, nicht nur in Europa, folgten dem Weg der *knowledge based on economy*, also der Wirtschaft, die auf Wissen basiert und dort wurde das Wohlergehen der Nationen, das sich auf die wissenschaftliche Erfahrung stützt, zur Tatsache. Dieser Weg wurde eingeschlagen und von diesem Weg gibt es kein Zurück mehr. Erfolg, den andere Staaten im Bereich der materiellen Kultur erreicht haben, ist ein Anzeichen und eine Garantie dafür, dass auch Länder, die erst jetzt dynamisch diesen Weg beschreiten, durch ein größeres Engagement und steigende Finanzierung auch einen Erfolg erreichen werden und das dieser in ganz Europa zugänglich ist.

Durch seine Politik und zunehmende Finanzierung der Wissenschaft, was auch mit Hilfe der europäischen Fördermittel geschieht, möchte Polen Forschung und wissenschaftliche Entwicklung zur Triebkraft der allgemeinen Entwicklung im Bereich der materiellen Kultur machen und dadurch auch zur Entwicklung Europas beitragen. Es muss nämlich betont werden, dass die Politik der Europäischen Union die gemeinsamen Bemühungen der Mitgliedsstaaten im Bereich der wissenschaftlichen Forschung klug fördert. Ein sehr gutes, anschauliches Beispiel dafür sind insbesondere die Rahmenprogramme im Bereich der wissenschaftlichen Forschung. Im vorigen Jahr wurde bereits das siebte Programm initiiert. Im Rahmen dieser Programme steht eine große Summe Geld für gemeinsame Forschung zur Verfügung, die dazu führen soll, dass die Gemeinschaft der Wissenschaftler und ihre Forschungen eine Garantie für die weitere europäische Entwicklung darstellen.

Forschung, Lehre und Bildung für junge Generationen waren schon immer ein Faktor, sind dies auch heute und müssen dies auch sein, der die Entwicklung Europas garantiert. In diesem Bereich können die europäischen Länder ein Paradebeispiel sein. Zahlreiche Programme für gemeinsames Handeln im Bereich Bildung, Internationalisierung von Hochschulstudien und Jugendaustausch sind ein Beweis dafür, was für einen großen Wert die Europäische Union auf die Bildung der jungen Generation legt. Ohne diese gut ausgebildete Generation wird es keine Eliten geben; es wird keine Gesellschaft geben, die die Ergebnisse der Entwicklung konsumieren und gleichzeitig ihre Länder zum weiteren Wachstum anspornen kann.

An dieser Stelle möchte ich sagen, dass nicht nur Bildungsprogramme, sondern auch der Aufbau von gemeinsamer Bildungs- und Forschungsinfrastruktur in Europa äußerst wichtig ist. Ich möchte an die Idee des Europäischen Technologieinstitutes erinnern, das uns erlaubt, unsere Kräfte zu vereinigen, um die Konkurrenzfähigkeit mit anderen großen Bildungszentren und Universitäten auf der Welt herbeizuführen. Ich habe einen Traum, eine stille Hoffnung und je häufiger ich mit meinen Partnern aus anderen Ländern der Europäischen Union spreche, desto häufiger sehe ich, dass nicht ich alleine diesen Traum habe:

Es geht mir nämlich darum, dass Europa dank seiner Zusammenarbeit im Bereich Forschung und Lehre erneut zum Europa von Kopernikus wird. Zu dieser Zeit durften die Studierenden frei reisen und an verschiedenen Universitäten studieren; sie konnten Wissen aus verschiedenen Quellen sammeln, damit dieses Wissen allgemeine Gültigkeit erlangen und die Gemeinschaft von Studenten und Professoren eine bedeutende Stimme in der Entwicklung Europas gewinnen konnte.

Das Ergebnis meiner akademischen Erfahrung ist mein Interesse am dritten Entwicklungsfaktor, den ich hier kurz erwähnen möchte: Es handelt sich hier um die Sozialpolitik. Europa hätte sich nicht entwickeln können, so wie wir es erleben, wer weiß, ob es mehr als ein halbes Jahrhundert überlebt hätte, wenn zu seinem ersten Projekt der wirtschaftlichen Zusammenarbeit nicht die Sozialpolitik hinzugekommen wäre, die im Laufe der Zeit diesen Bereich geadelt hat. Die wirtschaftlichen Ziele lassen sich nämlich ohne entsprechende Sozialpolitik nicht harmonisch vereinbaren, denn die Sozialpolitik stellt den Menschen und seine Bedürfnisse in den Mittelpunkt. Es scheint, dass vor dem Hintergrund der europäischen Dokumente ein bestimmter Fortschritt, zumindest auf der Programmebene, sichtbar ist. Aus diesem Fortschritt geht hervor, dass man in der Europäischen Union einen immer größeren Wert auf Sozialpolitik legt.

Ein weiterer ideeller, konzeptioneller und institutioneller Fortschritt in diesem Bereich ist meiner Meinung nach eine notwendige Bedingung, um für das Projekt der europäischen Integration Beständigkeit und Stabilität zu gewährleisten. Sollte es in Europa soziale Konflikte geben, die sich aus der ungleichen Verteilung des Wohlstandes ergeben, wird solch ein Europa nicht stabil sein. Ohne andere Faktoren verneinen zu wollen, denke ich, dass andere Redner insbesondere auf die Rolle des Fortschrittes im Bereich des materiellen, wirtschaftlichen Wohlstandes hinweisen werden als einen Faktor, der die Sicherheitsentwicklung in Europa fördert. Ich beschränke mich auf diese drei Faktoren.

Zum Schluss möchte ich sagen, dass es nicht ausreicht, die Entwicklung von Bildung und wissenschaftliche Forschung sowohl in Europa als auch in den

Nationalstaaten zu unterstützen; auch im Rahmen der hervorragenden Tätigkeit von Bildung und Forschung muss man mit Recht nach dem Ziel fragen. Wir müssen klar und deutlich hervorheben, was wir im Bildungsprozess lehren, welchem Ziel die Forschung untergeordnet wird. Hier taucht eine äußerst wichtige Frage nach der Axiologie dieser Handlungen auf, nach den Werten auf die sich Forschung und Lehre stützen sollen. Vieles wurde bereits darüber gesagt, ich möchte es deshalb nicht weiter ausweitern. Eins möchte ich allerdings betonen, dass es insbesondere im Bereich der wissenschaftlichen Forschung ethische Grenzen gibt. Darüber sprach heute Kardinal Bertone, der diesem Thema auf dem europäischen Kongress in Gniezno (Gnesen) sogar noch mehr Zeit widmete. In der letzten polnischen Ausgabe von „*L'Osservatore Romano*“ wurde der gesamte Aufsatz von Kardinal Bertone über die ethischen Aspekte der Forschung und deren Grenzen veröffentlicht. Eine unbegrenzte Neugier im Bereich der Forschung und Entdeckung dient nach meiner tiefsten Überzeugung weder der Entwicklung eines Landes noch einer Gemeinschaft, auch nicht von der Europäischen Gemeinschaft.

Das klingt vielleicht überraschend, wenn das von jemandem geäußert wird, der an der Universität tätig ist. Aber das sage ich mit tiefster Überzeugung und dabei erinnere mich an die Worte des unvergessenen Papstes Johannes Paul II., die er 1996 an uns, Rektoren der polnischen Universitäten über die Verantwortung der polnischen Wissenschaftler für den eigenen Forschungsstil und –prozess richtete: Die Wissenschaftler müssen sich dessen bewusst sein, dass die wissenschaftliche Freiheit, der Freiraum im Bereich der Forschung also, keine Willkür bedeute. Diese Freiheit muss also eine ethische, nicht in Frage zu stellende Grundlage haben, der die Forschung unterliegt. Das ist keine übertriebene Gefahr, kein fiktives Problem: Wir waren alle vor Kurzem erschüttert, als wir die Presseberichte darüber gelesen haben, dass man in einem der europäischen Länder die Keimzellen von Menschen und Tieren für Forschungszwecke verbinden kann. Ist es nicht an der Zeit Alarm zu schlagen? Darüber habe ich bereits auf einer Konferenz im Mai in London gehört, auf der die Zusammenfassung der Forschritte bei der – sehr richtigen – Umsetzung des Bologna-Prozesses, des Konzeptes der Rückkehr zu den Quellen der europäischen Universitäten

besprochen wurde. Damals hat jedoch niemand bis auf die katholische Kirche bemerkt, was für eine Gefahr dieses Problem mit sich bringt. Bereits damals wurde in diesem Land, das ich jetzt meine, versucht diese Prozeduren zu legalisieren. Leider muss ich sagen, dass die polnische Gemeinschaft der Wissenschaftler bislang keine Stellung bezüglich dieser wichtigen Angelegenheit bezogen hat, und das ist ja schließlich keine irrelevante Frage. Es geht also um diese axiologische Grundlage.

Ich werde niemanden versuchen zu überzeugen, warum diese Grundlage christlich sein soll. Nicht deswegen, weil ich mich für einen Christen halte, denn ich halte mich auch für einen Demokraten, der die Frage beantworten muss, warum wir eine christliche axiologische Grundlage nicht aufzwingen, sondern vorschlagen wollen. Denjenigen, die keine Christen sind, kann das wie eine ethische Usurpation vorkommen. Es gibt darauf eine einfache Antwort: Wenn Europa so viele Jahrhunderte auf der Grundlage von christlichen Werten seine Existenz aufbaute, bedeutet das, dass sich dieses Modell historisch bewährt hat. Des Weiteren sehen wir, dass die christliche axiologische Grundlage auf den universellen Werten beruht, das heißt, dass diese Werte von allen, sowohl von den Gläubigen als auch Nichtgläubigen akzeptiert werden können, denn wer könnte den – während dieser Konferenz so schön beschriebenen- Wert der menschlichen Würde in Frage stellen? Würde es jemanden beleidigen, diesen Wert anzuerkennen? Wird dieser Wert nicht dadurch universell, dass er sowohl von den Gläubigen als auch Nichtgläubigen bzw. ungeachtet der Religion, die man vertritt, anerkannt werden kann? Wenn wir aber diese christliche axiologische Grundlage ablehnen, bleibt uns eine Alternative übrig? Wurde uns eine alternative ethische Grundlage von Seiten derjenigen angeboten, die offen nicht zugeben möchten, dass sie die Bedeutung der christlich-axiologischen Grundlage nicht akzeptieren, trotz der Rolle die das Christentum in Europa spielt? Noch mal möchte ich an die Worte des unvergessenen Papstes erinnern, der einmal sagte: „Die Demokratie, die ohne Werte als deren Grundlage gebaut wird, kann sich in ein totalitäres System umwandeln.“

Meinen Studenten erkläre ich, worauf das beruht. Einige Redakteure von großen Zeitungen, die sich damit in Polen beschäftigten, sagten, dass sie es nicht

verstünden. Die Sache ist ganz einfach: Die fundamentalen Werte lassen sich nicht dem Prinzip der numerischen Mehrheit unterziehen, welches die Grundlage der Demokratie bildet. Meines Erachtens beruht die größte Herausforderung der gegenwärtigen Gesellschaften darauf, dass einige dem Mechanismus der demokratischen Mehrheit das unterziehen möchten, was fundamental unerschütterlich ist, also das axiologische soziale Fundament. Hier liegt die größte Herausforderung. Hier kann sich die größte Schwäche der Demokratie ergeben, aber es hängt von unserer Wachsamkeit und von unserem Bewusstsein ab, dass wir nach Antworten in diesem Bereich suchen. ■

Zukunft und Hoffnungen von Belarus und seine Erwartungen an die EU

Aleksander Milinkiewicz

Ich vertrete Belarus, ein bislang wenig bekanntes Land, über das man jedoch auf der ganzen Welt immer mehr hört, nicht nur wegen der Tatsache, dass dort Lukaschenko lebt, sondern auch deswegen, weil dieses Land um seine Freiheit kämpft. Belarus ist ein europäisches Land mit einer europäischen Tradition, Geschichte, Kultur und Mentalität.

Ich nenne hier nur ein paar Fakten, die dieses verdeutlichen sollen. In Belarus entstand im 16. Jahrhundert das zweite verfassungähnliche Dokument in Europa (nach den Römischen Rechtstexten): Das Statut des Großfürstentums Litauen. Es wurde in altkirchenslawisch verfasst und war eines der demokratischsten Rechtstexte im mittelalterlichen Europa.

In Belarus wurden vergleichsweise mehr Städte aufgrund des Magdeburger Rechts gegründet als in der Heimat des Stadtrechts, in Deutschland. Die europäische Demokratie und Kultur haben unsere Geschichte geprägt. Darauf sind wir stolz und deswegen haben wir keine Zweifel bezüglich unserer Zukunft in der Europäischen Union. Die belarussische Elite, die demokratische Elite, die gebildeten und jungen Menschen sagen „Ja“ zu Europa. Wir wissen, dass dies ein schwieriger Weg ist. Schwierig, weil nicht nur Reformen durchzuführen

sind, sondern sich auch viel in der Mentalität und im Bewusstsein der Menschen ändern muss, was wir [die Opposition A.d.H.] bereits heute unter schwierigen Umständen versuchen zu tun.

Als ich vor ein paar Jahren zum ersten Mal in die europäischen Länder reiste, sagten mir einige Politiker ganz ernsthaft: „Alexander, hör zu, vielleicht sollte Belarus doch an Russland angeschlossen werden, dann wird bei euch das Amt des Präsidenten abgeschafft und somit werdet ihr Lukaschenko los.“ Heute werden mir solche Vorschläge zum Glück nicht mehr unterbreitet, denn vor einem Jahr demonstrierten über 30.000 Menschen unter sehr schwierigen Bedingungen auf dem Oktoberplatz in Minsk, obwohl die Sicherheitsdienste und die Staatsanwaltschaft warnten, dass jeder Demonstrant wie ein Terrorist behandelt werde. Und für Terrorismus droht bei uns sogar die Todesstrafe. Trotzdem kamen die Menschen auf den Oktoberplatz. Zuvor verabschiedeten sie sich von ihren Familien. Meistens waren das junge Menschen, die ihren Mut zum Ausdruck brachten. Die Zelte der Demonstranten, von denen der Oktoberplatz voll war, standen dort trotz starken Frostes eine ganze Woche lang. Als ich zwischen den Zelten umherging, stellte ich den Demonstranten immer wieder folgende Frage: Warum seid ihr überhaupt hier, wo ihr noch nie erlebt habt, was Freiheit heißt? Sie antworteten mir, dass sie nicht in Lüge leben wollten und ihre Familien nicht in Angst leben sollten. Ich war glücklich, dass es auf diesem Platz vor allem gläubige Menschen gab. Nach Belarus kehrt der Glaube zurück: Der Glaube an Gott, an sich selbst, an die eigene Würde. Nach der Zeit der sowjetischen Politik der Atheisierung kehren Menschen nun in die orthodoxe Kirche zurück. Der Glaube provoziert in den Menschen in einem Land wie Belarus den Willen für den Kampf um ihre Freiheit und ihre Würde. Auf diese Art und Weise kommt die besondere Beziehung zwischen der Politik und dem Glauben zum Ausdruck.

Auf die Frage „Worum kämpft ihr?“ antworte ich, dass unsere Aktivitäten in der Tat kein politischer Kampf sind. Wir gründen unsere Befreiungsbewegung auf Graswurzelniveau, auf einer Ebene, auf der sich sowohl die Anhänger linker als auch konservativer Wertevorstellungen sowie parteilose zusammenfinden;

sowohl Gläubige als auch Ungläubige. Es sind aber Menschen, die von ihrem Staat die Einhaltung von bestimmten moralischen Normen erwarten und die an eine bessere Zukunft glauben. Auf dieser Etappe geht es nicht um die Gründung einer politischen Partei oder um eine Ideologie. Heutzutage geht es uns darum, unser Land zu befreien. Ich glaube, dass für eine dieser letzten Diktaturen langsam die Zeit abläuft. Ich bin der Meinung, dass sich diese Diktatur nicht mehr lange an der Macht halten kann.

Was sind nun unsere größten Herausforderungen? Wir kämpfen, was selbstverständlich ist, um Freiheit, Demokratie und Menschenrechte. Gleichzeitig kämpfen wir aber auch um die Unabhängigkeit des Staates. Die Unabhängigkeit von Belarus ist nach wie vor äußerst bedroht. Deshalb kämpfen wir auch für die nationale Wiedergeburt. Die Gemeinschaften, die in Belarus leben – sowohl die Belarussen als auch die Polen, die Juden und die Ukrainer haben ihr historisches Gedächtnis verloren, sie kennen weder ihre Kultur noch ihre Helden und meistens sind sie ihrer eigenen Sprache nicht mächtig. Das alles sind Folgen einer langjährigen und konsequenten Russifizierung. Man darf diese Menschen deshalb nicht verurteilen, denn die Deformierung ihrer Denkweise – und das dürfen wir nicht vergessen – erfolgte nicht aus ihrem freien Willen, sondern infolge von Zwang. Ich bin jedoch optimistisch eingestellt. Trotz der schwierigen Bedingungen – in meinem Land werden Lehrbücher über die belarussische Geschichte aus Schulen und Universitäten entfernt und sogar der Unterricht auf Belarussisch oder Polnisch verboten (es darf nur auf Russisch unterrichtet werden) – passiert so viel Gutes. Die Menschen empfinden Verantwortung für sich selbst und für die künftigen Generationen.

Was kann für Belarus getan werden? Es kann sehr viel getan werden und sehr viel wird bereits getan. Wir brauchen vor allem Solidarität. Solidarität ist für uns kein abstrakter Begriff, wir verstehen sie vielmehr ganz konkret. Polen bot als erstes Land der kämpfenden belarussischen Gesellschaft seine Hilfe an. Ich möchte mich bei dem hier anwesenden Minister für Wissenschaft und Hochschulwesen recht herzlich dafür bedanken, dass hunderte belarussische Studenten, die aus politischen Gründen aus unseren Universitäten entfernt worden sind,

in Polen die Möglichkeit fanden den Bildungsweg auch weiter zu beschreiten. Andere Länder unterstützen Belarus ebenfalls, aber Polen ist in dieser Hinsicht wirklich ein Paradebeispiel. Ich bedanke mich auch für die Hilfe im Kampf gegen die Angst. Die Zivilgesellschaft, die leider meistens im Untergrund tätig ist, muss unterstützt werden. Aber wer, wenn nicht die Polen, können am besten verstehen, was es bedeutet, im Untergrund aktiv zu sein. Vieles kann noch getan werden. Davon sind wir wegen der aktiven Haltung der polnischen Gesellschaft in den Zeiten der „Solidarność“ überzeugt. Wir müssen den alternativen Informationsfluss stärken. Die Diktatur stützt sich auf Lügen und verhindert dabei, dass die Gesellschaft an die Wahrheit oder an zu zuverlässigen Informationen gelangt.

Zum Schluss meiner Rede darf ich noch einen Gedanken äußern. Ich möchte mich mit der Bitte an die Politiker der Europäischen Union wenden, dass evtl. Aussagen über den Aufnahmestopp von weitern Mitglieder in die EU in Zukunft vermieden werden. Vor diesem Hintergrund kann das vereinigte Europa mit einem großen Laden verglichen werden, in dem die Waren an allen Ständen bereits ausverkauft sind und wo es deshalb keinen Platz für neue Käufer gibt. Aber für mich bedeutet das vereinigte Europa etwas mehr. Es ist wie ein Tempel, der sich auf die Grundlage der moralischen und christlichen Prinzipien stützt, die aus unserer christlichen Geschichte stammen. Wenn die Europäische Union auf der Grundlage von solchen Prinzipien gebaut wird, kann niemand sagen, dass es in dieser Kirche keinen Platz für andere gibt. Wir empfinden Aussagen als ungerecht, die besagen, dass uns im Westen niemand erwartet, dass wir nicht gebraucht werden. Eine eindeutige Botschaft aus Brüssel über die tatsächliche Möglichkeit der Mitgliedschaft in der Europäischen Union in absehbarer Zeit und eine Erklärung über die Befürwortung von demokratischen Reformen würden gewiss die belarussische Nation „wecken.“ Solch eine moralische Unterstützung ist für unsere Gesellschaft notwendig. Sie ist für das diktatorische Belarus heute notwendig, damit es in der Zukunft demokratisch wird. ■

IV. Resümee

Marek Orzechowski

Krakau ist zu einem Ort von interessanten Treffen geworden. Die Konferenz hat einen hohen Stellenwert gewonnen, der bald zum dominierenden Wert der Pflege der größten, intensivsten, klugen und wertvollen Beziehungen zwischen Polen und der Europäischen Gemeinschaft wird.

Wenn ich diese intensive Debatte höre, insbesondere heute und gestern, habe ich den Eindruck, dass dies eine der besten Konferenzen ist, die bislang in Krakau stattfand. Gleichzeitig musste ich an die Debatte im niederländischen Parlament in den Jahren 2002 und 2003 denken. Die erstere bezog sich auf den bereits entstehenden Verfassungsvertrag, der hinter mir auf dem Bildschirm gezeigt wurde, über den man aber in Krakau leider sehr wenig sprach. Die zweite Debatte betraf den Beitrittsvertrag, der über den Beitritt Polens zur Europäischen Union entscheiden sollte. Ich muss sagen, dass es sich gelohnt hätte, wenn die niederländischen Parlamentarier einmal nach Krakau gekommen wären und sich die Diskussion über die Werte angehört hätten. Denn worüber man damals im niederländischen Parlament sprach, hatte nichts mit jenen Werten zu tun, über die wir jedes Jahr in Krakau sprechen, wenn wir uns darüber Gedanken machen, wie die Europäische Union noch besser gebaut werden soll und auf welchen Grundlagen das geschehen soll. Dort wurden unabhängig von der politischen

Option Warnungen, sogar Drohungen formuliert: Wenn Polen der EU beitritt, wird es die EU zerstören; auf die Straßen der holländischen Städte werden – tut mir leid, dass ich es zitiere – „Tausende polnische Prostituierte kommen, die Familienwerte in Holland zerstören werden; es kommen Tausende Gangster, Banditen, Verbrecher (...“). Es waren Worte, die im Parlament geäußert wurden und dabei wurde überhaupt nicht über die gemeinsamen Werte gesprochen, auf die sich die Europäische Union stützt. Das hat mich an mein eigenes Abenteuer erinnert: Als ich viel über den Verhandlungsprozess berichtete, hat mir der Fernsehsender verboten, das Wort „Verhandlung“ zu benutzen, denn die vom Vorstand des Fernsehens beauftragte Meinungsumfrage zeigte, dass 80% der Polen das Wort „Verhandlungen“ nicht verstanden, wenn sie die Berichterstattung aus Brüssel hörten. Und statt zum Beispiel zehn bzw. zwölf Sekunden mehr Zeit in den jeweiligen Sendungen für die Erklärung von diesem Sachverhalt zu widmen, wurde aus meinem Vokabular administrativ das Wort „Verhandlungen“ einfach gestrichen. Deswegen benutze ich das Wort „Verhandlungen“ nicht. Das zeigt, wie schwierig der Diskurs über die Europäische Union manchmal ist; das heißt über die Gemeinschaft, auf die jeder Recht hat, der in Europa wohnt und eigentlich verpflichtet ist, dazu mit dem Besten, was man hat, beizutragen.

Meiner Meinung nach fehlt es in Polen an einer Debatte darüber, womit wir wirklich zur EU beitragen können. Die Krakauer Konferenz ist in der Tat eine Rosine in dem schönsten polnischen Kuchen – in der Stadt Krakau, aber sie wird bestimmt nicht reichen. Ich möchte mich auf die aktuelle Situation der Probleme zwischen Polen und der Europäischen Union beziehen, insbesondere zwischen Polen und der Bundesrepublik Deutschland. Es sind Phänomene aufgetaucht, die für jemanden wie mich, der in Brüssel lebt, zum Teil völlig unverständlich sind. In zahlreichen Debatten sind wir nicht in der Lage, eine Antwort auf die Frage zu finden, was passiert ist und was dazu beigetragen hat, dass Polen in Brüssel in vielen Debatten in einem sehr negativen Kontext erscheint; in einem Kontext, den es noch vor ein paar Jahren nicht gab. Ganz im Gegenteil genossen wir viel Sympathie und dank dieser Sympathie wurden unter anderem Probleme überwunden, an denen es auf dem polnischen Weg in die EU nicht mangelte.

Um zu zeigen, worauf diese Dynamik und sogar die Tragik der heutigen Situation beruhen, werde ich vielleicht kurz davon erzählen, wie der Gipfel aussah, auf dem der polnische Vorschlag der „Quadratwurzelformel“ unterbreitet wurde, von dem niemand je gehört hat und der nicht schriftlich formuliert, sondern in der polnischen Publizistik dargestellt wurde. Hin und wieder äußerten sich die polnischen Vertreter zu diesem Thema, es gab aber kein Dokument und somit konnte man sich formal nicht auf diese Frage beziehen. Das zeugt davon, dass sich die polnische Regierung mit diesem Problem nicht zu helfen wusste. Anscheinend brachte das Konzept der „Quadratwurzel“ einen Gewinn für alle Länder, Polen konnte jedoch niemanden von diesem Vorschlag überzeugen. Das Problem musste also woanders liegen und drei Tage vor dem Gipfel, der darüber entscheiden sollte, was mit dem Verfassungsvertrag weiter passieren wird, tauchte auf dem Tisch ein achtseitiges polnisches Dokument in englischer Sprache über die „Quadratwurzelformel“ auf.

Auf jeder Seite wurde dort diese Formel unter dem Stichwort „Blockade“ beschrieben. Blockade, Blockade: Wie kann eine Entscheidung blockiert werden, wie kann eine Mehrheit blockiert werden, Blockade. Solch ein Dokument bekamen die Journalisten und Diplomaten. Wenn die Europäische Union auf dem Prinzip der Blockade beruhen soll, dann können wir sie bereits heute auflösen. Das stand im Widerspruch zu der gesamten Philosophie der Zusammenarbeit in der Europäischen Union. Hätte man diese Vorschläge benannt! Aber das durfte nicht benannt werden, denn es ging eben um die Blockade, um die Philosophie der Blockade. Wenn man sie aber als Regel zur besseren Erlangung der gemeinsamen Mehrheit bezeichnet hätte, wäre das im Sinne der Europäischen Union gewesen und es hätte die gewünschte Wirkung für die polnische Regierung gebracht, die das anstrehte. Das war jedoch nicht der Fall; es wurde lediglich über die Blockade geredet und die Blockade hat nicht zur Entstehung der Europäischen Union beigetragen. Denn wenn man in einem der Länder der so genannten „alten EU“ ein Referendum über die Erweiterung durchgeführt hätte und Polen mit der Zweidrittelmehrheit abgelehnt worden wäre, dann wäre Polen der Europäischen Union nicht beigetreten. Eben das ist eine solche Blockade und deshalb ist Blockade kein Fundament der Handlungen von der Europäischen

Union. Dann stellte es sich heraus, dass, als der Gipfel begann, Präsident Kaczyński ankam und Polen innerhalb der ersten zwei Stunden auf das Thema der „Quadratwurzel“ überhaupt nicht zu sprechen kam. Niemand sprach dort darüber, deswegen wurden der ganze Streit, die ganze Verwirrung, der ganze Zusammenbruch des Gipfels, der ja in der Luft lag, aufgeschoben. Wenn jedoch der Gipfel zusammengebrochen wäre, hätte es vielleicht keine direkten, praktischen Konsequenzen auf der ersten Etappe gegeben, aber für diese Konstruktion, für diese Gemeinschaft, für die Anwesenheit Polens in der Europäischen Union hätte alleine das Bewusstsein, dass Polen diesen Zusammenbruch in solch einem wichtigen Moment verursacht hätte, katastrophale Folgen gehabt. Geschweige denn die finanziellen Konsequenzen, denn niemand gibt gerne denen Geld, von denen er sich noch Beleidigungen anhören muss. Es ging aber vor allem um die Position von unserem Land in der Europäischen Union.

Ich möchte meine Rede damit abschließen, womit gestern Bischof Pieronek seinen Vortrag begann: Mit einer Frage danach, warum die Kirche die europäische Integration befürwortet? Er beantwortete diese Frage auf eine sehr einfache, die klügste Art und Weise, die man sich vorstellen kann, denn diese Frage ist ihm wichtig: „Die europäische Integration liegt der Kirche am Herzen.“ Es ist eine der schönsten Geständnisse eines polnischen Bischofs in Bezug auf das europäische Projekt, wofür ich ihm ebenfalls herzlich danke.

Wie Sie wissen, lebt man heute in Polen mit einer Besessenheit, abgehört zu werden: Sowohl die Handys als auch die Räumlichkeiten, in denen man sich befindet, werden abgehört. Ich möchte alle diejenigen dazu ermutigen, für die der Weg nach Europa schmerhaft ist, zu lauschen! Sie sollen hören, was hier gesagt wird und sollen diese Sprache der Toleranz und des Dialogs lernen, mit der hier diskutiert wird. Denn aus Krakau, aus diesem Raum wird nicht nur nach Brüssel, sondern nach ganz Europa, auch nach Belarus und Bosnien-Herzegowina ein Signal gesandt: Ihr könnt auf uns rechnen. Unser Herz schlägt für Euch. ■

V. „Arbeiten am Bauplatz Europa“

Predigt zum Fest der Kreuzerhöhung

Tarcisio Kardinal Bertone

„Unterwegs aber verlor das Volk den Mut, es lehnte sich gegen Gott und gegen Mose auf und sagte: Warum habt ihr uns aus Ägypten heraufgeführt? Etwa damit wir in der Wüste sterben? Es gibt weder Brot noch Wasser. Dieser elenden Nahrung sind wir überdrüssig“ (Num 21, 4-5).

Die Wanderung des Volkes Israel durch die Wüste, auf die sich die erste Lesung, die kurz zuvor vorgetragen wurde, bezieht, kann in gewissem Sinn als Metapher für die heutige Situation Europas gesehen werden. Denn auch heute beklagen sich die Bürger über die doch notwendige Modernisierung der Ordnung der sozialen Sicherheit und lehnen sich dagegen auf; sie fürchten die Einwanderung und fragen sich, wie der eigene Wohlstand bewahrt werden kann. Wie die alten Israeliten gehen sie manchmal so weit, sich über Gott zu erzürnen, als ob ER, seine Kirche oder die christlichen Grundsätze für die heutigen Krisen miterantwortlich wären und nicht vielmehr wesentlicher und unverzichtbarer Teil ihrer Lösung. Die Kirche anzugreifen und sie in Zeitungen, in politischen Diskussionen und im öffentlichen Leben zu verhöhnen, ist nicht selten zum Schlüssel zum medialen Erfolg geworden; in gewissen Situationen scheint es „politisch korrekt“ zu sein, antichristliche Vorurteile zu nähren und diese allein als annehmbar darzustellen. Die Anfechtung des christlichen Gutes ist ein Kunstgriff,

den man oft benutzt, um die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit von den vielschichtigen Problemen abzulenken, die verantwortlicher und mutiger Lösungen bedürften. Wie schon im Volk des Alten Bundes gibt es auch in Europa solche, die Wohlstand erlangen möchten, ohne sich abzumühen, und die eine Freiheit suchen, die von der Wahrheit, vom Gehorsam gegenüber Gott und vom natürlichen Sittengesetz losgelöst ist.

Angesichts einer solchen Situation gewinnt die Botschaft des heutigen Festes der Kreuzerhöhung noch mehr an Aktualität und hat uns noch mehr zu sagen. Auch heute ragt das Kreuz Christi über der Erde empor. Gegenüber dem Geheimnis eines Gottes, der sich aus Liebe zu uns am Kreuz geopfert hat, tritt das „Drama“ der Menschheit noch klarer zutage. Wie viel Undank, wie viel Bosheit, wie viel Schwäche und Unzuverlässigkeit wohnen im Herzen der Menschen! Gleichzeitig aber bezeugt das Kreuz Christi weiter still die andauernde Liebe Gottes, der mit seiner Macht der Barmherzigkeit und der Vergebung die Anmaßung des Hasses und des Bösen besiegt und uns versichert, dass ER allein fähig ist, uns von unseren Widersprüchlichkeiten zu befreien und von der Knechtschaft der Sünde und des Todes zu erlösen.

Diese wichtige Wahrheit des christlichen Glaubens unterstreicht die Stelle des heutigen Evangeliums, in der einige kurze Abschnitte des Gespräches Jesu mit Nikodemus wiedergegeben werden: „*Denn Gott hat die Welt so sehr geliebt, dass er seinen einzigen Sohn hingab, damit jeder, der an ihn glaubt, nicht zugrunde geht, sondern das ewige Leben hat*“ (Joh 3, 16). Wenn wir auf den gekreuzigten Christus schauen, d.h. wenn wir an ihn glauben und uns ihm überantworten, „haben wir das ewige Leben“. Das irdische Dasein wird folglich lebenswert und, mehr noch, unsere Pilgerschaft auf dieser Erde bietet uns die Gelegenheit zur Umgestaltung der Welt, in der wir leben, beizutragen, um sie mehr mit dem ursprünglichen Plan Gottes übereinstimmen zu lassen. Das Christentum steht in der Tat für Entwicklung und Wachstum. Die Geschichte bezeugt, dass Europa das Beste von sich zum Ausdruck zu bringen vermochte und die Zivilisation und den Fortschritt in der ganzen Welt voranbrachte, nur wenn und weil es fest in den dem christlichen Glauben entliehenen Werten ver-

ankert blieb, die integrierender Bestandteil seiner Identität sind. Umgekehrt, wenn Europa nicht mehr diesem geistlichen, vom Christentum empfangenen Gut treu bleiben wollte und nicht mehr beabsichtigte, den eigenen Glauben an Gott zu bezeugen, der uns in Christus die Wahrheit und die Liebe offenbart hat, dann würde es unerbittlich seine Ungläubigkeit übermitteln, d.h. die Überzeugung, dass Wahrheit und Gerechtigkeit nicht existieren, dass es kein absolutes Gutes gibt, sondern dass alles relativ ist und von den willkürlichen Entscheidungen des Menschen abhängt, der sich zu seinem eigenen Gott erklärt. Auf diese Weise läuft Europa Gefahr, eine bloße „geographische Bezeichnung“ zu bleiben, bar jener Ideale, die es ausgezeichnet haben; in diesem Fall würde es sich vielmehr – es ist angebracht, dies deutlich zu sagen – auf den Weg machen der Kontinent der „Leugnung des Menschen“ zu werden.

Gestatten Sie mir nun, dass ich das 21. Kapitel des Buches Numeri umschreibe und dabei manche nützliche Betrachtung für uns anfüge, die wir – auch wenn wir in verschiedenen Bereichen tätig sind und mit unterschiedlichen Aufträgen ausgestattet sind – doch an vorderster Front an den „Arbeiten des Bauplatzes Europa“ mitarbeiten. Im Bewusstsein, dass die Völker Europas sich wie das Volk Gottes, von dem die Heilige Schrift spricht, von den „Bissen der Schlangen“, das heißt von der Macht der Ideologien und der Logik des Kompromisses bedroht sehen, müssen wir, wenn wir zu ihrer Rettung beitragen wollen, als erste den Blick fest auf Christus am Kreuz gerichtet halten und tatsächlich glauben, dass letztlich in ihm allein das Heil liegt. Denn nur von Christus können die Antworten auf die Herausforderungen und die Erwartungen des gegenwärtigen Augenblicks kommen, die uns erlauben geeignete Lösungen im Dienst der Zukunft des Kontinents zu erarbeiten.

Wir berühren hier ein grundlegendes Thema: Im politischen Leben hat die demokratische Rolle der Mehrheit eine Bedeutung, aber noch notwendiger ist es, die Achtung vor der Gerechtigkeit und der Wahrheit, die ihr Fundament in Gott haben, zu pflegen. Es braucht Menschen, die den Schmeicheleien des Nützlichen und Nächstliegenden widerstehen und nicht in den leichten Pragmatismus fallen, der systematisch den Kompromiss hinsichtlich der wesentli-

chen menschlichen Werte als unausweichliche Annahme des kleineren Übels rechtfertigt. Es braucht Menschen, die mit allen erlaubten Mitteln versuchen, dass die Mehrheiten mit den Werten der Wahrheit und der Gerechtigkeit übereinstimmen, anstatt sich diesen Mehrheiten anzuschließen, so wie sie sind. Wir wissen wohl, dass dies Mühe, sogar harte Mühe, mit sich bringt, aber wenn die politische Tätigkeit das Kreuz meidet und die Erfordernisse der Wahrheit und der Gerechtigkeit nicht achtet, ist sie kein Dienst mehr an der Gemeinschaft und am Gemeinwohl, sondern sinkt in die Suche der eigenen Interessen oder in die Befriedigung der Erwartungen bloß einiger Sondergruppen ab. Es scheint daher offensichtlich, dass einer, der einen echten Dienst im Bereich der Politik leisten will, am Ende unvermeidlich gegen den Strom schwimmen muss. In diesem Fall wird das politische Handeln eine anspruchsvolle Form der Nächstenliebe und gerade deswegen gerät jeder, der es uneigennützig ausüben will, am Ende mit Logiken der Parteilichkeit und der Eigeninteressen aneinander. Er kann sich daher nicht falsche Hoffnungen machen, das Kreuz, d.h. Unannehmlichkeiten, Hindernisse und Misserfolge, zu meiden. Der heilige Thomas Morus, ein leuchtendes Beispiel eines gottesfürchtigen und die Wahrheit respektierenden Staatsmannes, gibt uns diesbezüglich ein strahlendes Zeugnis.

Wie ich kurz zuvor erwähnt habe, verstehen wir Christen durch das Geheimnis des Kreuzes auch die Wahrheit über den Menschen. Der „Menschensohn“, der am Kreuz hängt, hat unsere Natur selbst angenommen, um uns verstehen zu helfen, was die wahre Liebe mit sich bringt, und um uns die Kraft zu erlangen, dies ins Leben zu übersetzen. Diesen Weg treu zu gehen, ist nicht bloß den Heiligen vorbehalten, sondern ein an einen jeden von uns gerichteter sinnstifter Vorschlag, weil eben jeder Getaufte berufen ist, heilig zu werden. Es handelt sich gewiss um einen beschwerlichen Weg: Es ist nicht meine Absicht, die Schwierigkeiten zu verniedlichen. Ich weiß, dass der Mensch mit seinen Kräften allein eine solche Mission nicht zu Ende führen könnte. Genau deswegen muss jeder in der Politik und in der Verwaltung des Gemeingutes tätige Gläubige sich durch das Gebet und durch ein eifriges sakramentales Leben geistlich nähren und in seinen Entscheidungen sich beständig auf das Evangelium und auf die Grundsätze der kirchlichen Soziallehre beziehen. In einem Wort, der in der Poli-

tik tätige Christ muss sich von Christus inspirieren lassen, der nicht gekommen ist, um sich dienen zu lassen, sondern um zu dienen; er muss auf das Kreuz blicken als den eigenen Anker zum Festhalten an der Wahrheit und am Guten. Andernfalls erweist es sich als ein hartes, um nicht zu sagen unmögliches Unterfangen, den christlichen Grundsätzen gegenüber kohärent zu bleiben, während sich die Widersprüche ausbreiten, während die illusorischen Trugbilder funkeln und man von anhaltenden Versuchungen verlockt wird!

An dieser Stelle könnten wir uns fragen: Wie viele von uns werden in 30, 40, 50 Jahren leben? Wie viele Mythen werden einstürzen! Weh also der Suche nach einem sofortigen Erfolg, der auf dem Treibsand der schnellen Popularität gegründet wird. Bemühen wir uns vielmehr darum, das Gebäude unserer Existenz nicht auf den Sand des Kurzlebigen und Vorübergehenden sondern fest auf den Felsen zu setzen, der nicht von zeitlicher Abnutzung ins Wanken gebracht wird. Auf den Felsen von Golgotha, wo das Kreuz Christi emporragt, das Banner des Sieges und Zeichen sicherer Hoffnung. Es ist natürlich, dass die Sprache des Kreuzes hart erscheint und zuweilen Angst macht, aber die Erfahrung der Heiligen bestätigt uns, dass die Umarmung mit dem gekreuzigten Christus Quelle des Lichtes und des Friedens ist. Wenn wir ihn als den Leidenden und Verlassenen betrachten, fühlen wir uns wie von der unendlichen Liebe Gottes umfangen und ermutigt, den Weg einer echten Bekehrung zu gehen. Bedeutungsvoll ist in diesem Sinn eine Betrachtung des Origenes, der bei der Auslegung des Buches Numeri schreibt: „Genau der Eingeborene, der Sohn Gottes, sage ich, hilft. Er verteidigt, er behütet, er zieht uns an sich ... Und es genügt ihm nicht, mit uns zu sein, sondern er tut uns in gewissem Sinn Gewalt an, um uns an das Heil zu ziehen; er sagt nämlich an einer anderen Stelle: Wenn ich [über die Erde] erhöht bin, werde ich alle an mich ziehen“ (Origenes, *Homilien zu Numeri XX*, 3).

Liebe Brüder und Schwestern, das Kreuz zeigt uns also einen Gott, der die Leiden der Menschen teilt; einen Gott, der uns liebt, der nicht gleichmütig und fern von uns geblieben ist, sondern in unsere Mitte gekommen ist und sich selbst für unsere Erlösung geopfert hat. Wir hängen instinktiv am Leben und

wollen es nie verlieren. Christus lehrt uns, dass es nur eine Weise gibt, es nicht zu verlieren: Man rettet das Leben, indem man es hingibt. Denn er sagt: „Wer an seinem Leben hängt, verliert es; wer aber sein Leben in dieser Welt gering achtet, wird es bewahren bis ins ewige Leben“ (Joh 12, 25). „Seht, das Holz unseres Heils“, wiederholt uns die heutige Liturgie. Halten wir uns an diesem heiligen „Holz“ fest, um im Meer dieser Welt, die von Gleichgültigkeit, Egoismus, Gewalt, vom Verlust der Bedeutung der Sünde und von der Angst vor dem Tod gezeichnet ist, nicht Schiffbruch zu erleiden, und es wird uns in den Hafen des Heils bringen.

Schmerzhafte Jungfrau Maria, in der Stunde des Kreuzes bist du die Mutter der Glaubenden geworden, lehre uns, deinem gekreuzigten und auferstandenen Sohn zu folgen; wir wollen uns in unserem Leben von der Logik des Kreuzes führen lassen, um den Glauben in ein kohärentes Zeugnis für das Evangelium in allen Bereichen der Gesellschaft zu übersetzen. Mutter der Kirche, hilf uns, „Sauerteig“ und „Same“ der Liebe und des Friedens unter unseren Zeitgenossen und insbesondere unter den Leidenden zu sein. Amen! ■

Autorisierter Text

Autorenverzeichnis

Tarcisio Kardinal Bertone. Geboren 1934 in der Provinz Piemont, 1950 Eintritt in den Orden der Salesianer Don Boscos, Studium der Theologie und Philosophie in Rom und Turin, Promotion im Kanonischen Recht, 1960 Empfang der Priesterweihe, Professor für Moraltheologie, 1991 bis 1995 Erzbischof von Vercelli, von 1995 bis 2002 Sekretär der Glaubenskongregation, von 2002 bis 2006 Erzbischof von Genua, 2003 Verleihung der Kardinalswürde, seit 2006 Kardinalstaatssekretär.

Dr. Christoph Böhr. Geboren 1954 in Mayen, Studium der Philosophie, Germanistik, Neuere Geschichte und Politikwissenschaft in Trier und Mainz, Eintritt in die Junge Union 1970, Wahl zum Vorsitzenden der CDU-Landtagsfraktion 1994, seit 1999 Vorsitzender der Wertekommission der CDU-Deutschlands, von 2002 bis 2006 stellvertretender Bundesvorsitzender der CDU.

Kardinal Stanisław Dziwisz. Geboren 1939 in Raba Wyzna bei Rabka, Studium der Philosophie und Theologie an dem Höheren Geistlichen Seminar in Krakau, Priesterweihe vom Krakauer Erzbischof und späteren Papst Karol Wojtyła 1963, von 1966 an Sekretär des Krakauer Erzbischofs Wojtyła, Bischofsweihe durch Johannes Paul II. 1998, Dziwisz diente Johannes Paul II. bis zu dessen Tode im April 2005, Tribunalbischof 2003, Ernennung zum Erzbischof von Krakau im Juni 2005 durch Papst Benedikt XVI., Ehrendoktor der Universität von Lublin.

Prof. Lech Kaczyński. Geboren 1949 in Warschau, Studium der Rechtswissenschaften in Warschau, Promotion an der Universität Danzig, seit 1990 Professor. Schon früh war er in der oppositionellen Bewegung in der polnischen Volksrepublik aktiv und spielte eine wichtige Rolle in der Gewerkschaft Solidarność, deren Mitglied er war. Von 2000 bis 2001 war er Justizminister. 2001 gründete er gemeinsam mit seinem Zwillingsbruder Jarosław Kaczyński die Partei „Prawo i Sprawiedliwość“ (Recht und Gerechtigkeit). Von 2001 bis 2005 war er Stadtpräsident von Warschau, seit 2005 ist er Präsident der Republik Polen.

Dr. Norbert Lammert. Geboren 1948 in Bochum, Studium der Politikwissenschaft, Soziologie, Neueren Geschichte und Sozialökonomie, seit 1966 Mitglied der CDU, von 1975 bis 1980 Mitglied im Rat der Stadt Bochum, seit 1986 Bezirksvorsitzender der CDU Ruhr und Mitglied im Landesvorstand der CDU NRW, 1991 bis 1997 stellvertretender Landesvorsitzende der CDU NRW, seit 1980 Mitglied des Deutschen Bundestages, 2002 bis 2005 Vizepräsident des Deutschen Bundestages, seit 2005 Präsident des Deutschen Bundestages, seit 2001 stellvertretender Vorsitzender der Konrad-Adenauer-Stiftung.

Erzbischof Diarmuid Martin. Geboren 1945 in Dublin, Studium der Philosophie und Theologie in Dublin, 1969 Priesterweihe, ab 1976 Mitglied des päpstlichen Rates für die Familie, 1986 Ernennung zum Vizepräsidenten und 1994 zum Generalsekretär des Päpstlichen Rates für Gerechtigkeit und Frieden, 1999 Bischofsweihe, seit 2003 ständiger Vertreter des Heiligen Stuhls bei den Vereinten Nationen in Genf und bei der Welthandelsorganisation, seit 2004 Erzbischof von Dublin und Primas von Irland, Vizepräsident COMECE.

Aleksander Milinkiewicz. Geboren 1947 im Oblast Grodno, Belarus, Studium der Physik und Mathematik in Grodno, Promotion 1976, 1990 bis 1996 Vizebürgermeister der Stadt Grodno, ab 2001 Stableiter des Präsidentschaftskandidaten der vereinigten Opposition Sjamjon Domasch, seit 2003 Programmleiter der Stiftung für Förderung der regionalen Entwicklung, 2005/2006 gemeinsamer Kandidat der Oppositionsparteien für die Präsidentschaftswahlen 2006.

Marek Orzechowski. Studium der Politologie und Journalistik an der Universität Warschau, Journalist und Publizist, Mitarbeiter des Rundfunks „Wolna Europa“, Korrespondent des polnischen Fernsehens TVP in Brüssel und des Radiosenders „Głos Ameryki“, von 1993 bis 1999 Korrespondent der Nachrichtensendung „Panorama“, Redakteur mehrerer Reportagen für das deutsche Fernsehen, Mitverfasser (gemeinsam mit Günter Verheugen) eines Buches über die Erweiterung der Europäischen Union.

Bischof Prof. Tadeusz Pieronek. Geboren 1934 in Radziechowy bei Saybusch, von 1951 bis 1954 Studium an der Jagiellonen-Universität, dann an dem Höheren Geistlichen Seminar in Krakau, von 1956 bis 1960 Weiterbildung an der Katholischen Universität in Lublin, Habilitation 1975, Professor 1987, Vorsitzender des Organisationskomitees des Internationalen Konferenzzyklus „Die Rolle der katholischen Kirche im Prozess der europäischen Integration“, Professor für Kirchenrecht, ehem. Rektor der Päpstlichen Theologischen Akademie (PAT) in Krakau.

Prof. Hans-Gert Pöttering. Geboren 1945 in Bersenbrück (Niedersachsen), Studium der Rechtswissenschaften, Politik und Geschichte an den Universitäten Bonn und Genf, 1974 Promotion, 1995 Berufung zum Honorar-Professor, 1981 bis 1991 Landesvorsitzender der Europa-Union Niedersachsens, 1997 – 1999 Präsident der Europa-Union Deutschlands, Mitglied des Europäischen Parlaments für die Region Osnabrück, Emsland, Ostfriesland seit 1979, 1994 bis 1999: stellv. Vorsitzender der Fraktion der Europäischen Volkspartei im Europäischen Parlament (Christlich-demokratische Fraktion), von 1996 bis 1999 Leitung der Arbeitsgruppe „Erweiterung der Europäischen Union“ der EVP und EVP-ED Fraktion, seit 1999 Vorsitzender der EVP-ED Fraktion im Europäischen Parlament. Seit 2007 ist er Präsident des Europäischen Parlaments.

Stephan Raabe. Geboren 1962 in Düsseldorf, Studium der Geschichte, kath. Theologie, Philosophie und Politik in Bonn und München, 1988 – 1991 Mitarbeiter am Seminar für Christliche Sozialwissenschaften an der Kath.-Theol. Fakultät der Universität Bonn, 1992 – 2002 Referatsleiter für politische Bildung in

der Erzdiözese Berlin, 2002 – 2004 Bundesgeschäftsführer des Familienbundes der Katholiken, Tätigkeit als freier Publizist für Zeitungen und Fachzeitschriften, wie „Rheinischer Merkur“, „Die Tagespost“, „Die Neue Ordnung“, „Die politische Meinung“. Seit Oktober 2004 Leiter des Auslandsbüros Polen und Länderprogrammes Belarus (bis 3/2007) der Konrad-Adenauer-Stiftung.

Jacques Santer. Geboren 1937 in Wasserbillig (Luxemburg), von 1984 bis 1989 Mitglied des Gouverneursrats der Weltbank, verschiedene Ministerposten u.a. von 1979 bis 1995 Finanzminister, von 1979 bis 1984 Sozial- und Arbeitsminister, 1984 – 1995 Ministerpräsident von Luxemburg, von 1989 bis 1995 Minister für Kultur, von 1995 bis 1999 Vorsitzender der Europäischen Kommission, Vorsitzender der Robert Schuman Stiftung in Luxemburg.

Dr. Jacek Saryusz-Wolski. Geboren 1948, Studium der Wirtschaftswissenschaften an der Universität in Łódź, Postgraduiertenstudium am Europäischen Universitätszentrum in Nancy, Doktor der Ökonomie und Professor am Collegium Civitatis, Mitglied des Europäischen Parlaments seit 2004 (Bürgerplattform), stellvertretender Vorsitzender des EP, leitet außerdem die polnische Delegation der EVP-ED-Fraktion und ist Vorsitzender des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten, Menschenrechte, Gemeinsame Sicherheit und Verteidigungspolitik im Europaparlament und Delegierter der Kommission für parlamentarische Zusammenarbeit zwischen der EU und Russland. Zwischen 1972 und 1990 hielt er außerdem Vorlesungen an den Universitäten von Lyon, Grenoble, Oxford, Edinburg und Paris.

Prof. Michał Seweryński. Geboren 1939 in Łódź, Studium der Rechtswissenschaften in Łódź, Triest und Paris, heute Professor an der Universität Łódź, spezialisiert auf dem Gebiet des polnischen und internationalen Arbeitrechts, ehemaliger Rektor der Universität sowie Vorsitzender der Rektorenkonferenz polnischer Universitäten. Er ist Ehrendoktor der Universität Jean Moulin III in Lyon und Ritter des Ordens „*Pononia Restituta*“ sowie ausgezeichnet mit der „Akademischen Palme“ (Frankreich) und *Pro Ecclesia et Pontifice*. Von 2005 bis 2006 war er Bildungsminister. Bis September 2007 war er Minister für Wissenschaft und Hochschulwesen.

Konferenzprogramm

Freitag, 14.09.2007

11.00 Uhr Eröffnung

Dr. Stanisław Kardinal Dziwisz – Metropolit von Krakau
Prof. Lech Kaczyński – Präsident der Republik Polen

WIE SOLL ES WEITER GEHEN MIT DEM VERFASSUNGS-/REFORMVERTRAG?

Prof. Jan Dyduch

– Rektor der Päpstlichen Akademie für Theologie, Krakau

Bischof Prof. Tadeusz Pieronek

– Vorsitzender des Konferenzkomitees

Dr. Jacek Saryusz-Wolski

– Vorsitzender des Ausschusses für Auswärtige Angelegenheiten
des Europäischen Parlaments (EVP-ED)

Dr. Norbert Lammert – Präsident des Deutschen Bundestages,
stellv. Vorsitzender der Konrad-Adenauer-Stiftung

12.30 Uhr I. PANEL:

IDEEN UND IDEOLOGIEN - EUROPA AUF DER SUCHE NACH SEINER VERNACHLÄSSIGTEN IDENTITÄT

Einführung:

Jacques Santer – Präsident der Robert-Schuman-Stiftung Luxemburg,

Moderator:

Ewa Czaczkowska – Publizistin der Tageszeitung „Rzeczpospolita“

Panelteilnehmer:

Othmar Karas – stellv. Fraktionsvorsitzender der EVP-ED im
Europaparlament, Österreich

Pawel Kowal – stellv. Außenminister der Republik Polen

Dr. Norbert Lammert – Präsident des Deutschen Bundestages,
stellv. Vorsitzender der Konrad-Adenauer-Stiftung

Diarmuid Martin – Erzbischof der Stadt Dublin, COMECE

Dr. Jerzy M. Nowak – Botschafter der Republik Polen bei der NATO

13.45 Uhr Diskussion

16.30 Uhr II. PANEL -

Öffentliche Debatte im Auditorium Maximum der Jagellonen-Universität

WIE SOLL ES WEITER GEHEN MIT DEM VERFASSUNGS-/REFORMVERTRAG?

Eröffnung:

Stephan Raabe – Leiter der Konrad-Adenauer-Stiftung in Polen
Einführung:

Bischof Prof. Tadeusz Pieronek – Vorsitzender des Konferenzkomitees
Boguslaw Sonik – MdEP (EVP-EP), Krakau

Vortrag:

Prof. Hans-Gert Pöttering

– Präsident des Europäischen Parlaments

Fragen aus dem Publikum

17.30 Uhr Debatte

EUROPA – WAS WEITER?

Moderator:

Marek Zająć – Journalist „Polskapresse“, Warschau

Panelteilnehmer:

Prof. Danuta Hübner – EU-Kommissarin
Elmar Brok – MdEP (EVP-EP), Deutschland

18.00 Uhr Diskussion

18.30 Uhr Abschluß

19.15 Uhr Heilige Messe in der Marien-Kirche

Zelebranten:

Dr. Stanisław Kardinal Dziwisz – Erzbischof von Krakau
Kardinal Tarcisio Bertone – Kardinalstaatssekretär

Samstag, 15.09.2007

08.30 Uhr Messe in der Jesuitenkirche

09.30 Uhr III. PANEL:

DER FAKTOR RELIGION UND DIE ZUKUNFT EUROPAS

Einführung:

Kard. Tarcisio Bertone – Kardinalstaatssekretär der Römischen Kurie

Moderation:

Marcin Przeciszewski – Vorsitzender der Katholischen Informationsagentur KAI, Warschau

Panelteilnehmer:

Dr. Christoph Böhr – Mitglied des Landtags Rheinland-Pfalz, CDU

Horst Langes – Ehrenpräsident der Robert-Schuman-Stiftung, Luxemburg

Erzbischof Emmanuel – orthodoxer Metropolit, Frankreich, Ökumenischer Patriarch

11.00 Uhr Diskussion

12.00 Uhr IV. PANEL:

BLICK IN DIE ZUKUNFT: DAS JAHR 2020.

ENTWICKLUNGSSZENARIEN UND PERSPEKTIVEN DER EUROPÄISCHEN UNION

Einführung:

Karl Georg Wellmann – Mitglied des Auswärtigen Ausschusses des Bundestages, CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Berlin

Moderator:

Michał Góra – Institut für Strategische Beratung AXIS, Katowice

Panelteilnehmer:

Semih Borovac – Bürgermeister der Stadt Sarajevo

Andrzej Sadowski – stellv. Vorsitzender des Adam Smith Zentrums, Warschau

Prof. Michał Seweryński – Minister für Wissenschaft und Hochschulwesen der Republik Polen

Aleksander Milinkiewicz – Oppositionsführer, Belarus

13.30 Uhr Diskussion

14.00 Uhr Zusammenfassung

Marek Orzechowski – Korrespondent, TV Polsat in Brüssel